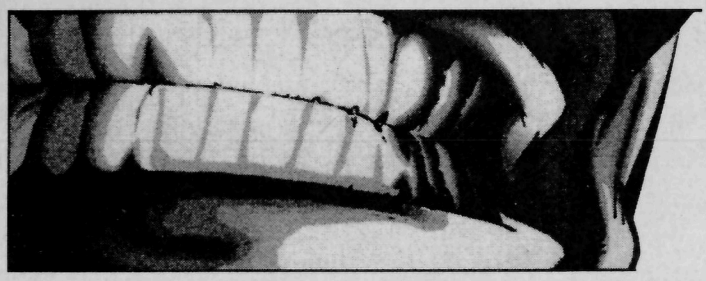
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

NR. 2 / APRIL 1995 ÖS 25 DM 5

Oberwart: Morden für den starken Mann

"Revisionismus" - Geschichtslügen der Nazis

Kirchweger und Borodajkewycz

Jüdischer Widerstand

Lotta DURA - der Kampf wird härter

Der Frühling zieht ins Land und - schwupps - schon gibt es die zweite Ausgabe der "Lotta dura", den ZweiflerInnen zum Trotz und den LeserInnen und AbonnentInnen zur Freude. Seit der ersten Nummer wurde Felix Ermacora in die grosse Armee abberufen, Jörg Haider verstieg sich in das Gebiet von „semantischen Masturbationen", indem er Konzentrationslager mit Straflager gleichsetzte und der antifaschistische Horizont wurde durch „auch eine Möglichkeit" bereichert.

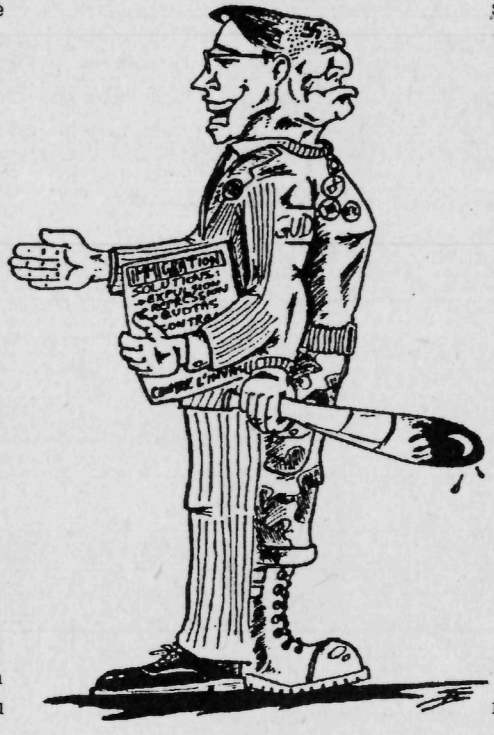
Vor allem aber wurden vier Roma am 5. Februar von Faschisten ermordet. Dies veranlaßte uns auch, den geplanten Schwerpunkt „50 Jahre militärische Zerschlagung des deutschen Faschismus" fallen zu lassen und verstärkt auf Ursachen, Auswirkungen von rechtsextremen Terror einzugehen. Dabei stimmen wir nicht in den Chor derjenigen ein, die den Ausbau des Repressionsapparates fordern. Das „anständige Österreich" kritisiert zwar „braune Spritzer" (Bögl) in der Polizei, setzt aber - Abschiebepraxis hin, AUF (= F-Gewerkschaftsfraktion bei der Polizei) -Mehrheit her - im Kampf gegen Rechts auf die Behörden. Da sich die Öffentlichkeit trotz medialem Sperrfeuer nicht so recht auf das neue Feindbild „Organisierte Kriminalität" einstimmen ließ, liefert der Naziterror den willkommenen Anlaß, den großen Lauschangriff und ähnliches durchzuboxen. Entgegen der Meinung der staatstragenden Linken, die die Unzulänglichkeit des polizeilichen „Antifaschismus" v.a. an Personen der Führungsebene festmacht, halten wir die Exekutive sowohl strukturell als auch politisch dafür ungeeignet. Dies umsomehr, da wir den Naziterror als Spitze des gesellschaftlichen Rechtsruckes begreifen. Ein Ausbau des Polizeiapparates setzt diesem nichts entgegen, sondern ist vielmehr Teil desselben.

Zu dieser Ausgabe:

Die zahlreichen Reaktionen auf die erste Nummer waren fast durchwegs positiv, was uns bei allen technischen und organisatorischen Problemen ermuntert, weiterzumachen. Zwar bleiben wir dank unserer Produktionsweise von rechtlichen Prügeln (noch) verschont und können im Unterschied zum Tatblatt Haider der rassistischen Hetze bezichtigen, dennoch fehlt aber uns schlicht und einfach Geld, darum an dieser Stelle der übliche Aufruf: Organisiert die Verbreitung der **Lotta dura**, abonniert sie, unterstützt uns mit Spenden.

Auch sind wir im Moment nicht in der Lage, unserem Anspruch einer bundesweiten Zeitung wirklich genügen zu können. Der Hauptteil der inhaltlichen Arbeit wird entgegen unserer Intention in Wien erledigt. Unser Kommunikationsnetz entpuppte sich als noch nicht entwickelt genug um das Projekt zu tragen - wir werden verstärkt daran stricken! Gleichzeitig sind wir auf (Diskussions-) Beiträge, Informationen u.s.w. anderer Gruppen und Antifas angewiesen, gerade lokale Ereignisse und Zugänge können von uns wenig miteinbezogen werden - also ran an den Computer!

Als ein Defizit dieser Nummer sehen wir darüber hinaus das Fehlen theoretischer Überlegungen zu antifaschistischen Strategien und genauerer Einschätzungen der gegenwärtigen Situation. ●



P.S.: Unter den zahlreichen Reaktionen fand sich auch ein „Offener Brief an die AutorInnen der Lotta dura und andere". Darin handeln einige Anonyme, die sich selbst „Fäuste" nennen, den Szenewickel nach der Demo gegen den „Kommers" in Innsbruck ab. An und für sich wollten wir das Papier unter übliche Anmache ablegen und unser Papier von solchen Auseinandersetzungen verschonen, hätten sich die „Fäuste" nicht zu Sheriffs aufgeschwungen und die sofortige Einstellung der **Lotta dura** gefordert. Darüber hinaus versuchten einige, die Verbreitung der Zeitung konkret zu verhindern - Viele Bussis an dieser Stelle für diejenigen, die sich nicht dem Faustrecht unterworfen und die erste Nummer unter die Leute gebracht haben! Als Gründe für eine derartige Forderung und das dazugehörende Verhalten führen die „Fäuste" Dinge an, die wir im letzten Editorial schon mehr oder weniger geklärt haben.

Darum reagieren wir darauf nicht inhaltlich und haben im weiteren kein Interesse, auf dieser Ebene zu diskutieren.

Inhalts VERZEICHNIS

Impressum:
MHV: H. Obek, 1140 Wien
Druck: Vladimir Druck, Novahutta 43
Printed In Poland

WUT UND TRAUER

4.. Morden für den starken Mann
7.. Februar '95: Österreich, wie es singt und lacht
8.. Die FPÖ, alte Nazis und das Deutschtum im Burgenland
12.. Umstrukturierung der NS-Szene - das braune Zellennetz und die F-Bewegung
14.. Profil mag Rechtsextreme

KONTINUITÄTEN UND ANDERE ANFÄNGE

15.. Kontinuitäten und Wiederaufbau im "Dritten Lager" zwischen 1945 und 1959
20.. Die "Affäre Borodajkewycz"
24.. "Revisionismus" - oder wie die Nazis lernten, die Geschichte umzulügen
28.. Das Klischee von den Lämmern, die sich zur Schlachtbank führen lassen, und ...
29.. "Sag nie, du gehst den letzten Weg" - Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus ...

OFFENE FRAGEN

32.. Ungeklärter Tod des Antifaschisten Harald Hanisch: Weiterhin nur Indizien

TRITTE NACH RECHTS

31.. "Ein Kommunikator vom Schlage Haiders" - Zur "Haiderisierung" der deutschen ...
34.. Wels: Drei braune Flecken und ein SP-Bürgermeister
35.. Ochensberger aus Haft entlassen
35.. Magerer "Einblick" - Prozeß

WAS GIBT'S NEUES

36.. Kameradinnen Frauen stricken am Braunen Netz. Fantifa Marburg (Hg.)
37.. Zeck Nr. 2 Zeitung der Antifa Stockerau
37.. Hilferuf aus den USA

NORMALITÄT IN ÖSTERREICH

38.. Chronologie des staatlichen Rassismus

Abo! Lotta DURA

benötigt wie jedes Projekt auch Finanzierung, denn Druck- und Portokosten wollen bezahlt werden, daher unser Ruf: **ABONNIEREN!**

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 ÖS, IM AUSLAND 5 DM** bzw. **5 SFR.**

Ein **ABONNEMENT** kostet **100 ÖS, IM AUSLAND 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich's leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 ÖS** (aufwärts ohne Limit).

SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag: Im ersten Umschlag, der mit **H. MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt. Schreib bitte dazu, ab welcher Ausgabe du dein Abo möchtest. Dann wird dieser Brief in ein ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfänger **AMERLINGHAUS, STIFTGASSE 8, 1070 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und du zu deiner **Lotta DURA** kommen.

H. Mader

Amerlinghaus
Stiftgasse 8
1070 Wien

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen. Wer interessiert ist, sollte in der obenbeschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Morden für den starken Mann

In der Nacht von Samstag dem 4.2.1995 auf Sonntag wurden im burgenländischen Oberwart die vier Roma, Josef Simon, 40, Peter Sarközi, 27, Karl Horvath, 22, und Erwin Horvath, 18, durch eine Bombe der Nazi-Terrorgruppe „Bajuwarische Befreiungsarmee" ermordet.

Die vier Männer hatten nach wiederholten Drohanrufen gegen BewohnerInnen der Oberwarter-Roma-Siedlung und dem Auftauchen von verdächtigen Fahrzeugen, die immer wieder im Schrittempo die Straße entlangfuhren, Wache gehalten. An jenem Samstag stießen sie bei einem Rundgang auf eine - an einem Metallgestell befestigte - Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien". Als sie versuchten diese zu entfernen, explodierte eine im Sockel versteckte Rohrbombe und tötete die vier Roma.

Christian Scholz

Am darauffolgenden Montag wurde im burgenländischen Stinatz, das hauptsächlich von KroatInnen bewohnt wird, der Müllmann Erich Preizler durch eine weitere Bombe verletzt. Der Sprengsatz war neben einem Altpapiercontainer, der sich unmittelbar neben einem Kinderspielplatz befand, versteckt. Schon vier Stunden zuvor hatte eine Frau in einem Wartehäuschen in Ollersdorf, in der Nähe von Stinatz, ein Bekennerschreiben der „Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA)" gefunden, indem es heißt: „Clans der Schifkowits, Grandits, Stoisits, Resetarits und Janisch zurück nach Dalmatien. Deutsch-Österreich als Stammgebiet der Bajuwaren benötigt keine Ausländerindustrie, bestehend aus Ausländer-Lobbyisten, aus Aufwieglern, Förderern und Erfindern immer neuer Volksgruppen, aus Amateurdolmetschern, Fremdsprachenpeitschern, aus Integrationsprojektanten, Menschen und Waffenschmugglern, aus Rassentheoretikern und Menschenzüchtern nach dem Vorbild des marxistischen Einheitsmenschen. BBA, 'Friedrich II der Streitbare, Herzog von Österreich, Steiermark und vier Burgenland'".

Auf das Konto der Nazi-Terrorgruppe „BBA" geht auch der Anschlag auf die zweisprachige Schule in Celovec/Klagenfurt im August vergangenen Jahres und jene vier Briefbomben, die unmittelbar vor den Nationalratswahlen im Oktober 1994 verschickt wurden. Zusätzlich bekannte sich die „BBA" im Bekennerschreiben zu dem Anschlag in Celovec/Klagenfurt auch zur ersten Briefbombenwelle vom Dezember 1993. In einem am 8. 2. 1995 den Anwälten der mutmaßlichen Briefbomber Franz Radl jr. und Peter Binder zugeschickten 9-seitigen Schreiben bekennen sich die Nazi-Terroristen erneut zu den oben genannten Attentaten und versuchen durch das Aufzählen allerlei technischer Angaben zu den Briefbomben zu beweisen, daß weder Radl noch Binder etwas mit der ersten Briefbombenserie zu tun haben können. Laut „Profil" konnten oder wollten die Verfasser wesentliche Details, die zur ersten Serie gehören aber nicht nennen.[1]

Laut den uns vorliegenden Texten der „BBA" besteht diese aus einem „Sekretariat", welches u.a. für die „schriftliche und stilistische Bearbeitung" der Bekennerbriefe zuständig ist, während die Bomben der Mörderbande von „Kampftrupps" gelegt bzw. verschickt werden. Diese nennen sich „Andreas Hofer" (zweite Briefbombenwelle), „Herzog Odalio von Bayern" (Anschlag in Celovec/Klagenfurt), „Graf Starhemberg" (erste Briefbombenserie) oder „Friedrich II der Streitbare". Die verwendeten Namen „historischer Persönlichkeiten" stehen immer im Bezug zur Region, in der die „BBA" bombt und mordet und weißt auf ein profundes historisches Wissen des Mörderpacks hin.

Werwölfe und sonstiger Dreck

Anstrengungen der deutschsprachigen Neonazi-Szene zum Aufbau terroristischer „Kampftrupps" sind verstärkt seit 1992 zu beobachten. Sie sollen in der Lage sein „die agitatorische Munition durch Splitterhandgranaten, Flammöl und Explosivgeschosse" auszutauschen „und/oder zu ergänzen". Eine wahre Flut von Texten, Handbüchern und Anleitungen zum Terror wurden seitdem veröffentlicht in Zeitungen der illegalen, von den USA aus operierenden, NSDAP/AO (AO steht sowohl für Aufbau- als auch für Auslandsorganisation) nachgedruckt oder auf Computerdisketten versandt. So auch die vierbändige Broschüre „Eine Bewegung in Waffen". Unter dem Pseudonym „Hans Westmar" propagieren die Autoren die „Heranbildung eines geeigneten Werwolf-Kaders" für den bewaffneten Kampf nach dem Vorbild der NS-Werwolf-Kampagne von 1944/45. In den Broschüren werden genaue Handlungsanleitungen zum Töten verbreitet, der Bau von Spreng- und Brandsätzen erläutert, das Leben in

der Illegalität beschrieben und PolitikerInnen-Attentate beschworen.

Die deutsche Behörden verdächtigen die beiden Hamburger Neonazis Henry **Fiebig** und Christian **Scholz**, die Terror-Broschüren verfaßt oder zumindest vertrieben zu haben. Scholz ist auch als Schriftleiter der „NACHRICHTEN DER HNG" tätig. Die Postille der „HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE (HNG)" gilt als Sprachrohr der inhaftierten Neonazis zur restlichen Szene und erfüllt somit eine Schlüsselfunktion im braunen Netzwerk.[2] Neun von 34 von der „HNG" betreuten inhaftierten Neonazis sind Österreicher, darunter Szenegrößen wie der Salzburger VAPO-Gauleiter Günther **Reinthaler**, die mutmaßlichen Briefbomber Franz Radl jr. und Peter Binder und natürlich Gottfried **Küssel**. In der Ausgabe vom Dezember 1994 fordern die „NACHRICHTEN DER HNG" ihre LeserInnen dazu auf „die erfolgreiche Aktion der 10 des vergangenen Jahres aus traurigen Anlaß" fortzusetzten und wie 1993 Gottfried Küssel Weihnachtsgrußkarten zur „Wintersonnwend/Weihnacht 1994 in den Knast" zu schikken. Im Dezember 1993 erschütterten zehn Briefbomben Österreich.[3] Der „HNG-Schriftleiter" und mutmaßliche Terroranleiter Scholz unterhält aber wohl auch persönliche Kontakte zur Österreichischen Neonazi-Szene. So findet sich sein Name im Impressum eines von der VAPO verbreiteten Flugblattes, das zur Teilnahme am ersten Küsselprozeß (Mai 1993) aufruft.

ZIELAUSWAHL

Damit die braunen Terroreinheiten „loslegen" konnten, bedurfte es auch einer ideologischen Feindbestimmung. Hierbei tat sich die in Deutschland erscheinende Zeitschrift „NATION UND EUROPA" besonders hervor. Diese verkündete ihrer LeserInnenschaft in der Ausgabe 11/12 1992 die neue Schlagrichtung: „Entarnt die Inländerfeinde! ... Die einzige Alternative zum angestrebten Ethnozid am deutschen Volk kann nur im entschiedenen Widerstand gegen dessen Betreiber und Nutznießer liegen - um welchen Preis auch immer ... es muß ab sofort darum gehen, den harten Kern der Inländerfeinde zu identifizieren und sichtbar zu machen, ... ihn beim Namen zu nennen und schließlich mit politischen Mitteln unerbittlich zu bekämpfen". Danach folgt eine Auflistung der „Inländerfeinde", sie beginnt beim „deutschen Gesetzgeber" und setzt sich fort über PolitikerInnen der „CDU CSU SPD FDP PDS Grünen, Juristen, Kirchenvertreter, Gewerkschaftsfunktionäre, Medienvertreter, Lehrer aller Schulstufen, Funktionäre deutscher Sportvereine, verschiedene Bürgerinitiativen" usw. Dieser Text liest sich wie der - nach den Morden von Oberwart und den Anschlag in Stinatz gefundene - Bekennerbrief der „BBA".

Zu den AutorInnen von „NATION EUROPA" zählt u.a. Haiders „Vordenker-Duo" Andreas **Mölzer** und Jürgen **Hatzenbichler**. Mölzer verfaßte auch das Vorwort des „Anti-Antifa" Buches „Molotow Müsli", das aus der Feder des Wiener F-Bezirksrates (15. Bezirk) Martin **Hobek** stammt. In „Molotow Müsli" findet sich ebenfalls eine Feindbestimmung: die Grünen und einige mit

Die rechtsextreme Szene im Burgenland

1981 erklärte der mittlerweile verstorbene Führer der „Nationaldemokratischen Partei (NDP)" Norbert Burger das Burgenland zum Ziel-1-Gebiet seiner Aktivitäten. Zwei Jahre später kandidierten die Neonazis im Wahlkreis Oberwart und erhielten rund 500 Stimmen.

Mit dem Aufstieg des F-Führers J. Haider verspürte die rechtsextreme Szene im Burgenland erneut Aufwind. Im Oktober 1991 organisierte die Mittelschüler-Burschenschaft „Grenzwacht Oberschützen" einen sogenannten „Burgenlandkommers". Das nationale Happening fand in Oberschützen statt - nach einer Kranzniederlegung im niederösterreichischen Kirchberg, der Heimat Norbert Burgers, der in einem Rundschreiben alle „deutschgesinnten Frauen und Männer" zu diesem Kommers eingeladen hatte. Festredner: der rechtsextreme Wiener F-Universitäts-Historiker Lothar Höbelt und Jörg Haider.

Zuletzt wurde an der HTL-Pinkafeld die „national-freiheitliche" Burschenschaft „Marko-Germania zu Pinkafeld" gegründet. Involviert sind zwölf bis zwanzig Studenten und die Professoren Trattner und Jauschowetz - letzterer ist F-Gemeinderat der südburgenländischen Schulstadt und „Altherren-Obmann" der Burschenschaft. In der Grüdungsschrift der Burschen heißt es, daß die Aufgabe der Burschenschaft sei, gegen „gefährliche Begriffe" wie Pluralismus zu kämpfen. Außerdem wurde zum „Widerstand gegen Überfremdung" aufgerufen. Mitautor dieser Schrift: das F-Mitglied Jürgen Hatzenbichler, von Beruf Student und aus Berufung nationaler Vielschreiberling in beinahe allen deutschsprachigen rechtsaußen Blättern.

Als aktivste burgenländische neonazistische Gruppierung gilt die „Notwehrgemeinschaft der Bauern", rund um den ehemaligen F-Landtagskanidaten Robert Dürr. Dieser werkte von 1982 bis 1985 als „Schriftleitungsmitglied" der antisemitischen Hetzpostille „Sieg" und trat wiederholt als Referent bei rechtsextremen Gruppierungen auf. So auch im Oktober 1994 als er die TeilnehmerInnen der „29. Politischen Akademie" der berüchtigten „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)" mit einem Vortrag beglückte. Die in Pamhagen ansässige „Notwehrgemeinschaft" gibt auch die Zeitschrift „Der Pflug" heraus. Textprobe: „Die leerstehenden Bauernhäuser dagegen werden mit Ausländern aufgefüllt. Durch den Import der Ausländer erhoffen sich die 'gescheiten' Systempolitiker auch in Zukunft genug Wählerstimmen zu bekommen, um weiter am Futtertrog zu bleiben." (Der Pflug 6/1993)

Die Mannen der „Notwehrgemeinschaft" lieferten auch das Alibi für den Kärntner Neonazi Andreas Thierry, der in der Wochenzeitschrift „NEWS" als möglicher Attentäter von Oberwart gehandelt wurde. Thierry hatte sich am Wochenende des Oberwarter Anschlags im Burgenland als Gast der braunen Bauern aufgehalten. ■

ihnen angeblich verbundene linksradikale Zeitschriften sowie Gruppen und Personen, die sich für MigrantInnen einsetzen. Detail am Rande: Ein Großteil der mit Briefbomben beschickten Personen oder im „BBA"-Bekennerschreiben erwähnten Namen findet sich ebenfalls in „Molotow-Müsli", das auch vom „NATION UND EUROPA"-Buchdienst vertrieben wird.

„WENN ICH WAS ZU SAGEN HABE..."

Als politisches Kalkül hinter den Morden und Anschlägen der Nazi-Mörder drängt sich auf: Mann will Jörg Haider zum Führer bomben.

Faschismus baut auch auf Angst der Massen und nicht deren Bewußtsein auf. Destabilisierung ist immer ein wichtiger Bestandteil faschistischer Strategie. Jeder weitere Schritt in Richtung „starker Staat" ist in ihrem Sinne, auch wenn es manchmal den Druck auf sie selbst erhöht. So ist jeder Anschlag auch dazu gedacht, autoritäre Staatsstrukturen zu fördern. Es geht darum, ein Klima zu schaffen, in dem die Bevölkerung nach einem starken Mann ruft - Der in Österreich auch schon darauf wartet, gerufen zu werden.

Der inhaftierte VAPO-Kader Günther Reinthaler freut sich schon in den „NACHRICHTEN DER HNG" auf die Machtübernahme Haiders wie folgt: „Es kristallisieren sich interessante Zukunftsperspektiven für die FPÖ von Haider heraus. Wenn sich bei den Wahlen in der Mega-BRD doch nur ähnliches bewegen würde..."[4] Der burgenländische Neonazi und „Notwehrbauernführer" Robert Dürr weiß mittlerweile genau, was dann zu tun ist. So meinte er in einem Leserbrief in den „Oberwarter Nachrichten": „Alle Antifaschisten, ob groß oder klein, werden nach der Volksherrschaft (Demokratie) ihrer jeweiligen Schuld gemäß zur Verantwortung gezogen werden"[5]

Der F-Führer selbst weiß es ebenfalls. So drohte er bei einer Wahlveranstaltung im Oktober 1994 gegenüber einigen antifaschistischen GegendemonstrantInnen: „Pfeifts nur, wenn ich was zu sagen habe, habts keine Luft mehr zum Pfeifen"[6] ●

Der "Einzeltäter" FEIERT FRÖHLICHE URSTÄND

Drei Tage nach den Morden von Oberwart verkündeten die „Experten" des Innenministeriums wieder einmal die Mähr vom „irren Einzeltäter" und veröffentlichten folgendes „Täterprofil": „Der Mann sei ein irrer Einzeltäter, der rücksichtslos Menschenleben in Kauf nimmt, um eigene Erfindungen zu demonstrieren." (Kurier 8.2.1995). Es darf eben nicht sein, was nicht sein darf. Schließlich hatten Österreichische PolitikerInnen, allen voran Innenminister Franz Löschnak, die rassistische Gesetzgebung und die de facto Abschaffung des Asylrechts u.a. damit Begründet, daß man/frau nur so „deutsche Zustände" verhindert kann. Das ist ihnen auch gelungen - Österreich ist schon längst schlimmer.

UNVOLLSTÄNDIGE CHRONOLOGIE RASSISTISCHER/ ANTISEMITISCHER ANSCHLÄGE UND ÜBERGRIFFE IM BURGENLAND

DEZEMBER 1989

In Rechnitz wird der jüdische Friedhof geschändet und rund 60 Grabsteine umgeworfen. (Uhudla, März/Nr.32 1995)

31. 10. 1992

Der neue jüdische Friedhof von Eisenstadt wurde zum zweitenmal geschändet. Ein Großteil der Grabsteine - rund 80 - wurde mit weißer Farbe und schwarzer Farbe beschmiert. Auf einem Flugblatt ließ die „Rassisch Sozialistische Arische Widerstandsbewegung" unter dem Titel „Affen raus" wissen: „Auf diese Weise möchten wir unserem Vorbild Jörg Haider einen Arischen Gruß zukommen lassen. Heil Haider." Zahlreiche Grabsteine wurden großflächig mit Hakenkreuzen, SS-Zeichen und dem Davidstern beschmiert. Es fanden sich auch Aufschriften wie „Sieg Heil" und „Sieg Haider", „Ausländer raus", „NSDAP", „Hitler viele vergessen", „Gas", „KZ", und „Saujud". (Kurier, 1. 10. 1992)

JUNI 1993

In der nordburgenländischen Gemeinde Parndorf wird ein Brandsatz in ein von türkischen MigrantInnen bewohntes Haus geworfen. Es entstand kein Schaden. (Uhudla, März/Nr.32 1995)

30. 3. 1994

In Bad Sauerbrunn (burgenländisch-niederösterreichische Grenze) wurden auf einem Parkplatz, direkt vor einer Flüchtingsunterkunft zwei Handgranaten gefunden. Die Polizei schloß einen Anschlag auf das Flüchtlingsheim nicht aus. (Kurier, 31. 3. 1994)

Das sind nur jene Fälle, die in Zeitungen dokumentiert wurde und daher ihren weg in die Öffentlichkeit gefunden haben, weitere sind wahrscheinlich. ■

[1] vergl.: "Profil" 13. 2. 95

[2] „Spiegel" 6. 3. 95 und „Der Rechte Rand" Nr.30

[3] "Der Standard" 4. 2. 95

[4] wie oben

[5] zit. nach "Falter" 7/95

[6] zit. nach "Profil" 11. 10. 94

Februar '95:
Österreich, wie es singt und lacht

Statt dessen vertraute mann im Innenministerium auf die kollektive Wahrnehmung der „Zigeuner" als sich dauernd befehdende Gestalten und lancierte die Version eines mit Pumpguns ausgetragenen Streits. Doch sehr bald mußten die Ermittler zur Kenntnis nehmen, daß die vier Roma Opfer einer Bombenexplosion wurden. Nun wurde also ein „unvorsichtiges Hantieren mit Sprengstoff" als Ursache veröffentlicht, eine Meldung, die via APA an in- wie ausländische Medien ging. Schwer bewaffnete Polizisten versuchten, diesen Verdacht am Sonntag mit Hausdurchsuchungen bei den Angehörigen der Opfer zu erhärten. Noch am Montag - als auch für Löschnak „alles auf einen politisch motivierten Anschlag" hindeutete - drängten zwei Ermittler den Stiefbruder eines der Ermordeten, doch endlich zuzugeben, den Sprengstoff besorgt zu haben. Der, ob dieser Ermittlungen „in alle Richtungen" kritisierte Innenminister versprach, in Zukunft bei ähnlichen Fällen von vornherein von einem Terroranschlag auszugehen.

Die Repräsentanten des Staates warteten mit ihren Reaktionen mehr als 24 Stunden, bis nicht einmal die „Kronen Zeitung" die Tatsache eines rassistischen Anschlages leugnen konnte. Bundespräsident **Klestil** sprach von einer Tat des obligaten Einzelnen, der mit der Masse der Bevölkerung soviel zu tun hat wie ein Außerirdischer. Am Begräbnis mußte Klestil aber dann doch einräumen, daß derartige Anschläge eines gewissen Klimas bedürften. Kanzler **Vranitzky** stand verspätet „mit Abscheu und Ekel vor den Anschlägen" und fuhr am 9. Februar nach Oberwart, um der burgenländischen Kleinstadt (8.000 EinwohnerInnen) eine Beispielhaftigkeit „für vorbildliches Zusammenleben verschiedener Volksgruppen" zu attestieren. Gemeinsam war fast allen offiziösen Reaktionen das Uminterpretieren konkreter, rassistisch motivierter Morde in einen „Anschlag gegen die Familie aller Österreicher" (Klestil), in einen „Mordversuch am Rechtsstaat" (VP-Bundesrat **Weiß**). Anstatt die geistigen Urheber namentlich zu nennen, wurde ein Klima der gegenseitigen Intoleranz beweint und eine Verlotterung der demokratischen Kultur als Ursache ausgemacht.

Die staatlichen Reaktionen auf Terrorakte der Neonazis gleichen einander: Nachdem im August 1 994 die Rohrbombe vor der zweisprachigen Schule in Klagenfurt/Celoveč aufgefunden worden war, machte Innenmimister Löschnak zunächst das „lokale Rotlichtmilieu" für den Anschlag verantwortlich. Auch am Morgen jenes 5. Februars waren Löschnaks Beamte weit davon entfernt, gleich Neonazis als Täter zu vermuten.

In dieser Gemeinschaft der Bestürzten, die androhte, jetzt „noch enger zusammenrücken" zu wollen, ist dann natürlich auch Platz für Jörg **Haider**. Dieser nahm am 8. Februar mit seiner Fraktion an der parlamentarischen Schweigeminute teil und befürchtete anschließend, daß „Österreich insgesamt angeklagt ist, daß es intolerant und unaufgeschlossen sei". Um das Ansehen Österreichs im Ausland zu sichern, wollte Haider „gemeinsam eine Grenze gezogen" wissen gegenüber „all jenen, die mit der Gewalt sympathisieren". Der F-Obmann, der bei dieser Gelegenheit aus KZs „Straflager" machte, mußte die Gewalt entpolitisieren, um nicht mit ihr in Verbindung gebracht zu werden: „Gewalt hat kein ideologisches Mascherl, sie ist nicht links, nicht rechts, sie ist feiger, gemeiner Mord."

Während der ehemalige FPÖ-Funktionär Robert **Dürr** einen „antifaschistisch-propagandistischen Hintergrund" sah, machte der burgenländische F-Obmann **Rauter** „linke Aktivisten" verantwortlich, die „durch ihren unhaltbaren Versuch, die Freiheitlichen ins rechte Eck zu drängen, geistig verwirrte Amokläufer erst ermuntert haben, aus ihren Löchern hervorzukommen." Noch dazu seien, so Rauter, die „Bomben zum taktisch ungünstigsten Zeitpunkt gekommen". Haider, der bis dato stets „linke Kreise" als Urheber der Anschläge nannte, bringt nun „ausländische Geheimdienste" ins Spiel und vermutet „ein größeres Zusammenspiel eines Netzwerkes aus altkommunistischen Staaten mit der Neonaziszene".

Nach jedem rechtsextremen Terrorakt müssen die „Freiheitlichen" versuchen, der Gewalt ein linkes „Mascherl" umzuhängen und sich als die eigentlichen Opfer darzustellen. So tischte Holger **Bauer** im Parlament die Legende vom mißlungenen Mordversuch an Haider auf: Aus einem Zuckerstreuer, der bei einer FPÖ-Kundgebung zum Bundespräsidentschaftswahlkampf in Richtung Bühne flog, wird da ein mit Unkrautsalz gefüllter „Sprengsatz". Dieser zynische Umgang mit der Wahrheit veranlaßte die SP-Abgeordnete **Mertel** zu ihrem Zwischenruf („Auch eine Möglichkeit").

Als sich dann Burgtheater-Chef Peymann noch anmaßte, die ermittelnden Behörden zu kritisieren und die trauernden Spitzen des Staates als „Scheinheilige" zu entlarven, legte ihm Sozialminister **Hesoun** (SPÖ) nahe, das Land zu verlassen. Mit Mertel und Peymann waren die Ersatzschuldigen endlich gefunden: Die Empörung, welche angesichts der Anschläge so gekünstelt wirkte, konnte nun über die beiden ausgeschüttet werden.

Am 11. Februar versammelten sich gerade 3.500 zur Trauerfeier in Oberwart. Gratisbussse hin, offizielle Aufrufe her - Herr und Frau Österreicher stimmten mit den Füßen ab und straften alle Beschöni-

Die FPÖ

ALTE NAZIS UND DAS DEUTSCHTUM IM BURGENLAND

VOR DEM HINTERGRUND DER RASSISTISCHEN MORDE SOLL IM FOLGENDEN TEXT EINIGE PERSONELLE VERBINDUNGEN UND IDEOLOGISCHE ÜBEREINSTIMMUNGEN DER FPÖ - BURGENLAND, HEUTE "F", ZU ALTEN NAZIS UND DEREN GEDANKENGUT AUFGEZEIGT WERDEN, UM DIE UNGEHEUERLICHE KONTINUITÄT VON NAZISTISCHEM DENKEN EINMAL MEHR ZU DOKUMENTIEREN.

Maßgeblich am Völkermord an Roma und Sinti Beteiligte, wie Tobias Portschy, der im Dritten Reich die Position des stellvertretende Gauleiter der Steiermark inne hatte, fanden in der FPÖ-Burgenland eine Wirkungsstätte.

TOBIAS PORTSCHY - EIN WEGBEREITER DES VÖLKERMORDES

Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung von JüdInnen, Roma und Sinti haben eine jahrhundertelange Tradition. Daran konnte der Rassenwahn der Nazis, der schließlich zur industriellen Massentötung und zum Völkermord führte, anknüpfen.

Eine treibende Kraft der ideologischen Vorbereitung war Tobias Portschy. 1938 veröffentlichte der radikale Antisemit die Denkschrift "DIE ZIGEUNERFRAGE", auf deren Titelseite es heißt: "Willst du, Deutscher, Totengräber des nordischen Blutes im Burgenland werden, so übersehe nur die Gefahr, die ihm die Zigeuner sind!". Portschy sprach davon, die "Zigeuner- und Judenfrage" mit "nationalsozialistischer Konsequenz" zu lösen, denn "das Blut an Deutschlands Grenzen ist auf das eminenteste gefährdet." Bis Ende 1938 war der offizielle Grund für die Verfolgung von vielen Roma und Sinti ihre Einstufung als "Asoziale". Am 18. Dezember 1938 ordnete SS-Führer Himmler an, daß die durch "rassenbiologische Forschungen gewonnenen Erkenntnisse" bei der "endgültigen Lösung der Zigeunerfrage" anzuwenden seien, Portschys Vorschläge wurden Realität, und er begann sie mit tödlicher Konsequenz umzusetzen. Sterilisierungen (die oft genug tödlich endeten), Erlassung besonderer Rechtsnormen (z.B. Verbot des Schulbesuchs für Kinder von Roma und Sinti um sie nicht zu "klügeren Verbrechern" zu machen), Maßnahmen zur "freiwilligen" Abwanderung und Zwangsarbeit waren anfangs die Mittel, die unter seiner Verantwortung eingesetzt wurden. Hierzu konnte sich die NS-Vernichtungsmaschinerie auf eine "Zigeunerkartothek" stützen, in welcher Roma und Sinti 1928 vom Bundespolizeikomissariat Eisenstadt erfaßt wurden.

Weiters schreibt Portschy: Der einzige Aufenthalt von "Zigeunern in deutschen Landen" sollen Zwangsarbeitsanstalten" sein. "Man mag dies Barbarei nennen, in Wirklichkeit ist es die mildeste Lösung der Zigeunerfrage." Diese mildeste Lösung bedeute für drei Viertel der rund 8.000 im Burgenland lebenden Roma und Sinti den Tod. 1940 wurde in Lackenbach, Bezirk Oberpullendorf, das größte Lager für Roma und Sinti auf österreichischen Boden eingerichtet. Sie wurden unter brutalen Bedingungen zu schwersten Arbeiten herangezogen, viele starben bereits hier, es gab keine medizinische Versorgung. Arbeitsunfähige, Kinder und Kranke wurden in Vernichtungslager deportiert, wo tausende österreichische Roma und Sinti (davon fast jedeR zweite ein Kind) ermordet wurden. In Port-

FORTSETZUNG VON SEITE 7

gungen des Klimas in diesem Lande Lügen. (Wir erinnnern uns: Zur Solidaritätsbekundung für Haider nach dessen Sager von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik" im „Dritten Reich" pilgerten 15.000 nach Klagenfurt!) Aber zumindestens in qualitativer Hinsicht hatte es dieses Begräbnis in sich: Die politische Elite des Landes war beinahe vollständig angetreten und sogar Hetzern wie Rauter gelang es, sich unter die Trauernden zu mischen. Nur wenige Menschen hielten diese Inszenierung für unerträglich: Den verantwortlichen Politikern des Staatsrassismus wurde vereinzelt ein „Heuchler" oder „Schreibtischtäter" zugerufen, und ein paar AntifaschistInnen bemalten einstweilen das neun Kilometer entfernte „Anschlußdenkmal" von Oberschützen.

Währenddessen amüsierte sich Österreich auf Faschingsumzügen: In Wels wurde das Vorbeiziehen von „Zigeunern" seitens des Platzsprechers mit „Jetzt bitte keine Bomben werfen!" kommentiert. Sehr lustig ging es auch im steirischen Landtag zu: Die Gedenkversammlung, zu der die SP-Abgeordneten gar nicht erst erschienen waren, ging unter im lauten Tratsch und den Witzeleien der Abgeordneten. Das Basteln vor Bombenattrappen wurde mittlerweile zum Volkssport: In Salzburg tauchten am gleich 17 davon auf. Schon zuvor fand sich eine Rohrbomben-Nachbildung in einer Telefonzelle in Wien. In der Folge erhielten die Grünen und ein Salzburger Jugendzentrum Sendungen sog. „Trittbrettfahrer" zugestellt. In der „Hallein Papier"-Fabrik, an welche schon eine echte Briefbombe der zweiten Serie erging, deponierten zwei Arbeiter eine Rohrbomben-Attrappe.

Fasching '95:
Österreich bleibt Österreich... ●

schys Geburtsort Unterschützen überlebten nur zehn von insgesamt 143 dort lebender Roma die Naziherrschaft. Insgesamt wurden im Deutschen Reich ungefähr eine halbe Million "Zigeuner" ermordet. Den Überlebenden des Lagers Lakkenbach wurde bis 1961 das Recht auf Entschädigung verwehrt. 1954 beantwortete das Sozialministerium Ansuchen von Überlebenden um Anerkennung als NS-Opfer negativ, weil sie dort bloß als "arbeitslos herumziehende Zigeuner, die eine Gefahr für das Eigentum Dritter darstellten, zusammengefaßt" gewesen wären.

Ein NSDAP-Kreisleiter als FPÖ-Landesparteiobmann

Tobias Portschy

Von Jänner bis August 1958, rund ein halbes Jahr, war Portschys Kampfgefährte Eduard **Nicka** sen. (1911 - 1972; NSDAP Mitgliedsnr. 1.456.659) Landesparteiobmann der FPÖ Burgenland und gehörte auch kurzzeitig dem Bundesvorstand an. Nicka sen. ist ein guter Bekannter Portschys, stammt er doch ebenfalls aus Unterschützen und übernahm die Funktion des NSDAP-Kreisleiters von Oberwart von Portschy, als dieser zum illegalen Gauleiter Burgenlands aufstieg. Nicka hatte diese Funktion bis Kriegsende inne und wurde dann zu einer dreieinhalbjährigen Kerkerstrafe verurteilt. 1959 folgte Portschy seinem Freund in die Partei, er wurde aktives Mitglied der FPÖ und blieb es bis zum 8. Juli 1991.

Vier Jahre vor der Affäre, die Portschy zum Parteiaustritt bewegte, kam die burgenländische FPÖ 1987 in die Schlagzeilen. Jörg **Haider** wollte den "Bauernführer" Robert **Dürr** zum FPÖ Landesobmann küren, zum Leidwesen Haiders trug Dürr jedoch seine antisemitische und rechtsextreme Einstellung allzu offen zur Schau. Als seine frühere Mitarbeit bei den neonazistischen Zeitungen "Sieg" und "Nachrichten-Austausch-Dienst" von Walter **Ochensberger** bekannt wurde, erfolgten von seiner Seite nicht einmal halbherzige Distanzierungen. In einem Interview meinte Dürr: "Man sollte die Ansichten von Wissenschaftern, die sagen, in den deutschen Konzentrationslagern wurden keine Juden vergast, veröffentlichen und nicht verbieten. (Basta, 11/1987). Wegen des öffentlichen Drucks gab Jörg Haider widerstrebend seinen Wunschkandidaten auf, der jedoch freiheitlicher Agrarexperte und Gemeinderat in Nickelsdorf blieb. Statt ihm wurde Wolfgang **Rauter** Obmann.

Das FP-Mitglied Portschy

1991 kam es dann zum Eklat um den Altnazi Portschy, der für einige Tage in den Mittelpunkt des tagespolitischen Geschehens rückte. Haider hat zu dieser Zeit seinen berüchtigten Sager von der "ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich" losgelassen, was ihn seinen Kärntner Landeshauptmannposten kostete. Im Zuge der öffentlichen Diskussion um diese Aussage eilte der weit rechts stehende Richter Wolfgang Rauter seinem Parteivorsitzenden zuhilfe und verstärkte noch dessen Aussagen. "Völlig zurecht übte Haider an der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik Kritik, da diese einen Verfall der Arbeitsmoral der Arbeitnehmer zur Folge haben muß. (Der Standard 15./16. 6. 1991), "Im Dritten Reich sei es gelungen die Arbeitsmoral zu heben, das wäre heute noch an der Zeit." (Die Presse, 15./16. 6. 1991) und "Es kotzt mich an, daß in Österreich Politiker lügen, betrügen und stehlen dürfen. Wenn jemand die Wahrheit sagt, wird er medial fertig gemacht. Die Naziverbrechen seien zutiefst abzulehnen. Man müsse sich aber auch mit den 'positiven Seiten' die es gegeben habe, auseinandersetzen." (Kurier, 17. 6. 1991). Es gab schon einige Zeit FPÖ-interne Diskussionen, wer nun an

Tobias Portschy

geb. 5.9.1905 in Unterschützen, Burgenland. 1925 - 1929 Studium der Rechtswissenschaft in Wien und Göttingen; 1931 NSDAP-Ortsgruppenleiter von Unterschützen (NSDAP-Nr. 511.418 ab 23.6.1931); 1932 - 1935 NSDAP-Kreisleiter von Oberwart, Güssing und Hartberg; Oberwart und Oberschützen entwickelte sich neben Eisenstadt zum Zenrum der NSDAP im Burgenland; 1935 - 1938 illegaler Gauleiter des Burgenlandes; 1937 Promotion zum Doktor der Rechte in Wien; in der Zeit von 1934 - 1938 insgesamt 18 Monate Haft wegen illegaler Betätigung für die NSDAP; März bis Oktober 1938 Landeshauptmann von Burgenland, nach Aufteilung des Burgenlandes zwischen dem Gau Niederdonau und der Steiermark stellvertretender Gauleiter der Steiermark; ab 1.7.1940 Mitglied der SS (Nr. 365. 175; Aufstieg bis zum Rang eines Oberführers); 1941/42 Militärdienst; nach Kriegsende von den Engländern in Haft genommen; 1949 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt; 1951 bedingt entlassen und 1957 endgültig begnadigt; nach der Entlassung als Elektrogroßhändler in Graz tätig; lebt seit 1976 in Rechnitz im Burgenland und wird dort Aufsichtsrats-Präsident der Rechnitzer Spar- und Kreditbank, Obmann des Fremdenverkehrsverbandes und Obmann des Ortsverbandes des Kameradschaftsbundes; 1992 beweist Portschy in dem Dokumentarfilm "Schuld und Gedächtnis" von Egon Humer einmal mehr seine Gesinnung. Portschy wohnt heute im Rechnitzer Gasthaus "Zur Rose", das von seiner Tochter betrieben wird. ■

[1] Anton Pelinka "Die Resolution der FPÖ zur "Ausländerfrage"; in Fischer/Gstettner (Hg.), "Am Kärntner Wesen soll die Welt genesen", Klagenfurt 1990

der Spitze der Landespartei stehen sollte, Rauters Verbleib in der Funktion des Landesobmann schien nicht gesichert. Am 4. Juli 1991 ergriff Tobias Portschy während einer geschlossenen Mitgliederversammlung der FPÖ das Wort für Rauter. (Die Diskussionen um die "ordentliche Beschäftigungspolitik" dürfte ihn an seinen eigenen Beitrag zu eben dieser erinnert haben). Seine laut Ohrenzeugen flammende Rede "Seid einig, seid einig!", hatte Erfolg. Mit nur einer Gegenstimme wurde der rechtsextreme Richter wiedergewählt. (Rauter kam übrigens einem drohenden Ausschluß aus der Richtervereinigung durch einen freiwilligen Austritt zuvor.) Die Vergangenheit Portschys (siehe Kasten) rückte nun in den Mittelpunkt des medialen Interesses und er trat schließlich am 8. Juli aus der FPÖ aus, nachdem sich Rauter und andere vorsichtig von ihm distanziert hatten. Portschy meinte gegenüber den Medien, er habe "die Kameraden" lediglich zu einem gemeinsamen Bekenntnis "zur Liebe zur Heimat und zum demokratischen Österreich" aufrufen wollen. "Ich habe ja auch immer demokratisch geführt. Es ist so, daß ich das Dritte Reich verloren habe und mich innerlich zur Demokratie bekenne". Er sei aber auch ein "elitär denkender Mann" und habe "als Deutscher die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich meine Umwelt nicht nur fort-, sondern auch aufwärts bildet und veredelt." (Standard, 9. 7. 1991) Dieses Ziel dürfte auch Rauter und die burgenländische FPÖ verfolgen. Nicht nur daß die mörderische Konsequenz der Zwangsarbeitspolitik als positive Seite des Dritten Reiches gesehen wird, lange Zeit wurden auch bedeutende Nazis wie Portschy und Nicka in der FPÖ geduldet, die diese Politik gestalteten und exekutierten. "Deutsche Blutbande" scheinen eben zu verbinden, was sich auch in der "Resolution der FPÖ-Burgenland zur "Ausländerfrage" aufdrängt.

Volksstimme

Die linke Wochenzeitung

zur rechten Zeit.

Erscheint jeden Donnerstag neu!

Abonnement

Ich bestelle die *VOLKSSTIMME*, die linke Wochenzeitung zur rechten Zeit

☐ 4 Nummern gratis zum Kennenlernen	öS	0,-
☐ StudentInnenabo (Inskriptionsbestätigung bitte mitschicken)	öS	500,–
☐ Abonnement mit halbjährlicher Zahlung	öS	480,–
☐ Abonnement mit jährlicher Zahlung	öS	960,–
☐ Solidaritätsabo	öS	2.000,–

Name

Adresse, PLZ, Ort

Telefon

Datum/Unterschrift

Abo-Hotline: 0222/523 87 30

Das Abo verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird, um ein weiteres Jahr.
Kupon ausschneiden und an: Volksstimme, Kaiserstraße 67/1/DG, 1070 Wien schicken

DIE "AUSLÄNDERFRAGE" DER FPÖ

In dieser 1989 unter Verantwortung von Rauter von der Landesparteileitung der FPÖ-Burgenland verabschiedeten Resolution, die der Politologe Pelinka eindeutig als "Dokument des Rechtsextremismus" bezeichnet[1], werden Menschen in die drei folgenden Gruppen eingeteilt, von denen jede unterschiedlich beurteilt wird.

1. "Angehörige von deutschen Minderheiten" werden von dieser Resolution ausgenommen, da sie ja im Grunde genommen keine Ausländer seien. Die Definition im Wortlaut:"Vor allem denjenigen (sic!) aus dem Gebiete der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, sehen wir nicht als Asylanten im Sinne dieser Resolution an, sondern als Umsiedler". Pelinka zeigt am Begriff "Umsiedler", wie weit sich die FPÖ an die Terminologie der Bundesrepublik Deutschland genähert hat, und eigentlich den terminologischen und verfassungsrechtlichen Anschluß an die Bundesrepublik vollzogen hat - sie übernimmt die umfassenden, alle "Deutschen" einschließenden Kompetenzansprüche des Bonner Grundgesetzes, was indirekt nichts anders heißt, als Österreich Deutschland zuzurechnen.

2. "Ausländer aus europäischen Ländern, die nicht deutschen Minderheiten zugerechnet werden." Besondere Gefahr für das Deutschtum sieht die FPÖ von den slawischen Nachfolgestaaten der Österreich-Ungarischen Monarchie, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, und Polen ausgehend, da eine Masseneinwanderung und -einbürgerung von Menschen aus diesen Staaten eventuell Gebietsansprüche eben dieser Staaten an Österreich nach sich ziehen könnte.

3. Die schärfste Ablehnung trifft EinwandererInnen aus der sog.

"Dritten Welt". Sie sind in der Regel nicht zu integrieren: "Während die Einbürgerung von Angehörigen anderer Kulturkreise, insbesondere aus der Dritten Welt, in der Regel unüberbrückbare Schwierigkeiten aufwirft..." Und sie sind außerdem durchwegs kriminell: "Die Aufenthaltsbestimmungen für Personen, die außerhalb Europas beheimatet sind, sind neu festzulegen und insbesondere für Staatsbürger aus Krisengebieten streng zu fassen um das Eindringen des internationalen Verbrechens und des Terrors zu unterbinden." Höhnischeres kann angesichts des landeseigenen deutschnationalen Terrors kaum formuliert werden.

Die Resolution arbeitet weiters mit den Begriffen "Monopolkapital und Hochfinanz", die sehr an billigen Arbeitskräften interessiert wären. Dieses Interesse würde auf eine verbrämte, moderne Sklavenwirtschaft" abzielen, und letzteres würden die Freiheitlichen "als unwürdig und unmoralisch" zutiefst ablehnen. Diese Terminologie steht in der Tradition des Verbalsozialismus der NSDAP - es fehlt nur das Attribut "jüdisch". Die Vermutung, daß alle, auf die es in der FPÖ Burgenland ankommt, dieses Attribut für sich ergänzen werden, liegt nicht fern. Minderheitenschutz und Förderung von SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache wird als Diskriminierung der Mehrheit bewertet, "Ausländer und Asylanten die österreichisches Recht verletzen, sind nach ihrer Aburteilung bzw. unverzüglich in ihre Heimat abzuschieben." Was nichts anderes heißt, als daß Menschen die politisch verfolgt sind, auch ohne gerichtliches Urteil abgeschoben werden können. "Kein Wahlrecht für Ausländer" ist ein Punkt, in dem die FPÖ mit den meisten anderen Parteien übereinstimmt. Es ist kein Geheimnis, daß die österreichische Regierung in ihrer Asylpolitik und Fremdengesetzgebung, ein gefährliches Naheverhältnis zu einigen dieser Ausführungen hat.

1994 kam es im Burgenland wieder zu einer Obmanndiskussion. Der Landtagsabgeordnete Eduard **Nicka** jun., Sohn des bereits erwähnten Nazis Nicka, war als Nachfolger Rauters für den FP-Vorsitz vorgesehen. Am entscheidenden Parteitag mußte Nicka seine Kandidatur zugunsten Rauters zurückziehen, der wiedergewählt wurde. Innnerparteiliche Flügelkämpfe zeichneten sich dafür verantwortlich, an Nickas Ansichten kann es nicht gelegen haben. Mit seinen Überlegungen zu den Gefahren von "Überfremdung", zur "Vermischung der Völker", lag er durchaus auf FP-Linie.

Und seine Freundschaft zu Tobias Portschy dürfte ihm wahrscheinlich auch nicht zu Verhängnis geworden sein. ●

Literatur:

div. Tages- und Wochenzeitungen

Busch, Fasching, Pillwein: "Im rechten Licht - Ermittlungen in Sachen Haider-FPÖ" Linz 1992

Weiß, Federspiel: "Wer?" Wien 1988

SOLIDARITÄT IST KONKRET:

UNTERSTÜTZE DAS PROJEKT Lotta DURA.
ABONNIERE DIE ZEITSCHRIFT FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR UND SICHERE DAMIT DEN WEITERBESTAND DER Lotta DURA.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag: Im ersten Umschlag, der mit **H. MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt. Schreib bitte dazu, ab welcher Ausgabe du dein Abo möchtest. Dann wird dieser Brief in ein ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfänger **AMERLINGHAUS, STIFTGASSE 8, 1070 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur so ist gewährleistet, daß wir zum Geld und du zur **Lotta DURA** kommen.

INHALT:

TROTZ VERBOT NICHT TOT.....SEITE 2
RAF VON RECHTS?.....SEITE 6
FRANZ RADL JUN. .....SEITE 8
ERMITTLUNGSERGEBNISSE.....SEITE 10
EIN GESPRÄCH MIT EXPERTEN.....SEITE 12
NAZI-TERROR UND FPÖ.....SEITE 15
ANDREAS SAMMER, VAPO-KADER.....SEITE 19
ANTI-ANTIFA- DIE NEUE LINIE?..... SEITE 20
GEGEN DAS "68 VONRECHTS".....SEITE 24
EXTREM RECHTE LEHRER.....SEITE 28
CHRONOLOGIE.....SEITE 33
DREI KURZBESCHREIBUNGEN.....SEITE 37

Ich möchte
Antifaschistische Nachrichten
zum Preis von 30öS (incl. Porto) beziehen und lege den Betrag meiner Bestellung bei.

Name:.....

Adresse:.....

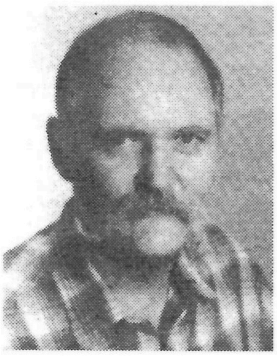
An: Antifaschistische Nachrichten
1070 Wien Lindengasse 40

Umstrukturierung

DER NS-SZENE - DAS BRAUNE ZELLENNETZ UND DIE F-BEWEGUNG

DIE MORDE VON OBERWART DURCH DIE NAZI-TERRORGRUPPE „BAJUWARISCHE BEFREIUNGS-ARMEE BBA" BILDEN DEN VORLÄUFIGEN, TRAURIGEN HÖHEPUNKT EINER GESAMTEN UMSTRUKTURIERUNG DER ÖSTERREICHISCHEN NEONAZI-SZENE.
DER GRUNDSTEIN FÜR DIESE GROSSANGELEGTE UMSTRUKTURIERUNG DER HEIMISCHEN NS-SZENE WURDE BEREITS 1 990 GELEGT.

In diesem Jahr versuchte die Führungsetage der heimischen Neonazis mit ihrer Wahlliste „NEIN ZUR AUSLÄNDERFLUT (NA)" bei den Nationalratswahlen teilzunehmen. Als Spitzenkanidaten der NA agierten der „Schriftleiter" der Postille „FAKTEN" Horst Jakob **Rosenkranz**, der Ende 1992 nach Spanien geflüchtete „HALT"-Herausgeber Gerd **Honsik** und der mutmaßliche Briefbomber Franz **Radl** jr. Der Wahlantritt der NA wurde von der Wahlbehörde wegen NS-Wiederbetätigung zurückgewiesen - die Neonazis mußten feststellen, daß es für sie bei Wahlen keinen Platz rechts von der FPÖ gibt. Der entgültige Startschuß für ein großangelegtes strategisches und taktisches Umdenken der Szene wurde durch die Verhaftung des Wiener VAPO-Häuptlings Gottfried **Küssel** im Jänner 1992 abgegeben.


Horst Jakob Rosenkranz

Ein namentlich nicht gekennzeichneter Schlüsseltext („Die Deutsche Frage in Österreich") zum Verständnis der Weichenstellung innerhalb der Szene erschien 1992 in der Zeitschrift „VORDERSTE FRONT (VF)", des deutschen „NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES (NHB)" Darin heißt es u.a.: „Es wurde bereits erwähnt, daß aufgrund des Ausmaßes, welches die Repression in Österreich erreicht hat, SINNVOLLE politische Arbeit für Nationalisten nur noch als Untergrundarbeit denkbar ist. (...) Wichtigstes Gebot jedweder Untergrundarbeit ist KONSPIRATIVES Verhalten um jeden Preis. Konkret heißt dies: Keine Weitergabe von Informationen über Telefon oder Postweg, es sei denn verschlüsselt, aber auch nur an Leute, die schon von der Stapo erfaßt sind; keine Bekanntmachung von Aktivisten, außer einigen wenigen führenden Kadern, deren Identität sowieso nicht geheimzuhalten ist; Zugang zur Mitgliederkartei nur für einen kleinen Kreis von Führungsleuten; Organisation nach dem Zellenprinzip, also autonome Kleingruppen, deren einfache Mitglieder nur die Mitglieder ihrer eigenen Zelle kennen; Aufnahme in die innere Organisation nur nach einem längeren Auslese- und Beobachtungsprozeß. Insbesondere das Zellenprinzip macht es in Verbindung mit eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten notwendig, daß die Teileinheiten weitgehend autonom arbeiten und einmal gestellte bzw. selbst gestellte Aufgaben auch alleine bis zum Ziel weiterverfolgen. Dies setzt wiederum einen hohen Anteil von kaderfähigen Personal und einen weitgehenden Verzicht auf die Einbindung der sogenannten Basis voraus. Statt dessen sollte man lieber Versuchen, sich als Fraktion in den zahlreichen vorhandenen Vorfeldorganisationen des nationalen Lagers zu etablieren, um diese zu radikalisieren. Ausgewählte, nicht staatspolizeibekannte Leute könnten zum Beispiel selbst in FPÖ-Gliederungen eindringen..."
(VORDERSTE FRONT Nr.3)

Zusätzlich wird im Text die „BAJUWARISCHE EINHEIT", der Anschluß Österreichs an Deutschland gefordert und ein ausführlicher geschichtlicher Überblick über die Bajuwaren und deren Siedlungsgebiet vermittelt. Als mutmaßlichen Autor dieses Textes vermuten Kenner der Szene den ehemaligen Anführer der verbotenen „AKTION NEUE RECHTE (ANR)" Dr. Bruno Haas.

Dr. Bruno Haas

Dieser saß 1984 gemeinsam mit Gottfried Küssel und dem deutschen Nazi-Terroristen Ekkehard **Weil** im „Wiener ANR-Prozeß" auf der Anklagebank und faßte eine bedingte Haftstrafe von 9 Monaten aus. In der Vorläuferzeitung der „VF" dem „NHB-Report" zählte Haas, wie auch der F-Umvolkungsexperte Andreas **Mölzer**, zur AutorInnenschaft. Am 4. Juni vergangen Jahres war Haas als Hauptrefernt beim „Jubiläumskongreß der Jungen Nationaldemokraten (JN)" in Dortmund vorgesehen. Die JN und der NHB wirken als Jugend bzw. StudentInnenabteilung der „NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)" des Auschwitzleugners Günther **Dekkert** und verfügen über beste Kontakte zu militanten Neonazi-Gruppen.

Letztere sollten wohl mit dem Text „Vor der Völkerwanderung", ebenfalls in der Nr.3 der „VF" zu finden, zu Terroraktionen ermutigt werden. Darin heißt es: „Wir werden alles daransetzen, daß die bevorstehende Völkerwanderung an unseren Grenzen halt macht, zurückgeschlagen wird. In diesem Sin-

ne geben wir die Parole aus VON HOYERSWERDA LERNEN, HEISST SIEGEN LERNEN, wenn nicht nur der Aufmarsch der Asylbetrüger verhindert wird. Auch deren Hintermänner und ein politisches System, das solche Zustände nicht nur verhindert, sondern begünstigt hat, haben sich zu verabschieden". Als historisches Beispiel wird „die Abwehr der Türken vor Wien im Jahre 1683" genannt: „Damals kämpften, starben und siegten unsere Ahnen, damit unser Land deutsch und europäisch blieb, damit wir eine Heimat besitzen, einen sicheren Platz, von dem uns niemand vertreiben kann."

Die Verteidigung Wiens wurde 1683 von Graf Rüdiger Starhemberg geleitet. Dessen Name fand sich auch im beigelegten Bekennerschreiben der ersten zehn Briefbomben vom Dezember 1993. Die mutmaßlichen Attentäter der VAPO-Kader Peter **Binder** und der überfraktionell arbeitende Franz Radl jr. warten derzeit auf ihren Prozeß. Radl philosophierte Mitte 1993 in einem sechsseitigen Schreiben an den einsitzenden Gottfried Küssel über die zukünftige Strategie wie folgt: „Es müssen unbedingt geheime Kader herangebildet werden, das erachte ich nicht nur auf Hinblick auf allfällige Wahlantritte von Tarnparteien als nützlich, sondern auch in militärischer Hinsicht. Wir müssen uns langsam, aber sicher daran gewöhnen, in militärischen und geheimdienstlichen Begriffen zu denken. Nur so können wir in Zukunft die Schläge des Gegners parieren." (Standard 23. 12. 93) Der Schulung von neonazistischen Kadern hat sich der ehemalige SSler Herbert **Schweiger** verschrieben.

Herbert Schweiger

Der Mürzzuschlager (Steiermark) Gastwirt tingelt seit Jahren durch „alle deutschen Gaue" und verkündet seinen braunen Ungeist an potentielle Nachwuchshoffnungen der Neonazis. So trat er am 13. 11. 1994 bei einer Veranstaltung des „NHB" im Münchner Umland als Hauptreferent auf. Nach Informationen der Nürnberger Antifa-Zeitung „RABAZ (NR.2)" soll der Leiter der verbotenen Neonazi-Truppe „Nationalistische Front" Meinolf **Schönborn**, Herbert Schweiger direkt unterstellt sein. Schönborn besuchte 1991 die „15. Gästewoche" der in Graz ansässigen neonazistischen Schanierorganisation „Deutschen Kulturgemeinschaft" (Vorstandsmitglied: Herbert Schweiger). Dabei wurde von der Staatspolizei ein von Schönborn verfaßtes Flugblatt beschlagnahmt, in dem es hieß:

„Kamerad, der Kampf wir härter! Stellen wir uns darauf ein: Sei bereit zu kämpfen! (...) Um unseren Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichtet, sicherer und noch erfolgreicher durchführen zu können, haben wir beschlossen, ein Nationales Einsatzkommando aufzustellen:

- Aufstellung kadermäßig gegliederter hochmobiler Verbände
- Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße (...)
- Planung und Durchführung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen."

Über innige Kontakte zu Schönborn verfügt auch der Kärntner Neonazi Andreas **Thierry**.

Andreas Thierry

Der 24 Jährige wurde im Mai 1994 aufgrund seiner Mitarbeit an einem Flugblatt („Die Wahrheit über die Waffen-SS") wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt. Waffen dürften den gebürtigen Wiener schon seit jeher fasziniert haben. Jedenfalls wurde er bei seiner Grundwehrdienerausbildung 1993 zum Scharfschützen ausgebildet. Wo er laut Aussage seines Hauptmannes Arno **Kronhofer** „besser schießen als die anderen" lernte. Bemerkenswert ist, daß Thierry schon beim Einrückungstermin das Verfahren wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz anhängig hatte. Zusammen mit Thierry betätigten sich im braunen Kärntner Sumpf auch Heinrich **Sickl** (Sohn der F-Abgeordneten Elisabeth Sickl) und Helmut Adolf **Schatzmayer**. Letzterer werkt auch als gelegentlicher Karikaturist in den rechtsextremen Zeitschriften „Identität", „Junge Freiheit" und „Aula".

Die „Aula" und der „Aula-Verlag" sind laut „Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus" in den letzten Jahren „in den Mittelpunkt des rechtsextremen Spektrums Österreichs gerückt und haben sowohl in politisch-organisatorischer Hinsicht als auch und noch stärker in politisch-weltanschaulichen Belangen eine zentrale Funktion erlangt, insbesondere als Brükke von der FPÖ zu allen außerparlamentarischen Strömungen des Rechtsextremismus und Deutschnationalismus" (Handbuch S.126). Als fleißigster Schreiberling der „Aula" gilt der Klagenfurter Student Jürgen **Hatzenbichler**.

Jürgen Hatzenbichler

Dieser begann seine politische Karriere Mitte der 80iger Jahre als wehrsportgeübter „stellvertretender Führer Kärntner" der von Gerd Honsik gegründeten und 1987 verbotenen „Nationalen Front". 1989 veröffentlichte er einen Artikel in „FAP-Intern", dem „inneren Organ" der im Feber dieses Jahres vom

"Profil" mag Rechtsextreme

"Die Frage sorgt bei jedem neuen Anlassfall für hitzige Debatten zwischen den diversen Medien und in den einzelnen Redaktionen: Soll und - vor allem - darf man politischen Extremisten Gelegenheit geben, sich authentisch in den Medien zu artikulieren? Unverantwortliche Propaganda und unnötige Bestätigung des Egos einer kleinen Minderheit, sagen die Gegner. Die einzig mögliche Form der Auseinandersetzung die einer Demokratie würdig ist, sagen die Befürworter. Profil hat sich im Zweifelsfalle immer für die offene journalistische Auseinandersetzung entschieden..." (profil S.5, 6.3.95)

Deshalb interviewt das Nachrichtenmagazin profil gerne Rechtsextremisten, denn der Sensationswert solcher Interviews ist nach Attentatsserien besonders hoch. Schon nach der ersten Briefbombenserie im Dezember 1993 konnte der vor der österreichischen Justiz nach Spanien geflohene Neonazi Gerd Honsik seine politischen Vorstellungen und seine Einschätzung der Briefbombenattentate auf einigen Seiten darlegen, profil soll dafür 30.000 Schilling gezahlt haben. Honsik kam zu dem Schluß, der israelische Geheimdienst Mossad hätte zum Zweck der Diskreditierung "nationaler" Ziele die Briefbomben verschickt. (profil 1/94) Zu ähnlichem Schluß gelang F-Chef Jörg Haider in einem Interview im profil (Ausgabe 7/95) nach den Oberwarter Morden. Haider machte ausländische Geheimdienste verantwortlich, "die Hand auch hier im Spiel zu haben" und wandte sich gegen den "Tugendterror der Linken". Er möchte sich von einer "Minderheit im Lande" nicht vorschreiben lassen, ob er zu den NS-Konzentrationslagern "Straflager" sage oder nicht. Im profil 10/95 kommen schließlich zwei Skins, die unter dem duldenden Auge des Gesetzes eine Mahnwache von SOS-Mitmensch mit den Worten "Die Zigeuner gehören weg" gestört und Kerzen ausgetreten hatten, auf drei Seiten ausführlich zu Wort. Unter der Schlagzeile "Kerzen für NS-Soldaten" können die beiden Jungrassisten einem verständnisvollen, aber kritischen und demokratischen Gesprächspartner erzählen, warum für die Soldaten der deutschen Wehrmacht Kerzen angezündet werden sollen und die vier Morde überbewertet werden. Daß "Ausländer zwar nicht stinken, sondern nur miefeln", wissen wir jetzt auch. Hingegen ist kein Interview mit Hinterbliebenen der Opfer, Roma und Sinti, im profil zu finden, es wird über sie geschrieben, und im Zweifelsfalle unterhält mann sich mit Skins aufklärerisch über die Probleme die sie als "Deutsche" mit Nichtdeutschen haben. Die politische Kommentatorin Barbara Coudenhove-Kalergi versteht zudem eine Ausgabe zuvor nicht, warum die Verwendung des Begriffes "Zigeuner" unterlassen werden soll.

Willkommen in der Volksgemeinschaft, liebes profil. ●

Fortsetzung von Seite 13

deutschen Innenministerium verboten „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)". Im selben Jahr stieß Hatzenbichler zur Redaktion der damals von Andreas Mölzer geleiteten Kärntner F-Parteizeitung „Kärntner Nachrichten" und mauserte sich bald zu Mölzers ideologischen Kronprinzen. Heute unterstützt Hatzenbichler die F-Bewegung als „Referent des Kärntner F-Landtagsklubs" und als verantwortlicher Österreich-Redakteur der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit". In der Sommerausgabe der deutschen RassistInnenpostille „Nation und Europa" wird Hatzenbichler sogar gratuliert - Das Landesgericht Wien hatte dem F-Mitglied bestätigt, daß im Zuge er Ermittlungen nach der ersten Briefbombenwelle sein Telefon abgehört wurde. Er sei, schreibt „Nation und Europa", laut richterlicher Begründung ein „allgemein anerkannter Ideologe." Man habe sich nach den Anschlägen zur Überwachung seines Telefons entschlossen, weil man davon ausgegangen sei, „daß die Bombenbastler enge Tuchfühlung mit dem 'Ideologen' Hatzenbichler halten würden".(NE 7/8 94) Hatzenbichler wirkt auch als Chefredakteur der „Aula"-Jugenzeitung „Identität", die im Frühsommer 1992 zahlreiche Adressen von linken und demokratischen Publikationen und Institutionen veröffentlicht hatte. Ein Teil der Anti-Antifa-Recherche fand sich zuvor in der neonazistischen Zeitschrift „FAKTEN", die als zentrales Organ der Österreichischen NS-Szene gilt. Darin publizieren neben F-PolitikerInnen, Funktionäre der berüchtigten „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)" und strammen Burschenschaftern auch Kader von Gottfried Küssels VAPO. Der "Schriftleiter" der „FAKTEN" Horst Jakob Rosenkranz, der Ehemann der niederösterreichischen F-Abgeordneten Barbara Rosenkranz, leitet zusätzlich einen „Parteiunabhängigen Stammtisch", der jeden Dienstag im „Weinhaus zum Bogen, Stadtbahnbogen 19-12, 1080 Wien" zusammentrifft. Hier treffen sich allwöchtlich die Granden der Szene, die einerseits durch „KONSPIRATIVES Verhalten" bzw. ihr eindringen „in FPÖ Gliederungen" schon länger auf sich aufmerksam machen. Ein VAPO-Aussteiger beschrieb den „Stammtisch" u.a. als „ein Zusammentreffen von älteren Leuten, wo man ab und zu vorbeischaut, weil von dort viele Spenden kommen, Richtung VAPO" (ORF, X-Large 19.12.93) ●

Kontinuität und Wiederaufbau im "Dritten Lager" zwischen 1945 und 1959

Entgegen der landläufigen Erklärung aktueller rechtsextremer Organisierung und Gewalt als neues Phämomen, über dessen Ausmasse Betroffenheit und Überraschung gezeigt wird, sollen im Folgenden einige Kontinuitäten skizziert werden. Die Zeitspanne in der Betrachtung ist nicht mutwillig gewählt: Diese erste Phase der neofaschistischen Organisierung, in der die internationale Vernetzung und nationale Arbeitsteilung unter brauchtümelnden Nostalgikern, terroristischen Heissspornen und wahlwerbenden Ideologen angelegt wurde, endet mit dem Einsetzen des nazistischen Südtirolterrors.

Aus diesem ging ja 1966 die Nationaldemokratische Partei (NDP) hervor, womit ein weiteres Kapitel im österreichischen Rechtsextremismus nach 1945 aufgeschlagen worden war.

Die „Stunde Null" der Zweiten Republik

„Entnazifizierung" bedeutete hierzulande nicht einen radikalen - personellen wie ideologischen - Bruch mit dem Faschismus und eine Auseinandersetzung mit dessen ökonomischen Wurzeln, sondern einen kollektiven Akt der Verdrängung und des Übergehens zur Tagesordnung. Als „Entnazifzierung" galten die unter dem Druck der Allierten gesetzten administrativen Anstrengungen der drei Parteien VP, SP und KP, welche die provisorische Regierung vom April 1945 bildeten. Schon in der Regierungserklärung biederten sich diese an die Masse der Nazis an: „Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten, wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten." Diese angebotene Rückkehr in die - bis 1945 sogenannte - „Volksgemeinschaft" war mit einem Lippenbekenntnis zu Demokratie und Selbstständigkeit Österreichs verbunden. V. a. die ÖVP machte sich von Anfang an für eine Amnestierung der „Mitläufer" stark. Die beiden Großparteien überschlugen sich förmlich im Buhlen um die Gunst der „Ehemaligen".

Zunächst wurde aber am 8. Mai 1945 ein Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP, ihrer Teilorganisationen und jeglicher Wiederbetätigung in ihrem Geiste erlassen. Darüber hinaus wurden alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP registriert und vom Wahlrecht ausgeschlossen, wovon rund 15% der wahlberechtigten ÖsterreicherInnen betroffen waren - eine angesichts kommender Wahlkämpfe nicht zu vernachlässigende Größe. So konnten die Registrierten eine Streichung aus der Liste beantragen, wovon auch fleißigst Gebrauch gemacht wurde. Schon 1949 waren alle „Ehemaligen" wieder zur Nationalratswahl zugelassen.

Gegenüber Kriegsverbrechern - sofern sie sich nicht zuvor über eine der zahlreichen Fluchthilfeorganisationen und den Vatikan absetzten - ging der Staat auf der Grundlage des Kriegsverbrechergesetzes vom 26. Juni 1945 vor: Bis 1955 wurde 13.600 Schuldsprüche gefällt, darunter 43 Todesurteile, von denen 30 vollstreckt wurden, und 34 lebenslängliche Haftstrafen. Jedoch wurden von den 130.000 eingeleiteten Verfahren mehr als die Hälfte eingestellt.

Gemäß „Nationalsozialistengesetz" vom 6. Februar 1947 wurden rund 536.000 NSDAP-Mitglieder erfaßt, wobei bald damit begonnen wurde, zwischen „belasteten" und „minderbelasteten" Nazis zu unterscheiden. Nach einem wahren Reigen gegeseitiger Entlastungen, vergleichbar bloß mit dem Gedränge um die NSDAP-Mitgliedschaft im März 1938, blieben gerade 42.000 „belastete" Nazis über. Nachdem der Widerstand v. a. der sowjetischen Allierten gebrochen worden war, konnte die Regierung 1948 alle „Minderbelasteten" amnestieren. Für die übrigen ließ mann sich das Attribut der „Unersetzbarkeit" einfallen: Größen aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sollte ihre Vergangenheit als hochrangige Nazis nachgesehen werden, um sie für den „Wiederaufbau" einspannen zu können. Spätestens 1955 fanden sich fast alle in Österreich gebliebenen NS-Professoren, -Juristen, -Unternehmer etc. wieder in Amt und Würden. Im einsetzenden Kalten Krieg zeigten die Westmächte großes Interesse an den NS-Kadern, die ihr im „Kampf gegen den Bolschewismus" gewonnenes know how auch gerne in den Dienst der neuen Herren stellten. Kaum ein westlicher Geheimdienst, eine südamerikanische Junta oder ein arabischer Staat im Kampf gegen Israel, denen nicht Kriegsverbrecher und hochdekorierte Nazis zur Verfügung gestanden wären.

Sobald das „Neue Österreich" seinen Staatsvertrag in der Tasche hatte, erließ es auch eine Amnestie für den Großteil der verurteilten NS-Kriegsverbrecher, ließ ihnen den Gehalt nachbezahlen und die Haft auf die Dienstzeit anrechnen. Die „Entnazifizierung" als „Reinigung der Nationalsozialisten von jedem Schuldvorwurf" (Josef Haslinger) war somit abgeschlossen.

Auf politischer Ebene waren die Nazis 1955 schon wieder in die „Ge-

meinschaft des Volkes" integriert: Auf dem Besitz des hochrangigen ÖVP/ÖAAB-Funktionärs Alfred **Maleta** trafen sich am 28. Mai 1949 Maleta, der spätere Kanzler Julius **Raab** u.a. mit NS-Größen zur „Geheimkonferenz von Oberweis", um die Reintergration der Nazis ins bürgerliche Lager zu besprechen. Die ÖVP-Verhandler boten den „Ehemaligen" eine Korrektur des NS-Verbotsgesetzes sowie 25 Nationalratsmandate an, falls diese für die VP kandidierten. Als Vertreter der „Nationalen" reisten an: Der ehemalige Mitarbeiter Kaltenbrunners im Reichssicherheitshauptamt und Kronzeuge in Nürnberg, SS-Kader und Geheimdienstmann, Wilhelm **Höttl**, der Nazi-Schmierfink und ebenfalls Kaltenbrunner-Vertraute, Theo **Wührer**, Taras **Borodajkewycz** u.a.. Die Verhandlungen endeten erfolglos, hatten sich die „Ehemaligen" gemeinsam mit ein paar Liberalen doch schon im Februar 1949 mit dem VERBAND DER UNABHÄNGIGEN (VdU) eine eigene Partei geschaffen. Dies geschah unter dem Argwohn der Allierten, bei denen sich aber SP-Innenminister **Helmer** für die neue Partei ins Zeug warf. Denn die SPÖ hatte starkes Interesse an einer zweiten bürgerlichen Partei in Form des „national-liberalen" VdU. So traf sich schon ein Monat vor dem VP-NS-Gemauschel Vizekanzler **Schärf** (SP) im Salzburger Hotel „Goldenes Horn" mit den VdU-Gründern **Kraus** und **Reimann**, sowie mit dem SA-/SS-Barden und „Spinne"-Fluchthelfer Erich **Kernmayr** (s.u.), um sie in ihrer Absicht zu bestärken und ihnen weitest mögliche Unterstützung zu garantieren.Die Nationalratswahl vom Oktober 1949, aus der der VdU mit 12% bzw. 16 Mandate hervorging, war geprägt von dem hemmungslosen Werben unter den gerade wieder wahlberechtigten „Ehemaligen". Gar die KPÖ versuchte (relativ erfolglos) bis 1955 mit ihrer NATIONALEN LIGA des SS-"Sturmbannführer" **Slawik**, sich ein paar Stimmen der Altnazis zu sichern.

NAZIS IM AUFBRUCH: IN DER FPÖ

Alt- und Neonazis verfolgten von Anfang an zwei sich ergänzende Strategien: Zum einen die Machtübernahme innerhalb des VdU, aus dessen Resten im Herbst 1955 die FPÖ hervorging. Zum anderen die außerparlamentarische Mobilisierung in den zahlreichen, ab Beginn der 50er Jahre wieder zugelassenen Traditions- und Kameradschaftsverbänden, sowie in neonazistischen Gruppen mit terroristischen Zügen und besten Verbindungen ins Ausland.

Oft ist es - damals wie heute - schwer, beide Richtungen auseinanderzuhalten: zu eng sind die Kontakte untereinander, und manchmal vereinigen einzelne Nazis (wie Stüber) die Stragegien in ihrer Person. Die Unterscheidung ist somit weniger inhaltlicher Natur, als daß sie einen Überblick erleichtern soll.

Schwerpunkte in der Agitation stellten zunächst die Leugnung der deutschen Kriegsschuld und der industriellen Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Kampf gegen die allierten „Besatzer" und die Gesetze mit formal antinazistischer Stoßrichtung, sowie die Glorifizierung der „Frontgeneration" und der Antikommunismus dar.

Die Orientierung auf den VdU bzw. die FPÖ ist u. a. verbunden mit folgenden Namen: Franz **Langoth** (NS-Oberbürgermeister von Linz und beisitzender Richter am „Volksgerichtshof"), Karl **Hartleb** (zunächst Heimwehr-Faschist, als Führer des „Landbundes" wird er 1927 Vizekanzler, einer der 16 VdUler, die nach den Wahlen vom Oktober 49 in den Nationalrat einziehen), Otto **Scrinzi** (illegaler SA-"Sturmführer", NS-"Arzt", FPÖ-Parlamentarier bis 1979, 1986 „nationaler Präsidentschaftskandidat"), Tassilo **Broesike** (illegaler Nazi, Anwalt von Gerhard Freys „Deutsche(r) Nationalzeitung" und Borodajkewycz, langjähriger FP-Obmannstellvertreter und Wiener Landesparteiobmann), Klaus **Mahnert** (SS-"Obersturmführer", Stellvertretender NS-Gauleiter von Tirol, 1948 als „höchst belastet" zu elf Jahren Haft verurteilt, jedoch schon ein Jahr später begnadigt, Landesobmann der FP-Tirol) - die Liste von NS-Kadern, die in der FPÖ Karriere machten, ließe sich endlos fortsetzen.

Ein Standbein schufen sich die auch in den FREIHEITLICHEN AKDAMIKERVERBÄNDEN organisierten Nazis 1950 mit der bis heute in Graz erscheinenden „Aula". Als Rekrutierungsfeld rechtsextremer Nachwuchskader galten ab 1945 wieder die Universitäten: Burschenschaften bzw. deren hochschulpolitischer Arm, der 1952 gegründete RING FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS), dominierten das Bild. Im RFS, dessen erster Bundesobmann niemand geringerer war als Norbert **Burger**, Südtirolterrorist und Gründer der 1988 verbotenen NDP, begann die ganze Riege späterer FPÖ- und Neonazikader: Gerd **Honsik**, Bruno **Haas**, Helmut **Golowitsch**, Herbert **Drexler**, Jörg **Haider**, Friedhelm **Frischenschlager** u.v.m..

Vergleichbar mit dem Treiben des „Lorenzener Kreises" des Linzer FP-Funktionärs Raimund **Wimmer**, der 30 Jahre später bei der Machtübernahme Haiders Regie führen wird, organisierten sich die Nazis auch im „Gmundner Kreis"[1] und im „Reinthaller Kreis"[2], die bei der FPÖ-Gründung und der im April 1956 erfolgten Obmann-Kür Reinthallers die Fäden zogen. Der damals unterlegene VdU-Gründer Herbert **Kraus** zur FPÖ-Gründung: „Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten 'Machtübernahme' durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern."

Tatsächlich war der erste FP-Obmann Anton **Reinthaller** (1895-1958) ein NS-Promi: Der illegale NSDAPler war Landwirtschaftsminister im „Anschluß-Kabinett" **Seyß-Inquart**, Staatsekretär im „Reichsernährungsministerium" und SS-"Obergruppenführer". Auch sein Nachfolger als Obmann, Friedrich Peter (*1921), kann auf das entsprechende Vorleben verweisen: Er war bereits Aktivist der illegalen HJ, meldete sich im November 1938 freiwillig zur SS und brachte es während seiner fast zweijährigen Mitgliedschaft in der „1. SS-Infanteriebrigade", einer der berüchtigsten Mördereinheiten, zu zahlreichen Auszeichnungen. 1956 kommentiert Peter seine Zeit als SSler: „Ich bin nicht jenem Kreis zuzuzählen, der

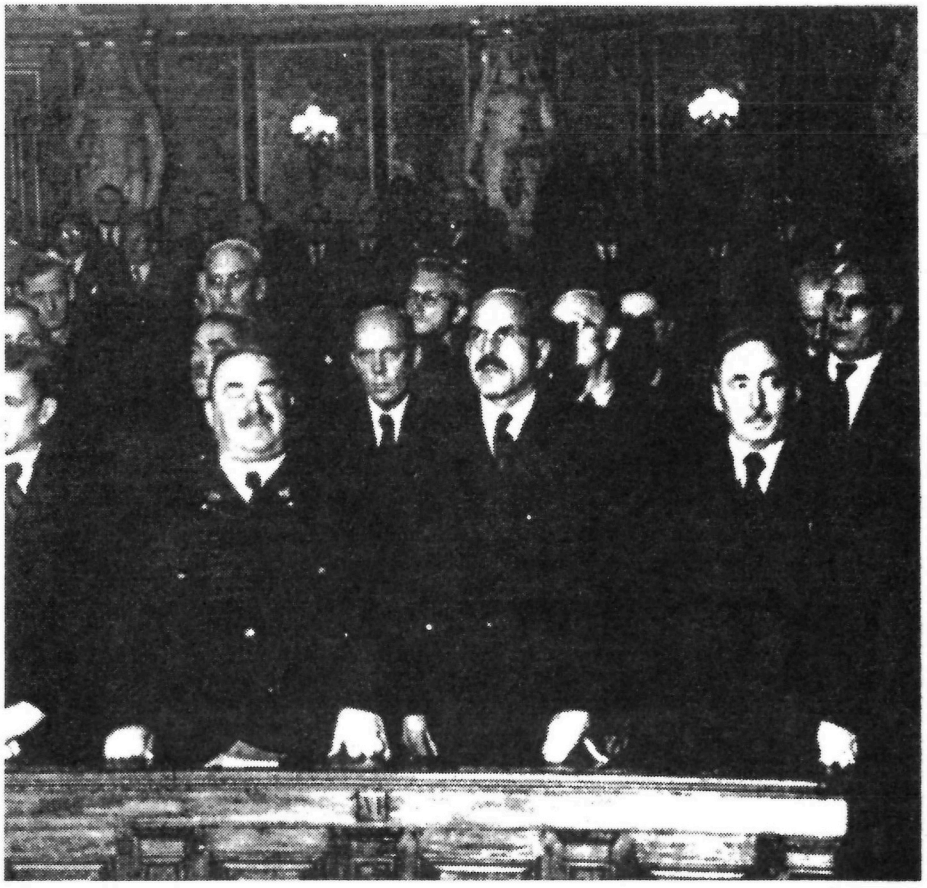
'gepreßt und gezwungen' wurde, sondern ich bekenne auch heute, daß ich freiwillig gegangen bin. Und dem Vaterland zu dienen, war zu keiner Zeit eine Schande." Als Peter 1970 mit seiner Partei das SP-Minderheits-Kabinett - das übrigens gleich fünf ehemalige Nazis in seinen Reihen hatte - duldete, gab die SPÖ die letzen Reste ihres antifaschistischen Anspruchs auf: Bruno **Kreisky** selbst stellte sich stets schützend vor den Ex-SS-Mann Peter.

UNGEBROCHENE SS-TRADITION

Die Anfangsphase faschistischer Reorganisation ist eng verbunden mit den Namen zweier internationaler Organisationen, in denen österreichische Nazis an führender Stelle werkten: Die ORGANISATION DER EHEHMALIGEN SS-ANGEHÖRIGEN (ODESSA) und die „Spinne". Beide waren v.a. damit beschäftigt, Kriegsverbrechern die Flucht zu ermöglichen und SS-Gelder verschwinden zu lassen. Die ODESSA machte sich darüber hinaus gleich daran, ein bis heute operierendes illegales Netzwerk aufzubauen. Michael **Kühnen**, der verstorbene Führer einer Kadertruppe in diesem Netz, der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF), führt in seinem Machwerk „Das vierte Reich" die militärische Beratertätigkeit des Hitler-Leibwächters, Mitverantwortlichen für die Niederschlagung des nationalistischen Putschversuches gegen Hitler vom 20. Juli 1944 und nachmaligen Waffengroßhändlers Otto Ernst **Remer** für das ägyptische Nasser-Regime am Vorabend des 3. Krieges gegen Israel 1967 als letzte Aktivität der Altnazis unter dem Kürzel ODESSA an. Ihre zentralen Stützpunkte waren in Argentinien (dorthin konnten sich u.a. der Pressereferent Goebbels, Wilfried von **Oven**, und der berüchtigte Oberst **Rudel** absetzen) und in Franco-Spanien. Dort saß mit Otto **Skorzeny** (1908-75) eine Nazi-Größe aus Österreich: Der spätere SS-"Standartenführer" kommandierte in der Novemberpogromnacht 1938 die Zerstörung von fünf Synagogen in Wien. Er brachte es zum führenden Geheimdienstmann der Nazis und machte 1943 als „Befreier" Mussolinis von sich reden. Skorzeny, der sich mit seiner Truppe durch Osteuropa metzelte, wurde im Mai 1945 von der US-Army verhaftet. 1947 gelang ihm die Flucht nach Spanien, wo er sich auch gleich führend am Aufbau von illegalen Strukturen beteiligte. Bezeichnend für den Charakter der Zweiten Republik ist die Tatsache, daß Skorzeny als Privatunternehmer zum Generalvetreter der staatlichen VÖEST für Spanien und Lateinamerika werden konnte, während er als Kriegsverbrecher in Österreich gesucht wurde. Skorzeny betätigte sich 1960 als Mitbegründer der CEDADE (übers.: SPANISCHER KREIS DER FREUNDE EUROPAS), bei der Gerd **Honsik**, Remer u.a. Unterschlupf gefunden haben.

Mit der „Spinne" untrennbar verbunden ist der Name eines weiteren österreichischen Nazis: Erich **Kernmayr** (1906-91), SA-/SS-Mann, NS-Schmierfink und „Gaupropagandaleiter", wurde zwischen 1945 und 47 von den US-Behörden in Salzburg-Glasenbach[3] festgehalten. Dort begann er an führender Stelle mit dem Aufbau der „Spinne". Nach seiner Entlassung aus der Haft organisierte er mit Unterstützung der US-Behörden die Flucht zahlreicher Kriegsverbrecher ins Ausland.

Als legale Traditionsvereine gründeten die Alt-SSler in Österreich die KAMERADSCHAFT IV (K IV) und in der BRD die HILFSGEMEINSCHAFT AUF GEGENSEITIGKEIT DER EHEMALIGEN SOLDATEN DER WAFFEN-SS (HIAG). Die K IV, der ja erst unlängst ihre Gedenktafel in Wels abhanden gekommen ist, organisiert das alljährlich im Oktober unter Beteiligung von LandespolitikerInnen aus SPVPFPÖ stattfindende „Ulrichsbergtreffen" in Kärnten maßgeblich mit. Zwei Jahre vor der Ermorderung von vier Romas in Oberwart stand in der K



VdU nach den Wahlen 1949
2. Reihe v.r.: Dr. Viktor Reimann; 2. Reihe 3. v. r: Stüber

IV-Postille „Die Kameradschaft" über die „Zigeuner" zu lesen: „Blut hatten diese Kreaturen ja bereits von Mutters Brust an geleckt, wenn auch bisher nur Blut von gestohlenen Kaninchen und Hühnern." (1-2/1992, S. 1)

DIE „NEONAZIS"

Unter Anleitung der „Ehemaligen" begann sich gleich nach 1945 und verstärkt ab 1955 die nächste Generation von Faschisten zu organisieren. Einer der zentralen Figuren dabei ist Theodor **Soucek** (*1919): Er wurde als Werwolf-Terrorist 1949 zum Tode verurteilt, jedoch nach Umwandlung des Urteils in lebenslänglich nach drei Jahren wieder aus der Haft entlassen. 1957 agierte er als Gründer und Führer der SORBE (SOZIALORGANISCHE ERNEUERUNGSBEWEGUNG EUROPAS, SOZIALE ORDNUNGSBEWEGUNG EUROPAS), einer österreichischen Abteilung der 1951 auf einer Tagung europäischer Faschisten in Malmö initiierten EUROPÄISCHEN SOZIALEN BEWEGUNG (ESB)[4]. Zu Souceks „Europa-Akademie", die 1956 in Saalfelden ungestört über die Bühne gehen konnte, reisten zahlreiche Kader der ESB an.

Soucek, der in seiner Grazer Eisenhandlung Konrad **Windisch** beschäftigte, werkte schon zu Beginn der 50er Jahre als Mitbegründer der 1959 verbotenen Nazi-Truppe BUND HEIMATTREUER JUGEND (BHJ). BHJ-"Bundesführer" Windisch, auch „Schriftleiter" des BHJ-Organs „Trommler - Kampfschrift der nationalen Jugend Österreichs", betätigt sich heute als Kopf der ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP). Die Kaderschmiede BHJ, die als Firmenlogo eine Odalsrune mit der Inschrift „Blut und Ehre" führte, war die erste neonazistische Gruppe mit offen terroristischen Zügen und Kontakten ins „Altreich". So konnte 1958 auch in der BRD ein BHJ gegründet werden, und im August 1959 wurde Windisch in Coburg zum „1. Sprecher" des „Kameradschaftsrings der nationalen Jugendverbände" gewählt. 1957 veranstalten die Windisch-Mannen unter dem Namen ARBEITSGEMEINSCHAFT NATIONALER JUGENDBÜNDE ÖSTERREICHS (ANJÖ, 1958 verboten) ein Pfingstlager in Bad Aussee unter dem Motto der italienische Faschisten: „Glauben-Gehorchen-Kämpfen". Zwei Jahre später fuhr mann gleich zu italienischen Kameraden: In Tivoli organisierte Soucek den „1. Kongreß der nationalen Jugend Europas gegen Bolschewismus und Amerikanismus". Weitere BHJ-Aktivisten/Funktionäre: Alfred **Borth** (Anführer der 1959 in Wien gegründeten internationalen Terrorbande im Netz der West-Geheimdienste, LEGION EUROPA), Helmut **Golowitsch**, Hans **Mörth**, Gernot **Möring**, Harald **Ofner** (ex-Justizminister, F-Abgeordneter), Kirchweger-Mörder Günther **Kümel**, Gerhard **Pleschjutschnig**. Ofner ließ übrigens die alte Kameradschaft auch als FPÖ-Funktionär nicht rosten: 1976 gab er dem deutschen Blatt „Mut" ein Interview, wobei der damalige Österreich-Redakteur Windisch die Fragen stellte. Im selben Jahr beehrte er auch die „11. Politische Akademie" der AFP mit seiner Teilnahme. Noch 1980 machte er sich in seiner Funktion als Landesparteiobmann für die Kandidatur Gottfried **Küssels** auf der FP-Liste bei den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen stark.

Nationalratswahlen 1970
Scrinzi, Götz, Peter, Zeilinger

Die BHJ-Kader, welche in der Folge kräftig im Südtirolterrorismus mitmischten, machten zur Jahreswende 1959/60 auf sich aufmerksam: In einer konzertierten Aktion wurden in Österreich und BRD Synagogen beschmiert, jüdische Friedhöfe geschändet und unzählige Hakenkreuze/nazistische Parolen auf Häuserwände gemalt. Im Oktober 1959 zogen sie gemeinsam mit Burschen- und Landsmannschaftern in der obligaten HJ-Staffage unter dem duldenden Auge des Gesetzes über den Wiener Ring. Den Anlaß zu diesem bis dahin größten Nazi-Aufmarsch bot die „Schiller Feier" der im RING/RAT VOLKSTREUER VERBÄNDE (RVV) zusammengefaßten Gruppen. Der Drahtzieher des Aufmarsches, in dessen Verlauf es zu Auseinandersetzungen mit antifaschistischen DemonstrantInnen kam, war Roland **Timmel**. Der Vorgänger von Walter **Sucher** als Obmann des RVV war SS-"Sturmbannführer" und betätigte sich danach als Gründer und Ehrenvorsitzender der FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBÄNDE. Timmel nahm 1972 als „Ehrengast" am „1. Nationaleuropäischen Jugendkongreß" in Planegg bei München teil, 1976 erhielt er den „Freiheitspreis" der „Deutschen Nationalzeitung", für welche damals wiederum Erich Kernmayr schrieb.

DIE „STÜBEREI"

Ein weiterer Übervater der Sze-

ne war Fritz Stüber (1903-78): Der Nazi-Dichter wurde bereits im Sommer 1948 wegen NS-Wiederbetätigung verhaftet. Als Wiener VdU-Obmann zog er ein Jahr später für diesen ins Parlament ein. Der (Mitbe)Gründer zahlreicher Nazi-Organisationen[5] stand 1952 auch an der Wiege der ÖSTERREICHISCHEN LANDSMANNSCHAFT (ÖLM) und deren 1953 gegründeten Blattes „Eckartbote", bei dem er bis 1978 als „Schriftführer" werkte. Heute betätigt sich der Wiener F-Gemeinderat Helmut **Kowarik** als Obmann der ÖLM. Stüber, der im November 1953 als Rechtsabweichler (!) vom VdU ausgeschlossen wurde, blieb bis 1956 wilder Mandatar im Parlament. 1954 erreichte seine FSÖ, der wiederum Konrad Windisch als „Bezirksstellenleiter" zur Verfügung stand, im Verbund mit der ÖSTERREICHISCHEN SOZIALEN BEWEGUNG (ÖSB) 13.000 Stimmen bei den Wiener Gemeinderatswahlen. Die ÖSB wurde 1952 als eine weitere österreichische Abteilung der ESB gegründet. ÖSB-Geschäftsführer Wilhelm **Landig** spaltete sich mit Stüber vom VdU rechts ab und brachte es 1958 zum Obmann der DNAP. Landig gründete 1962 den „Volkstum-Verlag", welchem seit Beginn der 90er Jahre wiederum Kowarik vorsteht. Der umtriebige Süber, der 1974 auf der „9. Politischen Akademie" der AFP referierte, war zeitlebens führender Funktionär im VEREIN DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN und „2. Präsident" des in Graz beheimateten DEUTSCHEN KULTURWERKES EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG).

Ein weiterer Exponent der „Stüberei" mit Signalwirkung ins konservative Lager war Taras **Borodajkewycz** (1902-84): Der Professor, der aufgrund seiner NS-Vergangenheit während der Präsenz der Alliierten mit Lehrverbot belegt war, tat als Aktivist im VdU bzw. in Stübers Rechts-Abspaltungen[6] weiter. 1958 begründete er den ALLGEMEINEN DEUTSCHEN KULTURVERBAND mit, einer Untergruppe der ÖLM. In den 70er Jahren referierte Borodajkewycz bei der AFP, der KAMERADSCHAFT BABENBERG u.a.. Damals werkte er auch als Obmann-Stellvertreter der Nazi-Schulungsstätte im Umfeld der ÖLM, dem NEUEN KLUB, welchen er schon 1957 mitbegründet hatte. Auch als Verfasser der „Eckartschschriften" Nr. 31 und 42 war Borodajkewycz der ÖLM zu Diensten.

EPILOG

Die skizzierte Arbeitsteilung innerhalb der rechten Szene, welche sich unmittelbar nach 1945 unter dem duldenden Auge des Staates reorganisieren konnte, kennzeichnet diese bis heute: Der militante, offen nazistische Flügel mit den Kaderreservoirs BHJ und Burschenschaften bombte sich durch den südtiroler „Freiheitskampf", sammelte sich in der NDP, rekrutierte mit der AKTION NEUE RECHTE (ANR) den Nachwuchs, welcher sich in Küssels VOLKSTREUER AUßERPARLAMENTARISCHER OPPOSITION (VAPO) bzw. Honsiks NATIONALER FRONT (NF) und deren Nachfolgetrupps bis heute mehr oder weniger terroristisch betätigt.

Der legalistische Flügel bildet seit den frühen 50er Jahren sog. Schanierorganisationen zwischen Faschismus und Konservativismus. In dieser Braunzone bewegen sich Männer wie Kowarik, Windisch, Scrinzi oder der jüngst verstorbene VP-Ultra **Ermacora** weitgehend unbehelligt. Hier werden weniger Bomben gebastelt, sondern in zahllosen Hetzblättern potentielle Opfer präsentiert und an der entsprechenden Ideologie gefeilt. Diese braunen Biedermänner bilden entweder Seilschaften in der F-Bewegung oder gruppieren sich um sie herum.

Beide Flügel sind nicht nur - personell wie inhaltlich - einander gegenüber durchlässig, sie haben auch ein gemeinsames Ziel: die Kanzlerschaft Jörg Haiders. Während sich aber die einen damit schon am Ende ihres Weges wähnen, sehen die anderen darin nur einen großen Schritt in Richtung jener Staatsform, die sie „Volksherrschaft" nennen. ●

[1] Zum „Gmundner Kreis" zählen u.a.: Gordon **Gollob**, Prof. Helfried **Pfeifer** (NS-Verwaltungsjurist ohne Karriereknick 1945) Erich **Kernmayr**, Fritz **Stüber**.

[2] Gruppe niederösterreichischer Nazis um den Kremser FP-Bezirksobmann Helmuth **Weiss**. U.a. mit dabei: Harald **Ofner** und Fritz **Rotter-le-Beau**.

[3] Die in diesem US-Anhaltelager einsitzenden Nazis organisierten sich ab 1957 als WOHLFAHRTSVEREINIGUNG DER GLASENBACHER. Ihr damals 90jähriger Obmann Hans I. **Lukesch** kandidierte 1991 für die FPÖ in Oberösterreich.

[4] Mit der ESB setzte sich die „europäische" Fraktion im Neofaschismus durch: Hier schwafelt(e) mann von der „multinationalen" SS als „Vorkämpfer für das vereinte Europa" (Jörg Haider), von den „Blutsbanden" unter den „Europiden". Gegen die „raumfremden" Mächte USA und UdSSR sollte die „europäische Neuordnung" durchgesetzt werden. Zum Organ dieser hegemonialen Richtung wurde rasch die ebenfalls 1951 gegründete Postille „Nation und Europa".

[5] AKTION ZUR POLITISCHEN ERNEUERUNG, FREIHEITLICHE SAMMLUNG ÖSTERREICHS (FSÖ), DEMOKRATISCH-NATIONALEN ARBEITERPARTEI (DNAP) u.a.

[6] AKTION ZUR POLITISCHEN ERNEUERUNG, JUNGE FRONT

Literartur:

W. Purtscheller: Aufbruch der Völkischen. Das Braune Netzwerk. Wien 1993

DÖW (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Wien 1979

C. Gatterer: Kein Volk, kein Reich und viele Führer. In: FORVM VII/74 u. 75. Februar u. März 1960

D. Stiefel: Entnazifizierung in Österreich. Wien-München-Zürich 1981

J. Haslinger: Politik der Gefühle. Darmstadt 1988

Die "Affäre BORODAJKEWYCZ"

AM 31. MÄRZ 1965 WURDE DER ANTIFASCHIST ERNST KIRCHWEGER AUF EINER DEMONSTRATION GEGEN DEN BRAUNEN UNI-PROFESSOR TARAS BORODAJKEWYCZ VOM NEONAZI GÜNTHER KÜMEL NIEDERGESCHLAGEN. ZWEI TAGE SPÄTER, AM 2.APRIL 1965 ERLAG DER 67JÄHRIGE ERNST KIRCHWEGER SEINEN VERLETZUNGEN. DIE „AFFÄRE BORODAJKEWYCZ" IST SYMPTOMATISCH FÜR DIE BRAUNEN KONTINUITÄTEN NACH 1945.

Mehr als 4.500 AntifaschistInnen gingen an diesem 31. März 1965 in Wien auf die Straße. Vorausgegangen war eine Pressekonferenz des Professors für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Hochschule für Welthandel, Taras Borodajkewycz am 23. März. Die Pressekonferenz wurde vom damaligen Hauptausschuß-Vorsitzenden der Hochschule für Welthandel (heutige WU) **Puttinger** organisiert, um dem „Herrn Professor die Gelegenheit" zu geben, „sich gegen unqualifizierte und ungerechtfertigte Anschuldigungen zu verteidigen." Was der konservative ÖH-Funktionär (er gehörte der „ÖSTERREICHISCHEN STUDENTENUNION" (ÖSU) an) als „ungerechtfertigt" bezeichnete, war das Aufzeigen von Borodajkewycz' brauner Vergangenheit und seiner Betätigungen nach 1945.

Der 1902 in der Ukraine geborene Borodajkewycz war schon 1934 den illegalen Nazis beigetreten (Mitgliedsnummer 6,124.741) und vom 1. Februar 1935 bis zum 13. März 1938 für den SS-Nachrichtendienst tätig. Das CV-Mitglied widmete bereits vor 1938 seine wissenschaftlichen Arbeiten der „Idee des Nationalsozialismus", wie er stolz berichtete. Dafür wurde er von den Nazis mit einer Professur an der Uni Prag belohnt, nachdem die Nazis die Tschechoslowakei okkupiert hatten. Daneben fand er noch genügend Zeit, seine Begeisterung für den Nationalsozialismus zu Papier zu bringen. So heißt es in einem Artikel über die Parteitage der NSDAP: „1938, das glückliche Jahr der Deutschen, das als unser aller stärkstes Erlebnis den Sieg der nationalsozialistischen Revolution in Österreich und die Befreiung Sudetendeutschlands brachte."

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde Borodajkewycz als „Belasteter" eingestuft. Dies hinderte jedoch die RUSSISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN nicht, ihm ein Stipendium für Studien über Osteuropa zu gewähren. Auch zur ÖVP hatte der strenggläubige Katholik beste Beziehungen. Dank dieser wurde er während der Amtszeit des VP-Unterrichtsministers Heinrich **Drimmel**, der ein enger Freund von Borodajkewycz war, 1955 Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Hochschule für Welthandel. Drimmel war übrigens während des Austrofaschismus als oberster Sachwalter der österreichischen Hochschülerschaft tätig.

An der Uni verbreitete Borodajkewycz weiter seine Ungeisteshaltung. In seinen Vorlesungen verharmloste und verherrlichte er den Nationalsozialismus und betrieb antisemitische Hetze. Den Kriegsverbrecher Rudolf Heß bezeichnete er als „sympathischen Menschen, der zu Unrecht festgehalten wird". Seine zwei größten Tage seines Lebens waren „die Krönung von Pius XII." und „Hitlers Rede auf dem Heldenplatz, in der er bekannt gab, daß der Anschluß vollzogen war." Bei allen Persönlichkeiten, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, betonte er jedesmal, daß sie „Juden" waren. Borodajkewycz dürfte sich dabei noch immer an einen Erlaß des NS-Reichswissenschaftsministeriums vom 20. 10. 1939 gebunden gefühlt haben. In diesem Erlaß war festgehalten worden, daß das Zitieren jüdischer Autoren nur dann erlaubt war, wenn diese Autoren ausdrücklich als Juden gekennzeichnet waren.

Auch außerhalb der Universität betätigte sich Borodajkewycz einschlägig. So erschien im August 1956 ein Artikel in der rechtsextremen Zeitung „DIE AKTION". Darin trauerte er dem Ende des NS-Terrorregimes nach: „Zu den unerfreulichsten Überresten des an Gesinnungs- und Würdelosigkeit reichen Jahres 1945 gehört das Geflunker von der 'österreichischen' Nation. Es entstammt derselben moralischen und geistigen Haltung, ..., die den bisherigen Ehrenkodex der Menschheit umstülpte und Feigheit, Fahnenflucht und Verrat als die wahren Tugenden des österreichischen Mannes pries." 1961 referierte er beim WITIKOBUND, einer in Deutschland und Österreich aktiven rechtsextremen Traditionsvereinigung unbelehrbarer Revanchisten, welche die „Traditionen" der sudetendeutschen Nazis hochhält. 1962 beklagte Borodajkewycz in den „BEITRÄGEN DES WITIKOBUNDES ZU FRAGEN DER ZEIT" das, „durch die Umerziehung" und den „charakterlosen Versuch der Entdeutschung" geprägte Geschichtsbild der StudentInnen.

Im gleichen Jahr machte der heutige Nationalratspräsident Heinz **Fischer** in einem Artikel in der „ZUKUNFT" das erste Mal auf die braune Vergangenheit und Gegenwart von Borodajkewycz aufmerksam. Zwei Monate später, am 27. Juni 1962, folgte ein Bericht in der „ARBEITER ZEITUNG" (AZ). Beide Medien wurden von Borodajkewycz geklagt. Der Uni-Prof bekam recht. Seine Aussagen vor Gericht wie „Die Wahl von 1938 war eine echte Wahl" oder „Österreicher waren nach 1938 gegenüber dem Nationalsozialismus zur Loyalität verpflichtet", dürften dem Richter ebenso überzeugt haben, wie seine Auffassung von „entarteter Kunst", für die er als Beispiel einen Artikel von Karl Kraus hernahm. Da der Verfasser jener Vorlesungsmitschriften, auf die sich Fischer und die „AZ" in ihren Artikeln

stützten, anonym bleiben wollte, wurde auch die Berufung gegen die Verurteilung abgelehnt. Erst nach Beendigung seines Studiums gab der Verfasser seine Identität preis - es war der heutige Finanzminister Ferdinand **Lacina**. Daraufhin stellten die SPÖ-Abgeordneten Stella **Klein-Löw** und Karl **Mark** am 20. 1. 1965 eine parlamentarische Anfrage an den zuständigen ÖVP-Unterrichtsminister **Piffl-Percevic**. Aktueller Anlaß für die Anfrage war ein Ende 1964 in der deutschen Wochenzeitung „DAS PARLAMENT" erschienener Artikel über den 2. Weltkrieg, in dem Borodajkewycz unter anderem meinte: „Es ist nur ein Teil der gesamtdeutschen Katastrophe, daß wir deutschen Österreicher zum zweitenmale innerhalb einer Generation das größere Vaterland verloren haben." Außerdem wurde in der Anfrage erneut auf die braune Ungeisteshaltung des Uni-Profs hingewiesen.

All diese Fakten ließen den ÖVP-Minister kalt. Er erklärte sich für nicht zuständig. Seine Inaktivität lag nicht nur an der gesellschaftlichen Toleranz gegenüber ehemaligen Nazis, sondern auch an den guten Beziehungen von Borodajkewycz zu ÖVP-Spitzenfunktionären. So erhielt Borodjkewycz im September 1949 einen „Persilschein" von dem damaligen niederösterreichischen ÖVP-Landesparteiobmann Leopold **Figl**. Figl erklärte: „Ich kenne Herrn Dr. Taras Borodajkewycz, ..., aus monatelanger loyaler Zusammenarbeit. Seine Bemühungen haben mit Neonazismus nichts zu tun, sondern bewegen sich durchaus im Rahmen der Gesetze und geschehen mit Wissen und Billigung der Bundesparteileitung der ÖVP." Seine „loyale Zusammenarbeit" bewies Borodajkewycz in seinen Bemühungen, ehemalige führende Nazi-Funktionäre für die ÖVP zu gewinnen (sh. Artikel „Kontinuität und Wiederaufbau im 'Dritten Lager'").

In der ÖH hatte Borodajkewycz 1965, wie eingangs erwähnt, eine verläßliche Bündnispartnerin. Die von der ÖH organisierte Pressekonferenz am 23. März wurde dann zu einer gröhlenden Manifestation der deutschnationalen Studenten. Der Saal war gerammelt voll mit Burschenschaftern und Funktionären und Anhängern des RING FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS). Borodajkewycz' Bekenntnis, er sei bereits 1934 freiwillig der NSDAP beigetreten, wurde mit heftigen Beifall belohnt. Auch seine antisemitischen Äußerungen fanden beim schmissigen Publikum Gefallen, ebenso sein Leugnen der Existenz der österreichischen Nation. Ein kritischer Journalist wurde aus dem Saal hinausgeworfen. Da die Pressekonferenz auch vom ORF übertragen worden ist und eine Vielzahl von Journalisten anwesend waren, folgten endlich heftigere Proteste von etlichen PolitikerInnen, Organisationen und StudentInnen. Am 29. März organisierte die ÖSTERREICHISCHE WIDERSTANDSBEWEGUNG eine Demo gegen Borodajkewycz, an der rund 1.000 Menschen teilnahmen. Die Demo wurde von etwa 250 Borodajkewycz-Anhängern, die mehrheitlich aus dem Umfeld des RFS kamen, massiv gestört. Die Polizei schaute unbeteiligt zu und schritt erst ein, als sich einige AntifaschistInnen wehrten. Damaliger Generalsekretär des RFS war übrigens der sich heute als Paradeliberale präsentierende Friedhelm **Frischenschlager**. Als RFS-Vorsitzender fungierte der spätere FPÖ-Verteidigungsminister Helmut **Krünes**.

Im Parlament kam es während der Nationalratssitzung am 31. März zu heftigen Diskussionen. Während die SPÖ die sofortige Entlassung von Borodajkewycz forderte, stellte sich die ÖVP hinter Borodajkewycz. So meinte der seine Zuständigkeit leugnende Unterrichtsminister Piffl-Percevic: „Auch wenn ich [das Suspendierungsrecht] besäße, würde ich es nicht ausüben, ohne konkrete amtliche Berichte über die Vorkommnisse vorliegen zu haben." Das „Vorliegen" der Tonbandaufnahmen von der Pressekonferenz reichte dem ÖVP-Minister nicht aus.

Die Haltung der FPÖ brachte ihr Abgeordneter Tassilo **Broesigke** (damals der Anwalt von Borodajkewycz, in den 80er Jahren war er

Porträt DES ANTIFASCHISTEN KIRCHWEGER

Ernst **Kirchweger** wurde am 12. Jänner 1898 in Wien geboren. Er wurde schon sehr früh Mitglied der sozialistischen Jugendbewegung. 1916 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei. Im selben Jahr mußte er zur K&K Kriegsmarine einrücken, wo er sich 1918 am Matrosenaufstand in Cattaro beteiligte. Die Bucht von Cattaro (Kotor) war im 1. Weltkrieg einer der wichtigsten Häfen der österreichischen Kriegsflotte. Kurz vor Ende des Krieges kam es auf den in der Bucht stationierten Schlachtschiffen zur Meuterei gegen Krieg und für bessere Ernährung. Die Matrosen nahmen die Offiziere gefangen und hißten rote Fahnen. Der Aufstand wurde jedoch nach vier Tagen niedergeschlagen und die Rädelsführer ermordet. Nach dem Krieg arbeitete Ernst Kirchweger in einer Arbeiterkonsumgenossenschaft. Ab 1925 war er als Funktionär der Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter aktiv. 1934 kämpfte er im Schutzbund gegen die austrofaschistischen Heimwehren.

Nach der Zerschlagung des Schutzbundes trat Ernst Kirchweger der damals illegalen Kommunistischen Partei bei und begann sofort mit dem Aufbau illegaler Gewerkschaften. Er wurde Obmann der Fachgruppe der Straßenbahner, organisierte Sammlungen für die Opfer des faschistischen Terrors, verbreitete illegale Gewerkschaftszeitungen und Propagandamaterial und schrieb Berichte für linke und liberale britische Zeitungen. Kirchweger wurde 1940 verhaftet und war bis zum Kriegsende in Konzentrationslagern inhaftiert.Nach der militärischen Zerschlagung der NS-Terrorregimes wurde Kirchweger Funktionär bei der KPÖ. Er engagierte sich im „Verein für Theaterfreunde" für ein bestehendes Arbeitertheater. Später wurde er Sektionsleiter der KPÖ im 10. Bezirk, danach Direktor des „Kompaß-Verlages". ■

Literatur: Rotfront, März 1990.

Rechnungshof-Präsident) auf den Punkt: „Der Dreißigjährige Krieg war noch weitaus grausamer als der letzte, aber auch damals wurde beim Friedensschluß eine allgemeine Amnestie vereinbart." Zur gleichen Zeit, als im Parlament die NS-Verbrechen geleugnet und verharmlost wurden, gingen Borodajkewycz-Anhänger unter „Hoch Auschwitz"-Gebrüll mit Stahlruten auf die TeilnehmerInnen der Antifa-Demo los. Darunter war auch der Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger. Er wurde vor den Augen der untätigen Polizei vom Neonazi Günther Kümel niedergeschlagen. Am 2. April erlag Ernst Kirchweger seinen schweren Verletzungen.

Kümel war Mitglied bei der schlagenden Burschenschaft OLYMPIA und beim RFS (siehe Kasten unten). Schon Ende der 50er Jahre betätigte sich der Neonazi einschlägig. 1957 wurde er wegen Hakenkreuzschmierereien angezeigt, 1958 warf er eine Stinkbombe in den Maiaufmarsch, 1959 nahm er an der „Schillerfeier" der schlagenden Burschenschaften teil. In den folgenden Jahren war Kümel im Umfeld des neonazistischen Südtirolterrors rund um den NDP-Führer Norbert Burger aktiv. So verübte er gemeinsam mit seinen rechten Kameraden Bombenattentate auf das Wiener Büro der „Al Italia" und auf die italienische Botschaft in Wien. Am 28. November 1961 war Kümel beim Schußattentat auf das Parlament dabei. Sein „Begleiter" war jedesmal der Neonazi Gerd **Honsik** (Burschenschaft MARKOMANNIA). Wegen der Anschläge wurde Kümel am 30. Mai 1962 zu 10 Monaten Haft verurteilt. Trotz seiner einschlägigen Vergangenheit wurde Kümel am 18. 10. 1965 wegen des Mordes an

Der Ring FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS)

Der 1952 gegründete RFS war von Anfang an ein Sammelbecken von rechtsextremen und neonazistischen Studenten. Bezeichnend für die damalige Situation an den Universitäten waren die Erfolge des RFS bei den ÖH-Wahlen. Der Stimmenanteil lag in den 50er und 60er Jahren immer um die 30 Prozent. Bis 1974 war der RFS zweitstärkste Fraktion im Zentralausschuß. Bei den pro-Borodajkewycz Demonstrationen war der RFS die treibende Kraft - die geistige Verbundenheit mit dem braunen Professor verwundert angesichts der Leute, die sich beim RFS herumtrieben nicht.

1953 wurde der OLYMPIA-Burschenschafter und spätere NDP-Obmann Norbert **Burger** RFS-Vorsitzender. Burger tat sich Anfang der sechziger Jahre als zentrale Figur des neonazistischen Südtirolterrors hervor - der RFS diente Burger dabei als Rekrutierungsfeld. So waren die Südtirolterroristen Helmut **Golowitsch** und Herbert **Fritz** (heute übrigens Lehrer an einer Wiener HAK) ebenso RFS-Mitglieder wie der Kirchweger Mörder Günther **Kümel**. Durch die Schule des RFS gingen noch weitere Neonazi-Kaliber: Gerd **Honsik** (Herausgeber von „Halt", Gründer der AUSLÄNDER-HALT-BEWEGUNG (AUS) und derzeit auf Flucht in Spanien) sowie der Gründer der AKTION NEUE RECHTE (ANR) Bruno **Haas**. Die ANR betätigte sich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre als braune Schlägertruppe an den Unis und besorgte bei Veranstaltungen des RFS den Saalschutz.

Nach der Auflösung der ANR übernahm Gottfried **Küssels** VOLKSTREUE AUß ERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION (VAPO) diese Arbeit. So z.B. 1986 bei einem Vortrag von Pierre **Krebs**, dem Chef des THULE-SEMINARS (deutsche Kaderschmiede der „Neuen Rechten"). Auch ein Jahr später war Küssel bei einem RFS-Vortrag dabei. Für den Saalschutz waren die RFS-Aktivisten **Hofinger, Orlich, Schöfekker, Unterrainer** (alle Burschenschaft TEUTONIA) und Hans Georg **Ley** (Brixia) zuständig. Die ersten vier Herren betätigten sich auch bei der VAPO. Ley wurde nach der ersten Briefbombenserie vom Dezember 1993 kurzfristig verhaftet.

1989 wurde schließlich der RFS aufgrund seiner Nähe zum militanten Neonazismus und seiner Erfolglosigkeit bei den ÖH-Wahlen von der FPÖ-Parteileitung aufgelöst. Stattdessen wurde die FREIHEITLICHE STUDENTENINITIATIVE (FSI) gegründet.

Die FSI gab sich nach außen hin liberaler, behielt jedoch einen harten Kern von Rechtsextremisten. Diese wandten sich der „neurechten" Ideologie zu und fanden in der „IDENTITÄT" ihr mediales Sprachrohr. Herausgeber dieser rechtsextremen Postille ist der bereits wegen „Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes" verurteilte Kärntner Burschenschafter Jürgen **Hatzenbichler**.

Die „IDENTITÄT" verbreitet nicht nur das „neurechte" Geschwätz vom „Ethnopluralismus", sondern druckt auch in Anti-Antifa Manier unter der Rubrik „Jetzt schnüffeln wir: Blick nach Links" Adressen von antifaschistischen Organisationen und Initiativen ab. Selbige „Feindeslisten" sind auch in der rechtsextremen Postille „FAKTEN" von Horst Jakob **Rosenkranz** zu finden. Ein Experte am Gebiet der Anti-Antifa ist auch der ehemalige FSI-Kandidat und Wiener F-Bezirksrat Martin **Hobek**. Er ist eifriger Fotograf bei Antifa-Demos und Verfasser des „Molotow-Müsli", mit dem er durch das Auflisten verschiedenster Grün-AktivistInnen zu beweisen versucht, daß die Grünen eine getarnte Bastion des Kommunismus seien. Hobek war es auch, der im Vorfeld der EU-Volksabstimmung den RFS wieder aus der Versenkung holte und mit einem „Nein zur EU"-Aufkleber an die Öffentlichkeit ging.

Anfang dieses Jahres wurde nun am Rande des F-Bundesparteitages in Linz bekanntgegeben, daß die FSI und der Hobek`sche RFS gemeinsam als FREIHEITLICHE STUDENTEN bei den heurigen ÖH-Wahlen antreten werden. Damit haben sich die Rechtsextremisten innerhalb der FSI durchgesetzt, was sich auch am derzeitigen FSI-Bundesvorsitzenden Alexander **Höferl** zeigt: Höferl ist Mitglied bei der schlagenden Burschenschaft Gothia. ■

Literatur: Volksstimme Nr 5 / 1995

Ernst Kirchweger lediglich zu zehn Monaten Haft verurteilt. Seine U-Haft wurde ihm angerechnet, sodaß er im Februar 1966 wieder frei kam und sein Studium in Innsbruck fortsetzen konnte. Nach Ansicht des Gerichts war es kein Mord, sondern ein „Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens". Kümel habe die Tat aus „Furcht" begangen. Aus Furcht, vor einem unbewaffneten 67jährigen Pensionisten, dessen Gesundheit durch seine 5jährige KZ-Haft schwer angeschlagen war ...

Auch nach diesem Mord änderten die ÖVP und FPÖ nicht ihre Haltung. Der damalige Bundeskanzler Josef **Klaus** setzte die AntifaschistInnen mit den Borodajkewycz-Anhängern gleich und verurteilte „alle schärfstens, die Schmähungen und Gewalt angewendet haben." Alle müßten die „harte Hand der staatlichen Ordungsmacht zu spüren bekommen." In die gleiche Kerbe stieß der ÖVP-Bundespräsidentschaftskandidat Alfons **Gorbach**, der „die Straße, von allen extremistischen Elementen geräumt" sehen wollte. Eine Verurteilung des faschistischen Mordes kam den ÖVP-Granden nicht über die Lippen. Die Ewiggestrigen bedankten sich bei der ÖVP mit einem Wahlaufruf für Gorbach: „Wir ehemaligen Nationalsozialisten wählen Alfons Gorbach", teilten sie in einem Inserat mit. Die FPÖ griff im uns vertrauten Bündnis mit der „Kronen Zeitung" die vom RFS verbreitete Falschmeldung auf, bei der Demonstration wären zwei Borodajkewycz Anhänger getötet worden. Auch das ÖVP-Organ „**Volksblatt**" wußte, von wem die Gewalt ausging. „Aus den verstaatlichten Betrieben wurden Schläger nach Wien geholt, um die für Borodajkewycz eintretende Hochschuljugend mit Bleirohren und Totschlägern fertigzumachen." Die FPÖ-Zeitung „**Neue Front**" sah in der Anti-Borodajkewycz-Demo überhaupt gleich einen „kommunistischen Putschversuch".

Auch die ÖH blieb ihrer Haltung treu. So gab die ÖH der TU-Wien am Tag nach der Demo ein Flugblatt heraus, in dem behauptet wurde, Ernst Kirchweger wäre „irrtümlich von eigenen Leuten zusammengeschlagen" worden. Und der Zentralausschuß der Uni-Wien erließ am 3. April, einen Tag nachdem Ernst Kirchweger seinen Verletzungen erlegen war, eine Resolution, in der die Borodajkewycz GegnerInnen als „hochschulfremde Kreise" diffamiert wurden, die die „Hochschulautonomie antasten wollen". Den Anhängern des braunen Uni-Profs ging es dagegen „um die Verteidigung ihres Ideals der Hochschulautonomie". Einzig die ÖH-Graz verurteilte die „vernachlässigte Entnazifizierung in Österreich".

Das Begräbnis von Ernst Kirchweger am 8. April wurde zur bis dahin größten antifaschistischen Kundgebung nach 1945. 15.000 Menschen nahmen daran teil. Wie zuletzt beim Begräbnis der vier Roma in Oberwart, waren auch dort genügend Heuchler des offiiziellen Österreichs anwesend. So z.B. der ÖVP-Klubmann **Hurdes** oder der Nationalratspräsident **Maleta**, der 1949 als ÖVP-Verterter beim Treffen mit den Ex-Nazi-Funktionären in Oberweis dabei war.

Was geschah mit Borodajkewycz?

Nach dem Tod Kirchwegers wurde Borodajkewycz beurlaubt. Das Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung wurde gegen ihn eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hielt jedoch fest, daß es „eine unabwendbare Notwendigkeit ist, eine weitere Beeinflußung der studierenden Jugend durch den Verdächtigten hintanzuhalten." Auch wurde das Verfahren nur deshalb eingestellt, weil „die subjektive Tatseite des Verbrechens der Wiederbetätigung nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte." Die ÖVP interpretierte diese Feststellung als einen Freispruch von allen Vorwürfen, die gegen Borodajkewycz gerichtet worden waren, um. Auch das Urteil des wiederaufgenommenen Prozesses gegen Heinz Fischer und die AZ - sie waren 1963 zu Geldstrafen verurteilt worden - änderte nichts an der Haltung der ÖVP. Fischer und die AZ wurden freigesprochen.

Unterrichtsminister Piffl-Percevic lehnte nach wie vor ein Vorgehen gegen Borodajkewycz ab. Dafür sei die von ihm eingesetzte Disziplinarkommission zuständig. Diese kam erst mehr als ein Jahr später zu einem Urteil: Borodajkewycz sei bei Kürzung der Bezüge um 20 Prozent zwangszupensionieren. Borodajkewycz berief gegen dieses ohnehin skandalös milde Urteil - die Kommission tagte weiter. Wiederum mehr als ein Jahr später, im Dezember 1967, gab es ein weiteres Urteil: Die Bezüge sollten nicht um 20 sondern um 25 Prozent gekürzt werden. Da jedoch ein Formfehler begangen worden war, wurde das Verfahren wiederholt. Erst 1969 wurde ein engültiges Urteil gefällt. Bis dahin erhielt der beurlaubte Borodajkewycz die vollen Bezüge. Das Urteil war eine Farce: Der mittlerweile 67jährige Borodajkewycz wurde bei Kürzung seiner Bezüge um ein (!) Prozent zwangspensioniert.

Das Ansehen von Borodajkewycz bei den Konservativen wurde dadurch nicht geschmälert. So wurde er im November 1978 bei einer Diskussionsveranstaltung vom Chefredakteur des „Salzburger Volksblattes" (ÖVP-Organ) als „mutiger Bekenner, der 1965 von üblen Elementen angegriffen worden ist" begrüßt. Als im Jänner 1984 Borodajkewycz „in die große Armee eintrat", wurden rechtsextreme Zeitungen nicht müde, ihn in Nachrufen zu huldigen. Von „Aula" über „Neue Ordnung" und dem AFP-Pamphlet „Wiener Beobachter" streuten ihm seine rechten Kameraden Kornblumen. Aber auch das offizielle Österreich stand dem um nichts nach: Des braunen Professors Namen wurde 1984 in die Ehrentafel der WU-Wien eingemeißelt. Erst 1988 kam es nach StudentInnenprotesten zur Entfernung des braunen Fleckes, indem die ganze Tafel abmontiert wurde. 1992 tauchte die Tafel wieder an der Wand der WU auf. Neuerliche Proteste der linken StudentInnenfraktionen führten zur endgültigen Entfernung der Tafel. ●

Literatur:

Heinz Fischer: "Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewyc" Wien 1966

Wolfgang Purtscheller: "Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk" Wien 1993

demontage (Zeitschrift der Basisgruppe Politikwissenschaft) Nr.1/1993

sowie diverse Tageszeitungen

"Revisionismus" - oder wie die Nazis lernten, die Geschichte umzulügen

Seit 1945 sind Personen, Ideen und Handlungen des Nationalsozialismus in breiten Teilen der Bevölkerung untrennbar mit Verbrechen, industriellem Massenmord und Unmenschlichkeit verknüpft. "Revisionismus" stellt den Versuch dar, das grausame Bild des Nationalsozialismus ins "rechte" Licht zu rücken, um den Fortbestand dieser Ideologie ohne Kratzer und Risse zu sichern.

I. Zur Geschichte des "Revisionismus"

Obwohl der Begriff des "Revisionismus" erst in den letzten Jahren als Selbstbezeichnung für das Bestreben einer Revision (also einer Abänderung) der zeitgeschichtlichen Forschung und deren Ergebnissen im Sinne der nationalsozialistischer Weltanschauung, verwendet und etabliert wurde, können "revisionistische" Tendenzen und Autoren bereits kurz nach Ende des Krieges ausgemacht werden. Das schon 1957 erschienene Buch des Franzosen Paul **Rassinier** " Die Lüge des Odysseus" und seine spätere Veröffentlichungen "Was ist die Wahrheit? - Die Juden und das Dritte Reich" und "Die Jahrhundertprovokation. Wie Deutsche in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurden" zählen noch heute zu den Standardwerken des "Revisionismus". Die Beseitigung des Stigmas des Holocaust war seither einer der wichtigsten Teile "revisonistischer" Propaganda und Literatur, womit natürlich auch die Forderung verbunden wurde, das Verbot der NSDAP und anderer nationalsozialistischer Organisationen aufzuheben.

In den siebziger Jahren kam es zu einem Aufschwung "revisionistischer" Publikationen, die mit vorgegebener Wissenschaftlichkeit Leugnung und Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen betrieben, indem sie die Massentötungen in den Konzentrationslagern als alliierte Kriegspropaganda hin- oder überhaupt in Abrede stellten bzw. die Zahl der Opfer zu vermindern versuchten. Einschlägige Autoren spezialisierten sich dabei auf das Ausnützen von Fehlern, bzw. Ungenauigkeiten bei den Zahlenangaben in den Publikationen, die das Ausmaß des größten und in der Geschichte beispiellosen Verbrechen des Nationalsozialismus zum Inhalt hatten, nämlich die Vernichtung von 6 Millionen europäischen Juden und Jüdinnen. Zum Synonym dieser Bestrebungen wurde "Die Auschwitz-Lüge", eine von Thies **Christophersen**, einst "SS-Sonderführer für Pflanzenschutz" im Auschwitz-Nebenlager Raisko, 1973 publizierte Broschüre.

Beginnend mit einem Beitrag Ernst **Noltes** 1986 in der FAZ unter dem Titel "Eine Vergangenheit, die nicht vergehen will" und der in der Aula beworbenen Veröffentlichung "Das Vergehen der Vergangenheit"

Ernst Nolte

kam es zu einer Entwicklung, die noch mehr die Brisanz und Gefährlichkeit der "Revisionisten" verdeutlicht: Im Vorfeld des Gedenkjahrs '88 wurde so - vor allem in Deutschland - eine Aneignung und Bereicherung von "revisionistischen" Positionen durch bislang konservative Historiker vorgenommen.

Verblieben bislang die Diskussionen um "6 Millionen-Lüge" und um "Umerziehungshistoriker" (= Wissenschaftler, denen von rechter Seite Manipulation und Korrumpierung durch die alliierten Siegermächte unterstellt wird) nur im rechtsextremen bzw. "revisionistischen" Klientel, so erreichen seitdem die zahlreichen Bücher und Fernsehauftritte "anerkannter" Historiker, die mit den Jahren auch ins Zweifeln und zum Revidieren "überalteter" Geschichtsauffassungen gekommen sind, weite Teile der interessierten, aber unterinformierten Bevölkerung.

Seit 1988 gesellt sich zu den herkömmlich pseudowissenschaftlichen Autoren und vom linken Weg abgekommenen Historikern noch die Spezies der auf scheinbar naturwissenschaftlicher Basis argumentierenden "Revisionisten". Berühmtester Vetreter ist der US-Amerikaner Fred **Leuchter**, der im Auftrag des neonazistischen Deutsch-Kanadiers Ernst **Zündel** - jener stand wegen Leugnung des Holocaust in Toronto vor Gericht - nach Polen reiste. Dort besuchte er die Gedenkstätten Auschwitz und Majdanek, um in Kanada als Zeuge der Verteidigung den endgültigen Beweis zu liefern, daß niemals Gaskammern existiert hatten und somit auch keine Vergasungen an Menschen stattgefunden haben konnten.

Obwohl Zündel verurteilt wurde und Leuchters "Report" nicht vor Gericht anerkannt wurde, wird dieses "Gutachten" noch heute in rechtsextremen und "revisionistischen" Kreisen als Beweis der "Auschwitz-Lüge" gehandelt und forderte auch weitere Nachahmer

wie den Deutschen Germar Rudolf, den Verfasser des "Rudolf-Gutachtens", an das rechte Tageslicht.

Germar Rudolf

Im April 1990 kam es erstmals zu einer großangelegten internationalen Veranstaltung der "Revisionisten" in München unter dem Titel "Wahrheit macht frei", an der ungefähr 800 Faschisten aus ganz Europa teilnahmen. Die Bandbreite der Besucher reicht von Michael **Kühnen** (dem 1991 aus dem Leben geschiedenen Führer der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front"), Bela Ewald **Althans** (den durch den Film "Beruf Neonazi" zur Berühmtheit aufgestiegenen Kader) über die Österreicher Gottfried **Küssel** und Hans Jörg **Schimanek jun.** (beide schnuppern im Moment gesiebte österreichische Luft) bis zum eingereisten Briten David **Irving**. Er wurde während seiner - von der Burschenschaft BRIXIA 1989 organisierten - Österreichtour von der Stapo selbst vom ursprünglichen Veranstaltungsort Parkhotel Schönbrunn zu der Ersatzlokalität chauffiert. Weiters ist er nicht nur viel gesehener "historischer" Referent in ganz Deutschland (so wurde er bereits von CDU-Funktionär Manfred Dreher zum Vortrag gebeten), sondern trägt mit seinen zahlreichen Publikationen wie "Der Untergang Dresdens", "Rudolf Heß ein gescheiterter Friedensbote?" und "Führer und Reichskanzler. Adolf Hitler 1933-1945" auch zu Weihnachtsgeschenkideen des Kanzlers Kohl bei. Für weltweite Vernetzung und internationalen Austausch sorgt mit seinen jährlichen Treffen "revisionistischer" Autoren das "Institute for Historical Review" in Kalifornien, das zwar in den USA selbst wenig Bedeutung hat, aber - auch durch seine regelmäßige Publikation "Journal of Historical Review" - ins Ausland, vor allem nach Großbritannien, beste Kontakte pflegt.

Es können somit drei unterschiedliche, aber nicht voneinander zu trennende Arbeitsbereiche des "Revisionismus", die sich seit seiner Genese entwickelt und etabliert haben, herausdifferenziert werden:

1. Die plumpe Leugnung der Massenmorde in den Konzentrationslagern ohne eines Hauchs von wissenschaftlichem Habitus, die sich meist nur auf wildeste Verschwörungstheorien oder wie bei Gerd **Honsiks** Machwerk "Freispruch für Hitler? 37 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer" auf die angesprochenen "Zeugenaussagen" stützen. Bei der spanische Übersetzung tritt der ehemalige SSler und leidenschaftlicher "Gast"wirt Herbert **Schweiger** als Mitautor auf und die wunderbare Zeugenvermehrung tritt ein, denn dort wurden "39 Zeugen wider die Gaskammer" Gehör geschenkt. Diese und ähnliche Publikationen finden in einschlägigen Kreisen reißenden Absatz und tragen ihr Schäufelchen dazu bei, gerade im deutschsprachigem Täter- und Mittätermilieu für ewigen Nachschub an scheinbaren Entlastungsargumenten für Stammtische und seichteste Propaganda zu sorgen.

2. Die Herstellung gefälschter "Gegenbeweise" mit zunehmend professionellerem wissenschaftlichem Anstrich. Als im November 1987 in der Zeitschrift "Halt" erstmals das sog. Lachout-"Dokument" des Emil **Lachout** veröffentlicht wurde, das die Leugnung der Vergasungen in österreichischen Konzentrationslagern zum Inhalt hatte (siehe weiter unten), stand erst die Invasion von Möchtegern-Wissenschaftlern nach Auschwitz zum Zwecke von verbotenen Gesteinsentnahmen und deren höchst zweifelhaften "Untersuchungen" und "Auswertungen" bevor. Mit Fred Leuchter, dem amerikanischen "Experten" für Hinrichtungmaschinen und dem Österreicher Dipl. Ing. Walter Lüftl, der als Gerichtsgutachter und Präsident der Bundesingenieurskammer 1991 in einem "Gutachten", das als "Lüftl Report" in dem "Journal of Historical Review" publiziert wurde, unter anderen die technische Unmöglichkeit der Menschentötung in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau propagiert, gelingt es dieser Sparte des - immer mehr naturwissenschaftlich argumentierenden - "Revisionismus", mit prominenten Namen in die Öffentlichkeit zu gelangen.

3. Die selektive und manipulative Präsentation und Interpretation historischer Quellen, wie sie David Irving hervorragend und pakkend betreibt. Martin Broszat, der sich ausgiebig mit Irvings Thesen zu Hitler und der Genesis der "Endlösung" beschäftigt hat, schreibt dazu: "Irving verschweigt nicht einzelne Tötungs- und Vernichtungsaktionen, die auf Hitler zurückgingen, stellt sie aber entschuldigend und oft falsch dar, verwischt ihre wesentlichen Unterschiede. Er nennt Brutalität, was fanatischer, zerstörerischer Vernichtungswille war, bettet Hitler ein in die allgemeine Brutalisierung der Kriegsführung, an der der totale Partisanenkrieg der Sowjets im Osten wie der Bombenkrieg der Alliierten im Westen gleichermaßen beteiligt gewesen sei. Der Krieg, dem die Darstellung des Buches (gemeint ist "Hitler's War", London 1977; Anm. d. V.) vor allem gilt, wird zum großen Nivellierer der Gewalt. Hitler ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme-Erscheinung mehr."

II. THEMENBEREICHE DES "REVISIONISMUS"

▲ Da das Ziel des "Revisionsimus" die Rehabilitierung der Ideen und Proponenten des Nationalsozialismus ist, wird versucht, auf allen nur erdenklichen Fronten zu kämpfen. Es lassen sich daher gerade bei der "Behandlung" des Themas Holocaust eine Vielzahl von Argumen-

tationlinien verfolgen, die die Wichtigkeit dieses Bereichs in der "revisionistischen" Agitation belegen. Die Spannbreite reicht von der generellen Leugnung der Judenvernichtung, über die Darstellung der Verbrechen als Folge von Kriegshandlungen, an denen die Juden selbst schuld gewesen seien, bis zu dem Zugeben der Massenvergasung, wobei jedoch die Höhe der Opferzahl bestritten wird. Auch die Version, die Menschen seien allesamt aufgrund von Hunger, Seuchen oder mangelnder Verpflegung gestorben, hält sich standhaft, wie auch das Märchen von den Verbrechen als Summe von Übergriffen der Untergebenen, die weder (von Hitler selbst) angeordnet noch erwünscht waren. Da Auschwitz den Inbegriff der fabriksmäßigen Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden in den Gaskammern darstellt, konzentrieren sich gerade auf dieses Konzentrationslager Bemühen und Publikationen der "Revisionisten" (z.B.: "Die Auschwitz-Lüge" und der "Leuchter-Report").

▲ Mit dem oben erwähnten Lachout-"Dokument" wurden erstmals österreichische Konzentrationslager zum Brennpunkt "revisionistischer" Interessen. Nicht umsonst wird der Vergleich mit der "Auschwitz-Lüge" gerne bemüht und die Wichtigkeit des "Mauthausen-Betrugs" für die heimische Täter- und Mittäterprominenz betont. Ende 1987 erschien in der neonazistischen Zeitung "Halt" ein angebliches "Dokument" eines "Militärpolizeilichen Dienstes" des "Alliierten Kommandos", datiert mit 1. 10. 1948. Darin wird behauptet: "Die Alliierten Untersuchungskommissionen haben bisher festgestellt, dass in folgenden Konzentrationslagern keine Menschen mit Giftgas getötet wurden:" Es folgt eine Aufzählung von 13 Konzentrationslagern, unter andern auch "Mauthausen und Nebenlager". Neben der inhaltlichen Unrichtigkeit führen sieben formale Hauptfehler zu der Erkenntnis, daß dieses "Dokument" nur von Emil Lachout gefälscht sein konnte und zu dem Zwecke der Leugnung des Holocaust veröffentlicht wurde. So wurde z.B. das "Dokument" von Lachout selbst als "Leutnant" unterzeichnet, obwohl dieser zu dem Zeitpunkt der Ausstellung erst 20 Jahre alt gewesen sein konnte, also zu jung für diesen Rang, außerdem war kein Österreicher Offizier einer Alliierten Besatzungsmacht. Weiters waren die offiziellen Sprachen der Alliierten nur Englisch, Französisch und Russisch, und im Falle einer Übersetzung hätten sich nicht amtsdeutsche Abkürzungen wie "F. d. R. d. A." (= Für die Richtigkeit der Ausfertigung) im "Dokument" wiedergefunden. Und da wäre noch die Frage, wie ein vorgeblicher Originalstempel des "Wachbataillon Wien" auf eine "Abschrift" der "10. Ausfertigung" gelangen konnte, wenn damals von Fotokopierverfahren noch nichts zu merken war.

▲ Auch das 1947 erstmals veröffentlichte Tagbuch des jüdischen Mädchens Anne Frank, die dadurch zu einer Symbolfigur für die Leiden der jüdischen Bevölkerung in den Zeiten des Nationalsozialismus wurde, rief die Leugner des Holocaust auf den Plan. Unterschiede in verschiedenen Publikationstexte, die durch Übersetzungen, Überarbeitungen und Weglassungen verursacht wurden, sorgten seit Ende der fünfziger Jahre für zahlreiche Publikationen, die die Echtheit des Tagebuchs der Anne Frank bezweifelten, dieses als Fälschung bezeichneten und in der Folge die Existenz des Holocaust selbst in Frage stellten.

▲ Die Beschäftigung mit der Zahl ermordeter Juden und Jüdinnen ist ein weiteres Feld "revisionistischer" Geschichtsschreibung. 200.000 bis 300.000 jüdische Opfer werden meist "eingestanden", wobei die angebliche Übertreibung der AntifaschistInnen und Juden und Jüdinnen vor allem dazu dient, dem "Weltjudentum" (Israel) zu ermöglichen von Deutschland auf ewig "Wiedergutmachung" zu erpressen. Auch handelte es sich bei den Toten um mehr oder weniger auf natürliche Weise "Umgekommene", oder in der noch zynischeren Version, um "Verräter", "Verbrecher" oder "Asoziale". So "gesteht" Richard Harwood in seinem 1957 erschienenen Werk "Starben wirklich sechs Millionen?" zu, "daß einige tausend Lagerinsassen in den chaotischen, letzen Monaten des Krieges starben."(S. 29) Und weiter meint der Autor: "Zweifellos sind einige tausend Juden im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges gestorben, aber das muß im Zusammenhang eines Krieges gesehen werden, der viele Millionen unschuldiger Opfer auf allen Seiten kostete." (S. 37) Gerade in diesem Zusammenhang wird oft und gern der Mythos des apokalyptischen Ereignisses der Zerstörung Dresdens im Februar 1945 strapaziert und mit kolportierten Opferzahlen von 350.000 (Axel Rodenberg in "Der Tod von Dresden" 1951) bis 135.000 (David Irving in "Der Untergang Dresdens" 1964) das Verhältnis zwischen deutschem und jüdischem Leid zahlenmäßig relativiert. Obwohl die Zahl von 25.000 Menschen, die während der Bombardierung Dresdens in den Tagen 13., 14. und 15. Februar 1945 durch britische und amerikanische Flugzeuge starben, durch wissenschaftlich anerkannte Quellen belegt ist, wird die Opferthese der Nationalsozialisten durch offiziöse "Gedenkveranstaltungen" gerade zum 50. Jahrestag am Leben erhalten und erfährt somit neuen Auftrieb.

▲ Weitere Gebiete für "revisionistische" Beschäftigung sind die Leugnung der deutschen Kriegsschuld, sowie die Umdeutung des Fluges von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß 1941 nach England zu einer "Friedensmission" und die "Reinwaschung" Adolf Hitlers von den Verbrechen des Krieges durch das Beharren auf ein Fehlen seines schriftlichen Befehls zur Judenvernichtung.

III. METHODEN DES "REVISIONISMUS"

Da die Fülle der historischen Beweise, wie Dokumente, Akten nationalsozialistischer Dienstellen und Ämter, Photographien von Angehörigen der SS und der Wehrmacht (die trotz strengstem Verbot gemacht wurden und schließlich meist bei Kriegsgefangenen gefunden wurden), Photos und Filmaufnahmen von nationalsozialistischen Dienstellen und von den Alliierten

bei der Befreiung der Konzentrationslager aufgenommen und Aussagen von Opfern und Überlebenden, das gesicherte Wissen um den Holocaust untermauern, bleibt den plump argumentierenden "Revisionisten" nichts übrig, als alle belastenden Zeugenaussagen für erlogen, Geständnisse von Tätern, die keinen Grund sahen, die Verbrechen zu leugnen, sondern nur ihre Mitwirkung daran verharmlosen wollten, für erfoltert und die zahlreichen Dokumente, Photographien und Filmaufnahmen für gestellt bzw. gefälscht zu erklären. Kennzeichnend für wissenschaftlich anmutende Geschichtsfälschung sind der manipulative Umgang mit Quellen und Zusammenhängen, wie auch die Zerreißung und Zerstückelung historischer Prozesse. Zur verzerrenden Deutung von Quellen gesellt sich noch die bewußte Ausblendung zentraler Aussagen, sowie das Ignorieren und Abwerten aller gegen die eigene Geschichtsrevision sprechender Quellen, was an Fred Leuchters "Gutachten" beispielhaft zu verfolgen ist. Das Herausstreichen und Überzeichnen von scheinbaren oder tatsächlichen Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten in Details wurde z.B. bei dem Versuch, das Tagebuch der Anne Frank als Fälschung auszuweisen angewandt.

Sich als Historiker gebärdende "Revisionisten" täuschen Wissenschaftlichkeit in ihren Arbeiten durch Zitierweisen vor, die eine Nachprüfung der Aussagen und Behauptungen unmöglich machen (sogn. "Im-Kreis-Zitieren") oder "schlüpfen" unter die Autorität und das Prestige berühmter Persönlichkeiten oder Instiutionen, indem sie willkürlich aus dem Sinnzusammenhang gerissene Teilaussagen präsentieren oder zur Bestätigung der eigenen Glaubwürdigkeit Aussagen einfach "unterschieben". So mußte sich das Internationale Komitee des Roten Kreuzes schon 1955 und 1965 gegen die Behauptung wehren, sie seien im Rahmen einer zehn Jahre andauernden Erforschung in der Schweiz zu dem Schluß gekommen, die "Anzahl der in KZ und Gefängnissen umgekommener Opfer rassisscher, politischer und religiöser Verfolgung" betrage 300.000. Noch 1976 wiederholt der eifrig publizierende Österreicher Robert Drechsler in seiner Zeitschrift "Die Leuchtkugel", trotz oftmaliger Richtigstellung durch Organe und Vertreter des Roten Kreuzes, diese Lüge.

Allgemein spekulieren die "Revisionisten" mit dem Informationsdefizit der Leser und Leserinnen und bieten meist personalisierende Erklärungsansätzen an, die als Triebkräfte historischer Prozesse fast ausschließlich einzelne Personen ausweisen (Hitler, Mussolini, Churchill, Roosevelt oder Stalin). Es werden Vorurteile bewußt angesprochen und Ressentiments aktiviert, wobei analysefeindliche und aggressive Darstellungsformen vorherrschen. Auf die Verbreitung von nebulosen Verschwörungstheorien (z.B. die des "Weltjudentums") wird ebenso zurückgegriffen wie auf die Verwendung von Schuldabwehr- bzw. Schuldumkehrargumenten ("Gaskammerlüge", oder "Mauthausen-Betrug"), die die negative Verankerung von geläufigem Vokabular zur Folge haben sollten. Neuerdings ist auch eine Inflation von "wertfreien Vergleichen" des Holocaust mit anderen Verbrechen der Weltgeschichte (z.B. mit der Ausrottung der indigenen Völker in den USA) zu beobachten, die die Relativierung, Verharmlosung und Normalisierung der fabriksmäßigen Massentötungen im Nationlsozialismus bezwekken. So lautet der Titel eines in der "Aula" beworbenen Buches von Robert Conquest "Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929-1933". In aktiver Beleidigungsabsicht reden TierschützerInnen vom "Tier-KZ", wenn sie die nicht-artgerechte Unterbringung von Tieren meinen und AbreibungsgegnerInnen vom "Holocaust an Ungeborenen", wenn sie Frauen ihr Recht auf ihren eigenen Körper absprechen.

Gerade in den heutigen Tagen gilt es dem "Revisionismus" und der ihm Vorschub leistenden Gleichgültigkeit, am entschiedensten entgegenzuwirken, wenn von den unzähligen Opfer Dresdens gesprochen wird, wenn die militärische alliierte Gegenoffensive zu einem imperialistischen Feldzug umgedeutet wird, wenn dem Staat Israel faschistische Handlungen unterstellt werden, wenn den in Stalingrad gefallenen - deutschsprachigen - Soldaten gedacht und ihnen ein Filmmonument gewidmet wird (während Konzentrationslagerüberlebende noch immer um volle Rehabilitierung kämpfen müssen), wenn im Parlament von "Straflagern" die Rede ist, es sich bei den "Inhaftierten" also um Straffällige gehandelt haben mußte, wenn PartisanInnen noch heute als "VaterlandsverräterInnen" bezeichnet werden können, wenn ... ●

Literatur:
ANTIFAschistische Nachrichten ...gegen die Zeitung "Junge Freiheit" Winter 1993/94
Wolfgang Benz (Hg.): "Legenden Lügen Vorurteile. Ein Wörterbuch der Zeitgeschichte" München 1992
Martin Broszat: "Hitler und die Genesis der 'Endlösung'. Aus Anlaß der Thesen von David Irving" in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 25 (1977) 4
DÖW, BMfUK (Hg.): "Amoklauf gegen die Wirklichkeit." Wien 1992
DÖW (Hg.): "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus" Wien 1993
Wolfgang Purtscheller: "Aufbruch der Völkischen." Wien 1993

RABAZ *Antifaschistische Infozeitung aus Bayern*

Wir informieren über:
- Antifaschistische Aktivitäten und Kultur
- Gesellschaftliche Rechtsentwicklung
- Verbindungen von Nazis mit sog. Konservativen
- Den braunen Sumpf mit dem Schwerpunkt in Bayern

Inhalt der Nummer 2
- **Der Deutsche Freundeskreis Franken**
- **NS-Strukturen in Bayern**
- **Die Armanen und die NF**
- **Nationalliberale der FDP proben die Querfrontstrategie**
- **Wie weiter Antifabewegung?**
- **Bericht und Interview mit EA/80 und FSK**
- **Regionalteil Bayern**

Die RABAZ kostet 5 DM plus Porto
Kontakt: RABAZ - c/o - RadioZ - Hintere Ledergasse 10 - 90403 Nürnberg

Das Klischee von den Lämmern, die sich zur Schlachtbank führen lassen, und der jüdische Widerstand in Auschwitz.

Eine Parole aus dem Aufstand vom Oktober 1944: „Chasak we'emaz"

Immer noch ist das Bild weit verbreitet, nachdem sich jüdische Menschen wie „Lämmer zur Schlachtbank" haben führen lassen. Dabei gab es schon während des Krieges, vor allem aber nach 1945 Berichte von jüdischen Widerstand: von Aufständen, Sabotageaktionen und PartisanInnentätigkeit.

Viele dieser Berichte wurden nicht ins Deutsche übersetzt, Originale in russischer, polnischer, englischer und anderen Sprachen nicht beachtet. Auch die Linke nimmt erst seit kurzem davon Kenntnis; sie hat sich vorher auf den kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstand konzertiert.

Nicht zu demoralisieren nicht zu einem „Muselmann" - Lagerjargon für jene, die wie lebendige Leichen durch die Gegend irrten - zu werden waren unter KZ-Bedingungen die naheliegendsten Formen des Widerstandes: Solidarisch bleiben, sich um andere zu kümmern und nicht in Egoismus zu verfallen. Jüdische Menschen weigerten sich, auf Befehl Mitgefangene zu schlagen oder im Sonderkommando, das für die Leichenverbrennung zuständig war, in den Gaskammern zu arbeiten. So zum Beispiel eine jüdische Frau, der befohlen wurde, sich vor der Gaskammer zu entkleiden. Sie entwand einem SS-Mann die Pistole und schoß ihm in den Bauch. Daraufhin konnten andere Gefangene Waffen greifen, die die fliehenden SS-Leute zurücklassen mußten. Im Laufe eines sich anschließenden Feuergefechtes wurden alle Juden und Jüdinnen erschossen.

Ständig gab es Bemühungen zu fliehen. Reuben Ainsztein schreibt dazu: „Unter den gelungenen Fluchten war der jüdische Anteil bemerkenswert hoch. Er war so hoch, daß, wenn nur ein einziger Beweis vorgelegt werden dürfte, der die Legende vom fatalistischen, geduldig auf den Eintritt in die Gaskammer wartenden Juden widerlegen soll, die Auschwitzer Fluchtstatistik ausreichend gewesen wäre."

Eine der spektakulärsten Fluchten war die von Mala Zimetbaum, einer polnischen Jüdin. Sie floh gemeinsam mit ihrem Freund in der Uniform einer Aufseherin und eines Wachmannes, wurde aber gefaßt und in das Lager zurückgebracht. Sie sollte zur Abschreckung öffentlich gehängt werden. Vor dem Galgen schnitt sie sich die Pulsadern auf und schlug dem SS-Mann ins Gesicht. Solche Aktionen stärkten den Widerstand von allen, wie in vielen Berichten von Überlebenden, die diese Szene beschreiben, zu bemerken ist. Sie drücken für alle ein Stück kollektiver Würde und Selbstbehauptung aus. 1943 gründete sich die international zusammengesetzte „Kampfgruppe Auschwitz" die sich eine bewaffnete Revolte zum Ziel gesetzt hatte. In ihr waren neben den verschiedenen nationalen Gruppen auch Jüdinnen und Juden organisiert. Aber auch in der Kampfgruppe waren sie mit einem starken Antisemitismus konfrontiert. So wurde zum Beispiel von vielen polnischen Nationalisten die Ermordung von Jüdinnen und Juden begrüßt. Antisemitismus, unterschiedliche alltägliche Lebensbedingungen und die daraus resultierende Lebenserwartung machten es unmöglich, einen gemeinsamen Zeitpunkt für den geplanten Aufstand zu wählen. Die jüdischen Gefangenen, vor allem jene, die am Aufstand im Warschauer Ghetto teilgenommen hatten, und sowjetische Kriegsgefangene drängten auf einen baldigen Termin. Die anderen nationalen Gruppen verschoben ihn immer wieder nach hinten, um eine günstige Frontlage abzuwarten. Eine besondere Rolle spielte Roza Robota aus dem Frauenlager. Sie war polnische Jüdin und Mitglied des Haschomer Hazair, einer sozialistisch-zionistischen Gruppe. Roza sprach jüdische Frauen an, die in einer speziellen Abteilung der Weichsel-Union-Werke, - einem Ableger der Krupp-Werke - Sprengstoff herstellen und unter schärfster Bewachung standen. 20 (!) von ihnen sagten zu, Sprengstoff herauszuschmuggeln. Versteckt in den Knoten ihrer Kopftücher sowie in doppelten Böden ihres Eßgeschirrs wurde das Material in kleinsten Mengen aus der Fabrik geschafft. Über Umwege kam der Sprengstoff dann in die Hände von Spezialisten der Roten Armee, die damit in Konservendosen Bomben und Granaten herstellten. Das Sonderkommando sammelte und versteckte außerdem Brecheisen, geschärfte Spaten, Hakken, Drahtschneider und Fässer mit Öl, das zur Verbrennung der Leichen in den Gruben benutzt wurde. All das sollte als Waffe eingesetzt werden und dazu dienen, das Lager in Brand zu stecken.

Am 7. Oktober 1944 traf ein Fernschreiben in Auschwitz ein, das die Liquidierung der Häftlinge des Sonderkommandos anordnete. Der Inhalt sickerte durch, ab da überschlugen sich die Ereignisse. Die Todgeweihten griffen die SS-Leute an, überwältigten, entwaffneten und töteten einige von ihnen. Sie konnten das Krematorium IV sprengen. Während einige versuchten, weitere Sprengungen vorzunehmen,

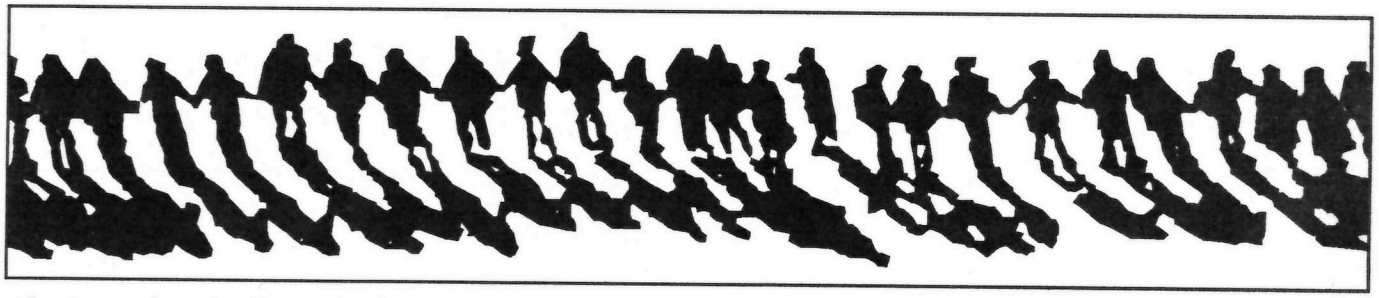
"Sag nie, du gehst den letzten Weg" - Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung

Bereits als Standardwerk gepriesen, gehört dieses Buch zu den spannendsten und erschütterndsten Dokumentationen weiblichen Widerstands. Ingrid Strobl räumt darin mit den gängigsten Märchen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf: Dass erstens Juden und Jüdinnen niemals den Gedanken an bewaffneten Widerstand gehegt hätten und daher für die Deutschen ein leichtes Opfer dargestellt hätten.

Und daß zweitens Frauen sehr wohl Versorgungstätigkeiten in der Illegalität übernommen hätten, sie aber dem deutschen Feind niemals in bewaffnetem Zustand gegenübergestanden hätten. Ingrid Strobl recherchiert in ihrem buch das Ausmaß und die Art der Beteiligung von Frauen im Widerstand und interviewt überlebende Widerstandskämpferinnen. Ihre Ausführungen zum Widerstand in Spanien beendet sie mit der Geschichte der Rosario Sanchez Mora, später berühmt unter dem Namen "La Dinamitera": Rosario ging mit 16 nach Spanien um Näherin zu werden, wo sie mit dem "Vereinigten Sozialistischen Jugendverband", der de facto von der Kommunistischen Partei gelenkt war, in Berührung kam. Zwei Tage nach ihrem Eintritt in die Partei ereignete sich der Putsch der faschistischen Offiziere, und so unterbrachen zwei Genossen Rosarios Unterricht, um Freiwillige für die Milizen zu werben. Rosario trug sich in die Liste ein und fuhr am nächsten Tag an die Front, ohne ihren Eltern überhaupt Bescheid zu sagen. Sie wurde binnen kürzester Zeit zur Bombenexpertin und erhielt den Namen "La Dinamitera" und die Kunde, daß eine Frau bei den *dinamiteros* ihren Dienst versah, sprach sich schnell herum. Doch im September 1936 geschah ein Unfall, der Rosario den rechten Arm kostete. Sie arbeitete danach weiter als Telefonistin und wurde Anfang Juli 1937 zum Postchef der Front - einer verdienstvollen und verantwortungsbewußten Position - ernannt.

"Rosario war nicht die einzige Frau in ihrer Einheit, und sie erinnert sich voll Stolz an ihre Kameradinnen: 'Ich muß schon sagen, daß wir Frauen, wir Milicianas, uns sehr tapfer geschlagen haben. Wir waren damals alle um die 16, 17 Jahre alt, und wir haben unsere Angst völlig vergessen, wir haben gekämpft und den anderen noch Mut gemacht. Viele von uns sind gefallen.' Für Rosario sind der Mut und die Ausdauer der Frauen nicht weiter erstaunlich, denn sie ist davon überzeugt: 'Angst und Feigheit haben schließlich kein Geschlecht.'" (S. 69) Womit sie Recht hat. ●

Ingrid Strobl: "Sag nie, du gehst den letzten Weg. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung" Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1989, 350 S.



Fortsetzung von Seite 30

stürmten andere den Zaun, durchschnitten und überwanden die Hochspannungsdrähte hin zum Frauenlager und nach außen.

Die meisten Geflohenen wurden gestellt und ermordet. Einige konnten sich aber bis Schlesien durchschlagen und dort, nachdem sie von einer Volkssturm-Abteilung gestellt wurden, vorgeben, von einem Dachauer Transport entflohen zu sein. Die meisten überlebten den Krieg im Konzentrationslager.

Aufgrund von Denuziationen wurden Ella Gärtner, Esther Wajsblum, Regina Safir und Roza Robota von der Lager-Gestapo verhaftete und fürchterlich gefoltert. Sie haben niemanden verraten. Roza konnte vor ihrer Hinrichtung noch einen Freund sprechen und eine Nachricht aus dem Bunker geben, unterschrieben mit dem Gruß des Haschomer Hazair: „Chasak we'emaz" - Seid stark und tapfer! Die vier Frauen wurden am 6. Januar 1945 gehängt. Am 27. Januar befreite die Rote Armee Auschwitz, der Kommandierende war ein russischer Jude. ◆

Entnommen aus „Junge Welt": (28.1.1995) Dossier zur Befreiung des KZ Auschwitz

Ungeklärter Tod

des Antifaschisten Harald Hanisch:

Weiterhin nur Indizien

In der Nacht vom 20. auf den 21 . Oktober 1 994 kam der Antifaschist Harald Hanisch in Innsbruck ums Leben (siehe Lotta Dura Nr.1). Die Todesursache ist bis heute noch ungeklärt, doch die ermittelnden Polizeibeamten (der Kriminalabteilung)und die Gerichtsmedizin gingen von Anfang an davon aus, dass Harald sich selbst getötet, sprich sich bewusst vor den ihn überrollenden Güterzug gelegt hat. Es wurden jedoch unmittelbar nach dem Tode Haralds Zweifel an der staatlichen Selbstmordtheorie laut.

Zur Erinnerung: Der Wiener Harald Hanisch, Aktivist der SchülerInnenorganisation AKS und bekannter Antifaschist war bereits am 20. 10. 94 nach Innsbruck gefahren, um am 22. 10. 94 an der Demonstration gegen den „Gesamttiroler Freiheitskommers" teilzunehmen. In der Nacht auf den 21. Oktober überfuhr ein Güterzug den reglos auf den Geleisen liegenden Körper Haralds. Die hierauf einsetzenden Ermittlungen seitens der Polizei beschränkten sich auf eine 80-minütige Tatortarbeit.

Daß Harald Selbstmord begangen haben muß, war die Grundannahme der eingesetzten Beamten. Auch führte die Polizei keine ausreichende Spurensicherung durch. So wurden ca. 30 Stunden nach dem Tode am Ort des Geschehens noch Haarbüschel, eine Haarbürste, Zigaretten... gefunden. Weder eine fachgerechte Obduktion, etwa nach Spuren äußerlicher Gewaltanwendung noch ein Bluttest wurden nach der Überstellung der Leiche in die Gerichtsmedizin durchgeführt; was nicht der gängigen Praxis entspricht. Eine sogenannte „sanitätspolizeiliche Untersuchung" erschien den Bullen und der Gerichtsmedizin für ausreichend. Doch nicht den Eltern und FreundInnen des Toden, die eine genauere Obduktion und eine Auswertung der Blutprobe erreichten. Die Ergebnisse wurden etwa 2 Monate (!) später bekanntgegeben. Harald stand weder unter Alkohol- noch unter dem Einfluß anderer Drogen. Die Exekutive und vor allem auch die Leitung der Schule, die Harald in Wien besuchte, stellten den Tod ohne jeglichen Beweis in unmittelbaren Zusammenhang mit Drogenkonsum. Die durchgeführten Bluttests ergaben, daß Harald zum Zeitpunkt, an dem ihn der Güterzug überrollte, noch lebte. Ob er jedoch bei Bewußtsein war oder ohnmächtig auf den Schienen lag, bleibt unklar, da darüber ein Bluttest keine Auskunft geben kann. Da die Stunden, die Harald vor seinem Tod in Innsbruck verbrachte, anfänglich völlig im Dunkel lagen, führten FreundInnen und AntifaschistInnen (der AKS) eigene Ermittlungen durch. Mittels Plakaten und Flugblättern wurden ZeugInnen gesucht, die ihn während seiner Zeit im Zug von Wien nach Innsbruck, bzw. in der Stadt Innsbruck selbst wahrgenommen hatten.

Auch eine ins Leben gerufene „Initative Unternehmer gegen Rechtsextremismus" beschäftigte sich mit dem Fall Harald Hanisch. Diese vom Unternehmensberater Christian Neugebauer initierte Initative beauftragte auch ein Wiener Detekteibüro mit näheren Ermittlungen. Doch die Ergebnisse dieser Versuche, selbst Klarheit in die Stunden vor Harald´s Tod zu bringen, waren spärlich und sie führten nicht zur gewünschten Aufklärung der genaueren Todesumstände. Zwei Zeuginnen meldeten sich, die Harald gesehen haben wollten. Die eine Zeugin sagte aus, daß sie Harald am 20. 10. 94 an einem Brükkengeländer lehnend in den Inn blickend gesehen hatte. Diese Brükke liegt etwa 2 km vom Unfallort entfernt. Den Zeitpunkt konnte die Frau jedoch nicht näher angeben. Die zweite Zeugin ist Kellnerin eines Innsbrucker Lokals. Diese gab an, daß Harald etwa 2 Stunden im Lokal anwesend war und daß er einen niedergeschlagenen Eindruck machte. Sie wollte ihn deswegen schon ansprechen. Diese Zeugin soll jedoch ihre Aussagen wieder zurückgezogen haben.

Recherchen des Wiener Detekteibüros in der rechten Szene in Innsbruck ergaben, daß keiner der etwa 60 Befragten von Harald´s Anwesenheit wußte. Weiters tauchte noch ein von Harald verfaßtes Gedicht, das sich im Besitz einer seiner Lehrer befand, auf, daß den Charakter eines Abschiedsbriefes hat. In einer Pressekonferenz der „Initiative gegen Rechtsextremismus" am 13. 12. 94 wurden die Erkenntnisse, die sich vor allem auf die mageren Rechercheergebnisse des Detekteibüros stützen, bekanntgegeben. Die Indizien sprächen eher für einen Selbstmord aus privaten Gründen.

Doch eben nur Indizien, keine Beweise.

Viele Fragen bleiben auch heute, etwa 5 Monate später, unbeantwortet. Sicher zu sagen ist nur, nach dem Gutachten der Gerichtsmedizin, daß Harald zum Zeitpunkt als der Güterzug ihn überrollte, noch lebte. Doch ob Harald sich selbst getötet hat oder bewußtlos auf die Schienen gelegt wurde (etwa nach einer tätlichen Auseinandersetzung) bleibt weiterhin offen. Daß für die staatlichen Behörden nur Selbstmord als Todesursache in Frage kam, entbehrt zwar jeder Grundlage, erscheint jedoch als Beispiel gängiger staatlicher Praxis im Umgang mit Anschlägen bzw. Übergriffen mit (möglicherweise) rassistischem/faschistischem Hintergrund.

"Ein Kommunikator vom Schlage Haiders" - Zur „Haiderisierung" der deutschen „Neuen Rechten"

Neurechte StaatsanwältInnen und SchriftstellerInnen können sich in der FPÖ genauso heimisch fühlen, wie beispielsweise sowas wie der F-Abgeordnete Michael Krüger („Der Unterschied zwischen Straflager und KZ ist semantische Masturbation."); und Neonazis und Skins müssen sich eben damit abfinden, daß sich der Oberboss immer mal wieder von ihnen distanziert (dafür bricht er für sie eben auf andere Art und Weise eine Lanze, indem er z.B. die Hauptverantwortung für den Bombenterror in Oberwart „ausländischen Geheimdiensten" in die Schuhe schiebt). Von solch „paradiesischen" Zuständen ist das rechte und nationalliberale Lager in der BRD noch weit entfernt. Deshalb wird eifrig daran gearbeitet, auch in Deutschland eine Situation zu schaffen, in der es gelingt, „eine breite Plattform zu bilden, auf der sich Nationalliberale, Wertkonservative und Patrioten zusammenfinden" (Rolf Schlierer, REP-Parteichef und enger Freund von Andreas Mölzer), aber, so Schlierer weiter, gebe es leider „keinen Kommunikator vom Schlage Haiders". Das „Modell Haider" ist in gewissen Kreisen jedenfalls ein leuchtendes Vorbild.

Die Situation der „Neuen Rechten" (Intellektuelle, Politiker, Wirtschaftsbosse usw.) und der Nationalliberalen in Deutschland ist nicht so rosig, wie die in Österreich. Hier erreichte die FPÖ schliesslich 22,6 Prozent bei den letzten Nationalratswahlen und die Hoffnung eines Billa-Chefs auf den Posten des Wirtschaftsministers unter einem Bundeskanzler Haider ist leider nicht ganz haltlos.

Lange Zeit waren wohl die rechtsextremen Republikaner (REPs) Hoffnungsträger der Rechten, doch sie waren nie richtig salonfähig geworden. Schlierer nennt Haider in einem Interview in der Jungen Freiheit als Vorbild und will den Begriff "nationalliberal" besetzen, um aus der Ecke des ausgegrenzten Extremisten herauszukommen. Die REPs sollen zu den Mehrheitsbeschaffern für reaktionäre Koalitionen werden. Damit ist der Weg frei, daß CDUler wieder über eine Zusammenarbeit mit den REPs nachdenken.

„Der wichtigste österreichische Reformer"

Jörg Haider und Manfred Brunner

Die Nagelprobe für einen bundesdeutschen Erfolg des „Modells Haider" war der Europawahlkampf des Bundes Freier Bürger (BfB). Haider leistete nicht nur aktive Wahlkampfhilfe für den BfB, sondern war auch schon bei der Gründung am 23.Januar 1994 dem Initiator Manfred Brunner behilflich. Jener Rechtsanwalt aus München, war bayerischer Landesvorsitzender der FDP und bis September 1992 EG-Kommissar in Brüssel, wurde aber gefeuert, weil er den Maastricht-Vertrag aus nationalistischen Gründen geklagt hatte; er trat schließlich aus der FDP aus, um den BfB zu gründen.

Die Leitsätze des BfB können wie folgt beschrieben werden: ein Europa der Vaterländer mit der BRD als Führungsmacht und einer Gewichtung auf Mittel- und Osteuropa; Flexibilisierung der Löhne und Arbeitszeiten; Senkung der Steuern und Abgaben besonders für UnternehmerInnen; Eigenverantwortung der BürgerInnen statt Wohlfahrtsstaat; „Ausländerpolitik darf Integrationskraft der Gesellschaft nicht überfordern"; starker Rechtsstaat, der „alle notwendigen Mittel zur Verfügung hat"; Familie als Trägerin nationalkonservativer Werte.

Brunner selbst äußert sich fol-

Fortsetzung von Seite 30

Es kann nicht sein, was nicht sein darf. So wie bei rechtsextremen Anschlägen stets der rassistische, faschistische Charakter verschwiegen oder bagatellisiert wird, scheint es für die staatlichen Behörden auch im Fall Harald Hanisch keinen Zeitpunkt gegeben zu haben, wo die mögliche Tötung Haralds durch oder eine körperliche Auseinandersetzung mit Nazis zumindest in Erwägung gezogen wurde. ●

gendermaßen: „bin einwanderungsfeindlich, aber ausländerfreundlich"; „getarnte Inländerfeindlichkeit ist Rassismus mit umgekehrten Vorzeichen" und: „Nationalismus ist eine Mangelerscheinung, obwohl jede Nation ein angeborenes Bedürfnis nach Identität hat, die durch Gleichmacherei gefährdet ist".

Außerdem hält Brunner Haider für den „wichtigsten österreichischen Reformer". Von diesem selbst könnte das Konzept für den BfB stammen, da er Ende 1993 in einem Interview mit der Zeitschrift Conturen sagte, er könne sich vorstellen, in absehbarar Zeit in der BRD mit einer eigenen Partei zu kandidieren, falls der BfB scheitern sollte. Tatsächlich erreichte der BfB bei den Europawahlen mit 1,8 % in Bayern sein bestes Ergebnis. Haider machte beim Wahlkampf auch keine gute Figur. Er mußte seine Auftritte des öfteren wegen militanten antifaschistischen Protesten abbrechen! Am Parteitag im August 1994 wurde denn auch beklagt, daß Haiders schlechte Publicity dem BfB bei den Europawahlen geschadet habe und daß es fraglich sei, wie er dem BfB weiterhin helfen könne, ohne daß das groß auffällt. Trotzdem wurde klargestellt, daß weiterhin ein bundesdeutsches Modell der Haiderschen FPÖ angestrebt wird, auch wenn dieser möglicherweise etwas „eigenes im Sinn" habe. Manfred **Rouhs** (EUROPA VORN, Ex-Stadtrat der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT in Köln): „Im Wettlauf um das nonkonforme Wählerpotential hat der BfB die besseren Karten. Es wird einige Zeit dauern, bis es gelingt, ihn als 'rechtsextrem' zu diffamieren. Vielleicht schafft er es, bis dahin einen funktionierenden Parteiapparat zu errichten, der die Schläge des Feindes abfängt. Rechts von der Mitte wartet ein gut hunderttausend Menschen umfassendes Potential darauf, für aktive Parteipolitik gewonnen zu werden."

„SPRACHROHR FÜR EINE BUNDESDEUTSCHE FPÖ"

Der BUND FREIER BÜRGER ist jedoch nur ein (wenn auch der konkreteste) Teil der Verknüpfungen Haiders mit der bundesdeutschen Rechten. Die rechtsextreme Zeitschrift "JUNGE FREIHEIT" (JF) ist mit zu einem Sprachrohr für eine bundesdeutsche FPÖ geworden. In der Redaktion sitzt mit Jürgen **Hatzenbichler** ein direkter Verbindungsmann zur FPÖ. Die Zeitschrift hat insgesamt einen politischen Schwenk zu staatsbejahenden Tendenzen (Stichwort: wehrhafte Demokratie) vollzogen, wohl um den Vorwurf des Rechtsextremismus zu unterlaufen.

„Die taktischen Anweisungen lauten: Erstens, man muß sich an der Mitte der Gesellschaft orientieren; zweitens, man muß die Mitte dort abholen, wo sie steht, und dann Schritt für Schritt nach rechts ziehen; drittens, alle 'Rechtsintellektuellen' sind als Mitarbeiter willkommen, solange sie nicht ausdrücklich gegen Punkt eins und zwei verstoßen." (aus "KONKRET")

Insgesamt vertritt die JF eine demokratische Rechte nach FPÖ-Vorbild.

„EIN VATERLÄNDISCHER POLITIKER"

Eine dritte Zugriffs- und Einflußmöglichkeit ergibt sich mit der nationalliberalen Wendung der FDP. Eine Gruppe Berliner FDPler legte im Oktober 1994 ein Erneuerungsprogramm vor, in dem es einleitend heißt: „Als linksliberale Partei wird die FDP in Zukunft keine Chance mehr haben. Die Grünen haben sich etabliert und haben die linksliberalen Wähler absorbiert. Die Zielgruppe sind diejenigen Bürger, denen die Sicherung der Freiheit wichtiger ist als die Gleichheit, die das Prinzip der Freiheit und Selbstverantwortung über das Prinzip der Gleichheit und Abhängigkeit setzen. Es sind die Leistungsträger in allen Schichten der Bevölkerung."

Haider sieht ebenfalls die „Möglichkeit einer erneuerten dritten Kraft in Deutschland" und ruft zur Abwahl des freidemokratischen „Führungsklüngels" auf. Die besagte Berliner Gruppe besteht aus Rainer Zitelmann (ehem. Cheflektor bei Ullstein; Redakteur von "DIE WELT"; Ernst-**Nolte**-Schüler, welcher 1986 den sog. Historikerstreit über die Vergleichbarkeit der Naziverbrechen mit den Verbrechen Stalins auslöste; laut "AULA" ist Zitelmann ein „rechter Kulturrevolutionär" und „Eisbrecher des neuen Denkens"), Alexander **von Stahl** (ehem. Generalbundesanwalt), Manfred **Kittlaus** (Leiter der zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität), Wolfgang **Mleczkowski** (Mitglied des Abgeordnetenhauses und Vorsitzender der FDP Spandau) und Hans-Joachim **Josewski** (Bankdirektor).

Die zentralen Forderungen lauten: „Neubestimmung der FDP als rechtsliberale Partei ... klare Kurskorrektur im Bereich der Inneren Sicherheit..FDP als Partei der Leistungsträger und Besserverdienenden ... für die Förderung von Eliten, gegen Sozial- und Ausländerkriminalität, gegen Ökohysterie, Asylmißbrauch, doppelte Staatsbürgerschaft und einen Bundesstaat Europa ... ein Europa der Vaterländer ... Abschied von Ideologien, v.a. vom Multukulturalismus und dem Feminismus, der eine neue Apartheid darstellt ... der ganze linke Firlefanz führt in den Abgrund."

Und das kommt uns doch alles leider ziemlich bekannt vor. Darüberhinaus gibt es laut Zitelmann im rechtsextremen Lager eine Kampagne für den Eintritt in die FDP. Haider brüstete sich schon 1992 bei einer Rede vor Vertretern der FDP, REPs u.a. damit, bereits 40 Einladungen freidemokratischer Kreis- und Landesverbände aus der ganzen BRD erhalten zu haben. Und der FDP-Kreischef Hans-Manfred **Roth** lobte Haider als „vaterländischen Politiker".

„DIE FREIHEIT, DIE ICH MEINE"

Rainer Zitelmann

Im publizistischen Bereich ergeben sich interessante Verbindungen im Verlagsimperium des Herbert Fleissner. Fleissner, den mann/frau ruhig als alten Nazi bezeichnen kann, baute sich im Laufe der letzten 30 Jahre ein Verlagsimperium auf, zu dem u.a. der Wiener AMALTHEA-VERLAG gehört. Nach einer Fusion mit dem ULLSTEIN-VERLAG ist Fleissner dort Programmverantwortlicher. Ullstein ist der drittgrößte Verlag im deutschen Sprachraum.

In den diversen Verlagen veröffentlichten z.B. Leon Degrelle (in der BRD zum Tod verurteilter ehem. Offizier der Waffen-SS: „Denn der Haß stirbt" - übersetzt wurde dieses Buch von Wilfred von Oven, ehem. Pressereferent von Goebbels), Franz Schönhuber (Ex-Chef der REPs: „Die Türken"), Hans-Helmut Knütter („Die Faschismuskeule" über Antifa als Hauptfeind der Demokratie), Ingomar Pust (Krone-Kolumnist und Holocaust-Zweifler: „Österreicher als Soldaten im Zweiten Weltkrieg"), Fred Borth (Gründer der faschistischen Europa-Legion: „Die Hitler-Jugend im Kampf um Wien 1945"), sowie Andreas Mölzer („Kärntner Freiheit") und Jörg Haider („Die Freiheit, die ich meine"). Im Mai 1995 wird bei Amalthea die Autobiografie von Kurt „Ich kann mich nicht erinnern" Waldheim erscheinen.

DIE BERLINER „DIENSTAGSGESPRÄCHE"

Sämtliche Fäden aber laufen bei den sog. „Dienstagsgesprächen" zusammen, bei denen sich in Berlin regelmäßig Angehörige der "JUNGEN FREIHEIT", mehrere Mitglieder der REPs, rechte CDUler und weitere Einzelpersonen aus Wirtschaft und Politik zum Plauderstündchen trafen. In der Teilnehmer- und Referentenliste findet sich nicht nur Jörg Haider wieder, auch die schon erwähnten selbsternannten FDP-Erneuerer von Stahl und Zitelmann sind darunter, sowie solch illustre Gäste wie Abdallah Frangi (PLO-Repräsentant), Happel (Treuhand Berlin), Herbert Helmrich (CDU-Justizminister) oder Steiger (Volkswagen). Jedenfalls eine grausige Mischung aus rechtsextremen Politikern, Hochschulprofessoren, Journalisten (Sender Freies Berlin, n-tv, Berliner Rundfunk, usw.) und Kapitalisten. Einer, der von Anfang an dabei war, ist Hans-Christoph Bonfert, der Pressereferent des Innensenators von Berlin Dieter Hekkelmann (der das ganze ein „Treffen ehrenwerter Bürger" nennt). Bonfert ist Redakteur der Zeitschrift PANEUROPA DEUTSCHLAND, Abonnent der JF und hat gute Kontakte zu Dieter Stein, dem Chefredakteur der JF.

Das ist deshalb erwähnenswert, weil sich im Fall Kaindl die Deutsche Liga für Volk und Heimat damit brüstete, daß sie bestens über die Ermittlungen informiert sei. Woher sie alles wußten, ist zwar bis heute ungeklärt, aber es existieren zahlreiche personelle Verknüpfungen der DL mit der JF und mit den Dienstagsgesprächen (also auch mit Bonfert).

Die Dienstagsgepräche wurden durch den Verfassungsschutz überwacht, dessen Beamte bei dieser Gelegenheit mit den JF-Leuten deren Sicherheit besprachen und sie auf einen konkret-Artikel hinwiesen, indem die Redaktionsmannschaft der JF als Neonazis, Salonfaschisten, CDU-Rechtsaußen und Geschichtsfälscher bezeichnet wird.

Außerdem besteht eine beängstigende historische Parallele. In der Weimarer Republik vereinte der sog. „Deutsche Herrenklub" Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Adel, um eine konservative Elite herauszubilden. Mit dabei waren damals auch jene Bankiers und Industriellen, die sich 1932/33 für die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler stark machten.

Wer nun von REPs, FDP und BfB das Rennen um das rechte Wähler*Innenpotential gewinnt und den Auftrag für eine rechtsextreme/nationalliberale* „Erneuerung" der BRD erhält, ist momentan genauso unklar, wie die Frage, ob sich das „Modell Haider" auf die BRD umlegen läßt oder nicht, bzw. ob Haider selbst in der BRD mit einer eigenen Partei Erfolg haben kann.

„Möglicherweise formiert sich im kommenden Jahr ein neues rechtes Parteiprojekt, in dem der BfB, nationalliberale Teile der FDP, der jetzige Schlierer-Flügel der REPs und weitere kleine Parteien und Gruppierungen aufgehen." (atze) ●

Literatur:
RABAZ Nr.2/1994
Falter 48/94
konkret 1/95
atze Nr.24/1995
Der Rechte Rand Nr.30/94
ANTIFAschistisches INFO-Blatt Nr.28/1994

demontage
Zeitschrift für Politik und mehr

Nr. 8 Die Frühlingsnummer

✗ **Schwerpunkt:** Abbau des Sozialstaats und Manifestierung alter/neuer Klassenverhältnisse als Auswirkung von Neokonservativismus und Rechtsruck.

✗ Wiener Frauenhäuser.

✗ AusländerInnengesetze und Drogenpolitik.

✗ Zu den Morden in Oberwart.

✗ Techno als Subkultur?

✗ Fitnesskult und Leistungsport.

✗ und vieles mehr!

erscheint Ende März 1995

demontage gibts auch im Abo:
ÖS 80,- für 4 Ausgaben
Bestellen bei: c/o Gruwi FV
Rooseveltplatz 5a, 1090 Wien

Wels: Drei Braune Flecken und ein SP-Bürgermeister

Die berühmt-berüchtigten braunen Flecken der oberösterreichischen Stadt Wels (SS-Gedenktafel, „Moritz-Etzold-Halle" des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB) und „Kernstockstraße") bringen SP-Bürgermeister **Bregartner** nun auch innerparteilich in Bedrängnis: Die Sozialistische Jugend forderte Anfang Februar den Parteiausschluß des beharrlichen Verteidigers nazistischer Traditionen und Symbole.

Am umstrittensten war wohl die 1964 in der gemeindeeigenen „Sigmar-Kapelle" angebrachte Gedenktafel für die „Waffen-SS", mit welcher die Kameradschaft IV (K IV) ihrer „Helden" (Massenmörder, KZ-Wächter u.ä.) gedachte. Nachdem die Tafel im Spätsommer '94 „von unbekannten Tätern" abmontiert worden war, gestatte Bregartner der K IV die Anbringung eines Provisoriums.

Der öffentliche Protest entzündete sich darüber hinaus an der ÖTB-Turnhalle: Ihr Namensgeber, Moritz **Etzold**, trat bereits im Februar 1930 der NSDAP bei. Ab 1933 betätigte er sich als „Illegaler" - ein Verdienst, das den „alten Kämpfer" Etzold nach 1938 zum Welser „Kreisschulungsleiter" der NSDAP aufsteigen ließ. 1947 wurde der „schwer belastete" Etzold zu einer Haftstrafe von 20 Monaten verurteilt. Im Zuge der Ent-Entnazifizierung wurde er 1952 freigesprochen und voll rehabilitiert. Vergangenes Jahr belohnte der SP-Bürgermeister die Weigerung des ÖTB, von ihrem Nazi-Stifter abzurücken, mit der Erhöhung der Gemeindesubventionen auf 520.000 öS.

Schließlich kann Wels noch eine „Kernstockstraße" vorweisen: Ottokar **Kernstock** (1848-1928), „Gothia"-Burschenschafter und völkischer Priester, machte sich v.a. als reimender Hetzer einen Namen. Seinen Landsleuten gab er 1915 folgendes Gedicht mit in den Krieg:

„Steirischer Holzer, holzt mir gut
Mit Büchsenkolben die Serbenbrut!
Steirische Jäger, trefft mir glatt
Den russischen Bären auf das Blatt!
Steirische Winzer, preßt mir fein
Aus Welschlandfrüchten blutroten Wein!"

1923 verfaßte der knüttelnde Pfaffe auf Ersuchen der gerade gegründeten NSDAP-Ortsgruppe Fürstenfeld ein „Hakenkreuzlied" für deren Fahnenweihe. Daß für die österreichische Bundeshymne ab 1929 ebenfalls ein Kernstock-Poem herangezogen wurde, spricht weniger für den Nazi-Barden als gegen die Erste Republik. Jedoch diente dies und - damit verbunden - die Tatsache, daß 27 Straßen/Plätze Österreichs nach Kernstock benannt sind, Bregartner als Grund, sich allen Forderungen nach Umbenennung entgegenzustemmen.

Nachdem der Bürgermeister jahrelang alle SP-Beschlüsse und Aufforderungen zur Entfernung der braunen Flecken ignoriert und gemeinsam mit K IV und ÖTB den Lokalpatriotismus gegen „Linksradikale" mobilisiert hatte, kam nach den Morden von Oberwart Bewegung in die Angelegenheit. Zunächst quittierte Bregartner den Ausschlußantrag der Jusos noch mit der Bezeichnung „Stumpfsinn" und schickte sich an, die Schwierigkeiten auch diesmal in bewährter Manier auszusitzen. Zu Hilfe kamen ihm dabei zunächst der SP-Landesvorsitzende **Hochmair**, der Bregartner einen „ganz integren Sozialdemokraten" nannte, und die gesamte Welser SP-Basis, die von Vranitzky verlangte, „auch uns aus der Partei auszuschließen, falls gegen Bregartner ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet wird."

Rechtzeitig vor der entscheidenden SP-Bundesvorstandssitzung sprang auch die K IV ihrem Schutzherrn zur Seite: Sie verzichtete auf die Anbringung einer Ersatz-Gedenktafel und ersparte so der SPÖ eine Zerreißprobe. Offensichtlich erleichtert ob dieser „Lösung im Fleckenstreit" stellten sich noch am selben Tag Bundesgeschäftsführer **Cap** und Landes-SP hinter Bregartner. Der SJÖ-Vorsitzende **Delfs**, mittlerweile vom Genossen Bürgermeister bei Gericht geklagt, ließ darauf hin verlauten, den Antrag auf ein Ausschlußverfahren „ruhend zu stellen", sollte Bregartner bis zur Bundesvorstandssitzung am 22. Februar deutliche Signale in Richtung Umbenennung von ÖTB-Turnhalle und Kernstockstraße setzen. Bregartner konterte mit dem Vorwurf der Erpressung an die SJÖ und bekräftigte, daß die „Kernstockstraße niemals umbenannt" werde, solange der Nationalrat nicht die Umbenennung sämtlicher nach dem Hakenkreuz-Pfaffen benannter Straßen/Plätze beschließe.

Auch der ÖTB kam seinem Bürgermeister zu Hilfe: Um der „unsinnigen Polemik linker Kreise zu begegnen", wolle der Welser ÖTB-Chef Franz **Kaufmann** bei der Jahreshauptversammlung Ende April den Antrag einbringen, die „Moritz-Etzold-Halle" in „Turnhalle an der Traun" umzubenennen.

Die mit Spannung erwartete SP-Bundesvorstandssitzung nahm dann von einem Schiedsgericht gegen Bregartner Abstand und drängte diesen, bis zum Bundesparteitag im Oktober auch „Etzold-Halle" und „Kernstockstraße" loß zu werden. Darüber hinaus wurden Städte- und Gemeindebund ersucht, „zu überprüfen, inwieweit in Österreich Straßen (...), Plätze, Gebäude oder sonstige Institutionen nach Personen benannt sind, die im Hinblick auf ihre enge Verbindung zur Ideologie oder zur Bewegung der Nationalsozialisten eine solche Ehrung nicht verdienen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen."

Wir freuen uns schon auf den Herbst. ✔

AUS HAFT ENTLASSEN Ochensberger

Im „Kerker" sei ihm „die Ermordung gewiß", befürchtete der notorische Auschwitzlügner Walter Ochensberger als er seine zweijährige Haft antrat. Nun, der Herausgeber der neonazistischen Hetzpostille „SIEG" weilt noch unter den Lebenden und seit 20. Februar dieses Jahres befindet er sich wieder auf freien Fuß.

Die Todesangst des „mutigen Deutschen" (Selbsteinschätzung) war so groß, daß er nach seiner im Dezember 1991 erfolgten Verurteilung wegen NS-Wiederbetätigung zu drei Jahren Haft in 1. Instanz „ins demokartische Ausland" flüchtete. Dort konnte er sich unter der Fürsorge des Führers der spanischen Neonazi-Truppe CEDADE, Pedro Varela, wieder erholen. Varela, unter dessen Fittiche sich auch der flüchtige HALT-Herausgeber Gerd HONSIK befindet, hielt übrigens im Oktober 1991 in Weyer (OÖ) bei der 26. Politischen Akademie der AFP einen Vortrag über den „Helden der Helden, Adolf Hitler". Seine Hitler-Lobhymnen waren Gegenstand eines Prozesses im Dezember 1992 - Varela wurde prompt von den Geschworenen freigesprochen.

Sein Freund Ochensberger hatte wie gesagt weniger Glück. Aber immerhin wurde seine Haftstrafe, während er bereits in Spanien weilte, auf zwei Jahre reduziert. Auch auf der Flucht entwickelte Ochensberger eine rege Reisetätigkeit, die ihm dann auch zum Verhängnis wurde. Am 21. 2. 1993 wurde er von einem deutschen Zöllner in Kiel erkannt und sofort verhaftet. Der „furchtlose deutsche Patriot" versuchte seine Abschiebung nach Österreich noch zu verhindern, indem er in Deutschland einen Asylantrag als „politisch Verfolgter" stellte. Doch auch er machte Bekanntschaft mit der harten Realität der deutschen Asylpraxis - er wurde im Mai nach Österreich abgeschoben und kam in Feldkirch hinter schwedische Gardinen.

Jetzt ist er wie gesagt wieder in Freiheit. Der Vorarlberger Sicherheitsdirektor Elmar Marent schließt messerscharf, daß Ochensberger bald wieder mit dem weltweiten Versand seiner Flugblätter und Zeitschriften beginnen werde. Und: „Wir werden ein Auge darauf haben." Ob die am rechten Augen unter starker Sehschwäche leidenden Exekutivbeamten viel sehen werden, ist eine andere Frage. ✔

"EINBLICK" - PROZESS Magerer

Fast zeitgleich mit der ersten Briefbombenwelle im Dezember 1993 veröffentlichten deutsche Neonazis die Anti-Antifa-Zeitschrift „EINBLICK". Darin wurden rund 250 Namen und Anschriften von „linken Verbrechern" und Mitgliedern des „Rotfront und Anarchomobs" veröffentlicht. Das Spektrum reichte von Autonomen bis zu SPDlerInnen. Österreichische Adressen fanden sich keine im „EINBLICK".

Durch Recherchen des antifaschistischen Bildungswerkes „Anna Seghers" konnten die MacherInnen dieser Todesliste geoutet und dingfest gemacht werden. Anfang dieses Jahres standen diese nun vor Gericht und kamen mit lächerlich geringen Strafen davon. Einer der Angeklagten, der 23jährige Stephan Cumic erklärte vor Gericht, daß der „Einblick" auch mit österreichischer Hilfe zustande gekommen ist. So stammen die primitiv-rassistischen Bilder (Ein sauberer deutscher Muskelmann räumt mit bombenwerfenden Kommunisten und messerstechenden Schwarzen auf) aus der Feder des Wiener Neonazis Heinrich Berger. Laut Informationen des „STANDARDS" soll Berger auch für die Hetzpostille „SIEG" des Vorarlberger Neonazis Walter Ochensberger geschmiert haben.

Auch der Drucker des „EINBLICKS", der 64jährige Eberhard Hefendehl unterhält innige Österreich-Kontkate. So wird die „Generalvertretung und Geschäftsstelle für Österreich" der Hefendehl-Zeitschrift „DER SCHEINWERFER" vom Wiener Altnazi Otto R. Braun betreut. ✔

Zum Weiterlesen:

Die Anti-Antifa und der Einblick - Drahtzieher und Hintergründe. Die Broschüre kostet 50 Öschis (inkl. Porto) und kann über folgende Adresse bezogen werden: Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V., Werderstr. 8, D-65195 Wiesbaden - Deutschland

Kameradinnen

Frauen stricken am Braunen Netz

Fantifa Marburg (Hg.)

Inmitten einer regelrechten Flut - in bezug auf das vorangegangene lange Schweigen - von Publikationen zum Thema 'Frauen in der rechten Szene' reiht sich dieses Buch nur scheinbar ein, denn weder wird ein - wie auch immer gearteter - Opferstatus von Frauen diagnostiziert, noch kommen Proponentinnen des Rechtsextremismus selbst unkommentiert zu Wort.

Auch tappen sie nicht in die Falle der überkritischen Selbstkritik, die FrauenLesben oft an den Tag legen, wenn es um Schuldeingeständnisse geht. Vielmehr dient Kameradinnen - Frauen stricken am Braunen Netz als Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Beteiligungen und Motivationen des weiblichen Geschlechts, sich in rechtsextremen Strukturen zu organisieren und an der Verwirklichung eines arischen Führerstaates zu arbeiten.

Die Geburtsstunde dieser Veröffentlichung war eine "Veranstaltungsreihe über FrauenLesben in neofaschistischen Strukturen", die von der Fantifa Marburg organisiert wurde und deren Ziel es unter anderen war, "eine Auseinandersetzung mit der Rolle von FrauenLesben als 'Täterinnen' zu bewirken und damit den Mythos von der 'friedfertigen, sanften' Frau als 'von Natur aus' besseren Menschen ein Stück mehr zu zerstören." Dies gelingt ihnen durch eine wissenschaftliche Herangehensweise, die verschiedene Spektren des Rechtextremismus von der Wahlpartei der Republikaner bis zu Verbindungen mit feministischer Spiritualität beleuchtet. Sieben Autorinnen präsentieren ihre Untersuchungen und Forschungen zu den Themen:

- Frauen und Rechtsextremismus
- Politische Aktivistinnen für Volk und Vaterland
- 'Rechter Geist aus Frauenfedern'
- Frauen bei den Republikanern
- Weiblichkeitskonzeptionen im neugermanischen Heidentum und in der feministischen Spiritualität.

Mit dieser inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Thematik Frauen und Rechtsextremismus werden jene Vermutungen belegt, die bei der Lektüre anderer Publikationen wie Sonja Balbachs Interviewsammlung "Wir sind auch die kämpfende Front" und Franziska Tenners Undercover-Ermittlungen Ehre, Blut und Mutterschaft nur als vage Ahnungen aufkommen (können). Beide unlängst erschienenen Bücher sind gefüllt mit unkommentierten Gedanken von unterschiedlich involvierten, motivierten und engagierten Frauen in der rechten Szene. Während Sonja Balbach als Journalistin an ihre Interviewpartnerinnen herankam und mit ihnen eine Art Gespräch führte, tarnte sich Franziska Tenner als interessierte rechte Symphatisantin und dokumentierte ihre Vorgangsweise und die so entstandenen Monologe. Über die Problematik des Verhältnisses zwischen Interviewerin und Objekt der Befragung schreibt schon Ingrid Strobl anläßlich des Bonegel-Films Beruf Neonazi treffend in konkret 1/1994: „Diese Arbeitsweise schafft notgedrungen Komplizität - die Komplizität von Leuten, die zusammen arbeiten, die ein gemeinsames Interesse daran haben, daß das, was sie machen, gut wird - was auch immer der Einzelne unter gut versteht. (...) Dennoch ist es möglich, diese Komplizität zu begrenzen, Distanz herzustellen." Diese Distanz wird von Balbach überhaupt nicht (angestrebt) erreicht und bei Tenner nur in Ansätzen verwirklicht. Daß die Fantifa Marburg und die Autorinnen von Kameradinnen mit Distanz kein Problem haben, braucht hier wohl nicht mehr erwähnt werden.

Einziger Wermutstropfen des Buchs: Trotz dem Aufzeigen von Verbindungen zwischen Personen und Organisationen der rechten Szene, ist kein Namensregister zu finden, was jedoch durch eine 145seitige gut verdaubare Informationsaufbereitung, die sich noch dazu in einem sehenswerten Einband versteckt, fast verschmerzbar wird. ●

Literatur:

Sonja Balbach: "Wir sind auch die kämpfende Front" - Frauen in der rechten Szene. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, 158 S., 187 öS

Franziska Tenner: Ehre, Blut und Mutterschaft - Getarnt unter Nazi-Frauen heute. Aufbau Verlag, Berlin 1994, 266 S., 195 öS

Fantifa Marburg (Hg.): Kameradinnen - Frauen stricken am Braunen Netz. Unrast Verlag, Münster 1995, 145 S., 188 öS

Hilferuf

AUS DEN USA

ALARMIERENDE NACHRICHTEN AUS PENNSYLVANIA! DIE LEBENSBEDROHENE SITUATION DES ZUM TODE VERURTEILTEN 42JÄHRIGEN SCHWARZEN JOURNALISTEN MUMIA ABU-JAMAL HAT SICH WEITER VERSCHÄRFT. BEI DEN NOVEMBERWAHLEN DES VERGANGENEN JAHRES IST IN DEM BUNDESSTAAT EIN NEUER GOUVERNEUR GEWÄHLT WORDEN.

Der Republikaner Thomas Ridge setzte im Wahlkampf auf ein striktes Bekenntnis zu "law & order". Neue Knäste, mehr Polizei und die Vollstreckung der Todesstrafe; mit diesem Programm ließ sich die weiße Bevölkerung des Ostküstenstaates gewinnen. Seit 1961 hat es dort keine Hinrichtungen mehr gegeben. Die 171 zum Tode Verurteilten müssen jetzt fürchten, daß Thomas Ridge seine Ankündigungen wahr macht: "*Sobald ich im Amt bin, werden auch in Pennsylvania die Hinrichtungen beginnen. Es kann nicht angehen, daß diese Kriminellen durch juristische Winkelzüge jahrelang den Steuerzahlern auf der Tasche liegen.*" (Junge Welt, 5. 1. 1995)

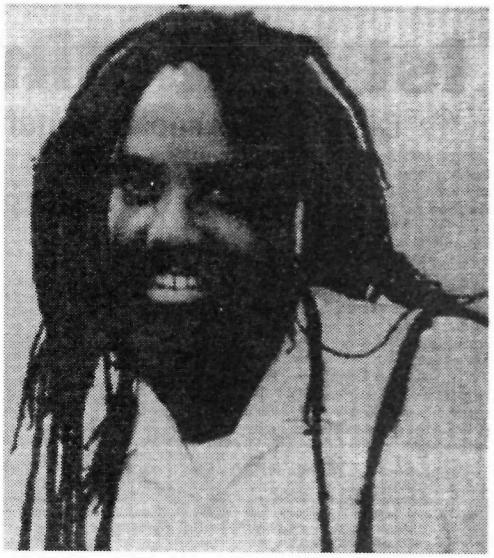
Len Weinglass, der Rechtsanwalt Mumia Abul-Jamals, ist besorgt: "*Mumia ist der einzige politische Gefangene in den USA im Todestrakt. Seine direkten Berufungsmöglichkeiten sind erschöpft. Bis jetzt konnte seine Hinrichtung aufgrund des politischen Drucks in den USA und im Ausland verhindert werden. Im Februar werden wir den Antrag zur Wiederaufnahme seines Verfahrens stellen. Theoretisch kann sich der Weg zu einem neuen Verfahren oder dessen Ablehnung über zwei Jahre hinziehen. Andererseits kann der Gouverneur jederzeit seinen Hinrichtungsbefehl unterzeichnen. Ich finde es falsch, Panik zu schüren, aber das momentane Klima bedroht Mumias Leben ganz akut.*"

Im Januar wurde Mumia in den neuerbauten Hochsicherheitsknast in Waynesburg verlegt. Alle Gefangenen, denen die Todesstrafe droht, sollen dort konzentriert werden. Waynesburg liegt 800 km entfernt von Philadelphia, der Stadt, in der seine Familie, seine Freundinnen und Freunde leben. Verschiedene Solidaritätskomitees rufen jetzt dringend dazu auf, mit vielfältigen Aktivitäten die internationale Kampagne für Mumias Freilassung zu unterstützten. Mit Briefen, Faxen und Telegrammen sollen folgende Forderungen aufgestellt werden:

- Keine Unterzeichnug des Hinrichtungsbefehls von Mumia!
- Garantie eines neuen fairen Prozesses!
- Freilassung von Mumia!
- Abschaffung der Todesstrafe!

Mumias neue Adresse: Mumia Abu-Jamal, # AM-8335, SCI Greene, 1040 East Roy Furman Highway; Waynesburg, PA 15370; USA

Spendenkonto: Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal", Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Konto-Nr. 1005877601, BLZ 290 101 11. ◆



ENTNOMMEN AUS "AK" 375:

WAS GIBT'S NEUES

Der Zeck Nr. 2

ZEITUNG DER ANTIFA STOCKERAU

"Der Zeck" aus Niederösterreich sieht sich selbst als Versuch (Jugend-)Kultur und Politik miteinander zu verknüpfen, dementsprechend weit gestreut sind die Themen, die sich in diesem Heft finden. Von Beiträgen über Graffiti, Gegenkultur, Überlegungen zum Phänomen der Fremdenangst und staatlicher Autorität bis hin zu Antifarecherche findet eine ganze Menge auf den wenigen Seiten Platz. In den Antifabeiträgen beschäftigt sich man/frau aus einem lokalen Blickwinkel heraus mit den Verbindungen der F ins neonazistische Lager, außerdem werden einige für sich selbst sprechende Zitate aus dem Freiheitlichen Gemeindekurier Langenzersdorf präsentiert.

Vor allem für Leute aus Niederösterreich könnte dieses Heft interessant sein. ●

"DER ZECK NR. 2"
24 Seiten A5;
für 20 ATS bei "Die Zecken" c/o GAJ Lindengasse 40, 1070 Wien

Chronologie des staatlichen Rassismus

684 Flüchtlinge erhielten 1 994 in Österreich Asyl gewährt (1 993: 11 93). Durch Asyl-, Fremden- und Aufenthaltsgesetz sind Österreichs Grenzen de facto dicht. Haiders Forderung nach Einwanderungsstopp haben SPÖ und ÖVP praktisch erfüllt. Auch bezüglich der Forderung des völkischen Begehrens, den Anteil von „Ausländern" zu „reduzieren" geben sich Vranitzky, Busek, Löschnak & Co. alle Mühe. Tagtäglich werden Menschen abgeschoben, weil sie nicht die „richtige" Staatsbürgerschaft besitzen. Die meisten Abschiebungen passieren, ohne das die Öffentlichkeit davon erfährt. Wie gross diese Zahl ist, wollen wir dadurch verdeutlichen, dass wir im folgenden eine - unvollständige - Chronologie jener „Fälle" anführen, die durch die Medien bekannt gemacht worden sind.

15. 12. 1994

Der 30jährige Emanuel O. wird von seiner Wiener Wohnung direkt in die Schubhaft gebracht. Der Grund klingt wie ein schlechter Aprilscherz. Er war drei Mal ohne seinen Reisepaß angetroffen worden. Laut Behörde reicht dieses „wiederholt rechtswidrige Verhalten" um den nigerianischen Staatsbürger „unverzüglich" aus Österreich abzuschieben, weil er „nicht bereit ist, sich den speziell für Fremde geltenden Betsimmungen, die ein geordnetes Fremdenwesen sicherstellen sollen, zu unterwerfen". Daß seine Frau wegen seiner drohenden Abschiebung zusammengebrochen ist und seither im Spital wegen einer laut Ärzten „schwersten psychotischen Erkrankung" im Krankenhaus behandelt werden muß, ist für Löschnaks Henkergesellen kein Grund, die Abschiebung zu unterlassen. „Den Auswirkungen des Aufenthaltsverbotes auf die Lebenssituation des Berufungswerbers kommt keine so schwerwiegende Bedeutung zu wie den öffentlichen Interessen." Am 28.1.1995 wurde Emanuel nach Nigeria abgeschoben. (Standard, 16.12.1994; 31.1.1995)

19. 12. 1994

Die 22-jährige Felicia Onegbule, die 1991 aus Nigeria nach Österreich geflüchtet war, wird „von Fremdenpolizisten geschlagen, gefesselt und in Schubhaft genommen" (News, Nr.2/1995), ihr zweijähriger Sohn fünf Tage lang in einem Heim festgehalten. Dem Vater wurde der Zugang zum Kind verwehrt. Felicia wird vorgeworfen, ihr Einreisevisum gefälscht zu haben. Zur Tatsache, daß Felicia im Falle ihrer Abschiebung von ihrem Mann getrennt werden würde, meint die Abschiebungsbehörde: „Nach Abwägung öffentlicher Interessen mit ihren Privatinteressen sind die öffentlichen Interessen zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit schwerer zu werten als ihre geringfügigen Privatinteressen." Und weiter: „Sofern die familiären Bindungen stark genung sind, muß die Ehe [nach der Abschiebung, Anm.] nicht scheitern." (Standard, 2.1.1995) Felicia konnte ihre Abschiebung bisher nur dadurch verhindern, indem sie in Hungerstreik trat und somit „nicht mehr flugfähig" war.

4. 1. 1995

Drei iranische Familien flüchten nach Österreich. Sie gehören der im Iran verfolgten Religionsgemeinschaft der Bahai an. Die zehn Menschen stellten in Wien-Schwechat einen Asylantrag. Dieser wurde abgelehnt. Begründung: Die Flüchtlinge wären bereits in Rom, wo sie 90 Minuten auf den Weiterflug nach Österreich warteten, vor Verfolgung sicher gewesen. Deshalb sollten sie nach Italien abgeschoben werden. Von Rom würden sie jedoch wieder in den Iran, wo ihnen die Todesstrafe droht, geschickt, da nach EU-Richtlinien nur in einem EU-Land ein Asylantrag gestellt werden kann. Wird dieser abgelehnt, gilt der Ablehnungsbescheid für das gesamte EU-Gebiet. Die Flüchtlinge konnten ihre Abschiebung nur deshalb verhindern, weil sich einer von ihnen die Pulsadern aufschnitt. (Standard, 17.1.1995)

13. 1. 1995

Zwölf Männer, sechs Frauen und vier Kinder flüchten von Teheran (Iran) via Dubai und Rom nach Wien. Ihnen wurde nicht erlaubt das Flugzeug zu verlassen. Die Flüchtlinge wären in Italien bereits sicher gewesen (sh. oben). Die Maschine mußte mit den Flüchtlingen („begleitet" von sechs Polizisten) nach Rom zurück fliegen. Die italienischen Behörden ließen ebenfalls die Iraner nicht aus dem Flugzeug steigen. Die Flüchtlinge müßten in Österreich um Asyl ansuchen, erklärten sie. Daraufhin flog das Flugzeug nach Dubai. Auch dort waren die Flüchtlinge nicht willkommen. Schließlich durften sie doch nach Rom zurück und um Asyl ansuchen. Sie saßen insgesamt sechs Tage im „fliegenden Gefängnis" fest. (Standard, 23.1.1995)

15. 1. 1995

Der 15jährige Yun Z. wird in Schubhaft genommen. Yun war 1991 mit seinem Vater aus China nach Wien gekommen. Die Aufenthaltsgenehmigung seines Vaters wurde Ende 1993 nicht mehr verlängert. Der Vater mußte nach China zurück. Yun blieb nach eigenem Willen bei einem „Wahlonkel", der sich um ihn kümmerte, in Wien. Da Yun keinen gültigen Sichtvermerk besitzt, wurde er inhaftiert. Die Begründung der Behörde: „Es besteht der begründete Verdacht, daß er sein Tun im verborgenen fortsetzen könnte." Das bisherige „Tun" von Yun: Er besuchte die Hauptschule in Wien-Ottakring. Ende Jänner wurde Yun in ein Heim gebracht. Der Abschiebungsbescheid ist noch immer rechtskräftig. (Standard, 1.2.1995).

18. 1. 1995

Der Kosovo-Albaner Daut Rakipi sitzt seit fast zwei Monaten in Wien in Schubhaft. Er desertierte 1991 aus der jugoslawischen Armee, flüchtete nach Österreich und stellte hier einen Asylantrag - der wurde, ebenso wie ein Antrag auf Unzulässigkeit der Abschiebung, in letzter Instanz abgewiesen. Im Kosovo droht Daut eine lange Haftstrafe bzw. die Todesstrafe. (Falter, Nr. 3/1995) Anfang Februar wurde er nach Belgrad abgeschoben (Volksstimme, Nr. 8/1995).

23. 1. 1995

Keine Gnade für eine Mutter eines zweijährigen schwerstbehinderten Kindes kennt Löschnaks Kettenhund Manfred Matzka. Die Frau lebt seit 13 Jahren in Österreich. Die Behörde will nun ihre Aufenthaltsbewilligung nicht verlängern. Matzka sagt, warum: „Diese Familie hat den Staat ohnehin schon zuviel gekostet." (profil, Nr. 4/1995)

2. 2. 1995

Die Familie Aranbaev ist vor etlichen Jahren aus Usbekistan nach Wien gekommen. Jetzt droht der fünfköpfigen Familie die Abschiebung. Der Grund? Das Innenministerium schreibt für eine fünfköpfige Familie ein Netto-Einkommen von 24.000 Schilling (!!!) vor - natürlich nur, wenn die Angehörigen keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Aranbaevs erreichen dieses Einkommen - so wie viele Familien in Österreich - bei weitem nicht. Dazu kommt, daß Frau Aranbaev nicht arbeiten darf. Ihr wurde eine Arbeitsgenehmigung verweigert, weil das „Kontingent" für „ausländische Arbeitskräfte" bereits erschöpft ist. Ausnahmen gibt es laut Erlaß von Sozialabbauminister Hesoun nur „in besonders extrem gelagerten Einzelfällen (insbesondere bei Managern in Zusammenhang mit größeren Investitionen aus dem Ausland)." (News, Nr. 5/1995)

2. 2.1995

Das „Vergehen" zuwenig Geld zu verdienen, droht auch der zweifachen Mutter Milica Jankovic zum Verhängnis zu werden. Vor 25 Jahren kam sie als vierjährige nach Österreich. Da ihr Sohn an einer lebensgefährlichen Form von Epilepsie leidet und rund um die Uhr Betreuung braucht, kann sie nicht arbeiten gehen. Sie ist auf die Sozialhilfe angewiesen. Wer Sozialhilfe bezieht bekommt keine österreichische Staatsbürgerschaft. Und ohne österreichische Staatsbürgerschaft droht SozialhilfebezieherInnen die Abschiebung. Im Aufenthaltsgesetz ist nämlich festgeschrieben, daß all jene, deren „Lebensunterhalt nicht gesichert ist", abzuschieben sind. Und plötzlich kommen auch die Regierungsparteien drauf, daß die Sozialhilfe zum Leben nicht ausreicht. Sie lösen das Problem auf ihre Weise - durch Abschieben. (News, Nr. 5 / 1995)

2. 2. 1995

Die heute 24jährige Meryem Kaya kam vor zwanzig Jahren aus der Türkei nach Österreich. Jetzt soll sie abgeschoben werden, weil sie ihren Antrag auf Visumverlängerung um eine Woche (!) zu spät gestellt hat. Die Mutter eines fünfjährigen Kindes soll nun in die Türkei abgeschoben werden, wo sie das letztemal vor sechs Jahren auf Urlaub war. (News, Nr. 5/1995)

20. 2. 1995

Mustafa Secic ist Moslem und desertierte aus der bosnischen Armee. Er wollte über Österreich nach Deutschland flüchten. Anfang Jänner dieses Jahres wurde er am Grenzübergang Suben (Oberösterreich) festgenommen und sofort in den Schubhäfen in Ried im Innkreis gebracht. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Er soll in sein Herkunftsgebiet abgeschoben werden, das aber mittlerweile von der serbischen Armee kontrolliert wird. Laut dem UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) kommt es dort in letzter Zeit immer häufiger zur Verhaftung von Moslems, die dann zu Arbeitseinsätzen an die Front um Bihac geschickt werden. Das österreichische Innenministerium meint im Ablehnungsbescheid dazu nur lapidar: „Daß der Aufenthalt in einem Bürgerkriegsgebiet immer mit einem gewissen Risiko verbunden ist, kann nicht geleugnet werden, begründet aber als solches noch keine Gefährdung oder Bedrohung." Einen Tag vor seiner geplanten Abschiebung erließ der Verwaltungsgerichtshof doch noch den - zumindest vorläufig - rettenden Bescheid: Mustafas Beschwerde gegen die Abschiebung wurde „aufschiebende Wirkung" zugestanden. Daß in der Regel Beschwerden keine „aufschiebende Wirkung" haben und Menschen während des Verfahrens abgeschoben werden, ist bezeichnend für den ach so tollen Rechtsstaat, in dem wir leben.(Standard, 20. 2. 1995; 8. 3. 1995)

20. 02. 1995

Der aus Bosnien nach Österreich geflüchtete Nezad Dzuzdanovic erhält von der Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf einen Ausweisungsbescheid. Der Kriegsflüchtling wird von seiner in Österreich geborenen Lebensgefährtin, mit der er ein gemeinsames Kind hat, getrennt. Er müsse binnen einer Woche das Land verlassen, weil er seinen „Lebensunterhalt nicht stichhaltig nachweisen" könne, so die Abschiebungsbehörde. (Standard, 23.2.1995)

4. 3. 1995

Der tunesiche Flüchtling A. wird abgeschoben werden. A. wurde in Tunesien wegen seiner Mitgliedschaft zur moslemischen Al-Nahda-Bewegung 1991 festgenommen und gefoltert. 1992 gelang ihm die Flucht nach Österreich. Er stellte einen Asylantrag, der in 1. Instanz abgewiesen wurde. Der Abweisungsbescheid ist voller Widersprüchlichkeiten.: „Vergangene Verfolgungshandlungen genügen nicht", um als Indiz für eine bestehende Verfolgungsgefahr gewertet zu werden. Außerdem sei die „Al-Nahda-Bewegung" in Tunesien verboten und somit habe der Staat das Recht die „Al-Nahda"-Mitglieder zu verfolgen. Jedoch könne von politischer Verfolgung gar keine Rede sein, da es nur „Übergriffe einzelner Beamter" gewesen wären. Zudem hätte A. bei seinem einstündigen Aufenthalt in Zürich um Asyl ansuchen können. Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, der das Abschiebungsurteil bestätigt hat, wird A. Anfang März nach Tunesien abgeschoben. (Standard, 4.3.1995) ●

Demonstration

Kein Vergeben!
Kein Vergessen!
Kampf dem faschistischen Terror!

Am 31. 3. 1965 wurde Ernst Kirchweger vom Faschisten Günther Kümel erschlagen.

Am 31. März 1965 wurde **Ernst Kirchweger** vom Faschisten Günther Kümel auf einer antifaschistischen Demonstration in Wien niedergeschlagen. Die Demonstration hatte sich gegen den Altnazi und Uni-Professor Taras Borodajkewycz gerichtet. Zwei Tage nach der körperlichen Attacke, am 2.April 1965 erlag der Antifaschist und Kommunist Kirchweger seinen Verletzungen.

Etwa **30 Todesopfer** forderte der faschistische Südtirol-Terror der 50er und 60er Jahren. Alt- und Jungnazis aus dem Burschenschaftermilieu verübten zahlreiche Anschläge in Südtirol und in anderen Teilen Italiens.

Zu Sylvester 1993/1994 wird in Wien-Favoriten **Goran**, ein jugendlicher Rom, von einem rassistischen 5o-Jährigen mit einem Bajonett niedergestochen und stirbt.

Der obdachlose **Wolfgang Tschernutter** wird von zwei jugendlichen Neonazis am 25.2.1994 erschlagen. In der Nacht vom 3. auf den 4.März 1994 erliegt Tschernutter den erlittenen Verletzungen.

Am 21.Oktober 1994 wird der Antifaschist **Harald Hanisch** auf dem Weg zur Demonstration gegen den »Gesamttiroler Freiheitskommers« in Innsbruck auf den Geleisen der Westbahn tot aufgefunden. Indizien deuten auf Mord aus politischen Beweggründen hin.

Am 4.Februar 1995 werden die 4 Roma **Erwin** und **Karl Horvat**, **Josef Simon** und **Peter Sarközi** in Oberwart Opfer einer von Faschisten gelegten Rohrbombe. Keine zwei Tage später wird ein Mitarbeiter der Müllabfuhr im zweisprachigen Stinatz unweit Oberwart durch eine weitere Bombe schwer verletzt.

In den letzten Jahren kommt es vermehrt zu (Brand-)Anschlägen auf Unterkünfte von AusländerInnen hier in Österreich. Die Medien und PolitikerInnen vertuschen diese Anschläge oder verschweigen deren rassistischen Hintergrund. Angriffe auf Leib und Leben seitens von RassistInnen bzw. FaschistInnen gibt es nicht erst seit der Briefbombenserie vom Dezember 1993!

Es reicht!

Organisieren wir die antifaschistische Selbsthilfe!
Gegen staatliche Heuchelei und geistige Brandstiftung!
Weg mit allen rassistischen Gesetzen!

31. März '95

Treffpunkt: 16h
Wien: Oper/Ecke Kärtnerstraße

Kampagne »Gegen das Vergessen 50 Jahre nach Ende des 2.Weltkriegs - Kontinuität und Widerstand«

Bündnis gegen das Vergessen

Imp.: M.Novak, 1100 Wien